

Institution unter dem Radar?

Gutachten über die SCHUFA im Nationalsozialismus

Matthäus Wehowski, Rainer Lächele, Dennis Basaldella

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
1.1	Fragestellung und Arbeitsauftrag	5
1.2	Forschungsstand	6
1.3	Methodik und Vorgehen der Recherche	6
2	Hintergründe: Abzahlungsgeschäft und Auskunftswesen	9
3	Gründung und Wachstum der SCHUFA (1927–1930)	12
3.1	Der Ursprung: die Elektrissima der Bewag	12
3.2	Die Gründung der SCHUFA	13
3.3	Der Arbeitsalltag der SCHUFA	14
3.4	Die führenden Personen der SCHUFA und ihr soziales Milieu	17
3.4.1	Die Gründer	18
3.4.2	Der Verwaltungsausschuss	20
3.4.3	Die Karteiführerinnen	22
3.4.4	Die Personen hinter der SCHUFA: eine Zwischenbilanz	22
4	Die unauffällige Expansion (1931–1937)	24
4.1	Zwischen Krise und Konsum	24
4.2	Netzwerke und Gesellschafter	24
4.2.1	Kaufkredit AG	24
4.2.2	Gefi (Gesellschaft für Kundenkredit-Finanzierung mbH)	25
4.2.3	Kundenkredit GmbH Königsberg	25
4.2.4	Die SCHUFA und die Banken	26
4.3	Verlauf der Gleichschaltung	26
4.3.1	Gleichschaltung der Bewag	26
4.3.2	Gleichschaltung der SCHUFA	27
4.4	Das Personal der SCHUFA in der NS-Zeit	28
4.5	Der Reichseinheitsverband deutscher Auskunftserteiler	31
4.6	Die Fachgruppen „Auskunftsgewerbe“ und „Teilzahlungskreditunternehmen“	32
4.7	Der Ausbau der Regionalstellen	33
4.7.1	SCHUFA Hamburg	33
4.7.2	SCHUFA Dortmund	39
4.7.3	SCHUFA Köln	40
4.8	Arbeitsalltag der SCHUFA in Berlin nach 1933	41
4.9	Die Bildung der Reichs-SCHUFA	43
4.10	„Dann müsste sie JU-FA heißen.“: Im Fadenkreuz des Antisemitismus	44
5	Bestandswährung und Zerstörung (1938–1945)	45
5.1	Bestandsverwaltung	45
5.2	Kriegsfolgen	46

6	Das Schicksal jüdischer Führungskräfte	47
6.1	Dr. Robert Kauffmann	.47
6.2	Dr. Walter Gerhard Meyer	.48
6.3	Dr. Kurt Meyer	.49
6.4	Siegfried Katz	.50
6.5	Ernst Leipziger	.50
6.6	Leon Zeitlin	.50
7	Neubeginn und Kontinuitäten (ab 1945)	52
7.1	Rückkehr von Dr. Kurt Meyer	.52
7.2	Walter Kaminsky	.53
8	Verschwiegene Vergangenheit?	55
8.1	Rekonstruktion der Geschichte	.55
8.2	Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus	.56
9	Fazit	57
9.1	Die Rolle der SCHUFA im Nationalsozialismus	.57
9.2	Die SCHUFA als jüdisch-deutsche Geschichte?	.57
9.3	Täter, Opfer und der Bereich „dazwischen“	.58
9.4	Unter dem Radar? Überleben der SCHUFA in einer Nische	.59
10	Anhang	60
	Abkürzungsverzeichnis	.60
	Abbildungsverzeichnis	.61
	Quellen aus externen Archiven	.62
	Quellen aus dem SCHUFA Archiv	.71
	Zeitungen	.77
	Gesichtete Literatur	.81
	Impressum	.85

1 Einleitung

Name Schuldig | Vorname Peter

Geboren 3. 5. 92 | Ehefrau Ehemann

Wohnung (auch Inquilin) Köln | Anbangerstr. 61

Beruf Buchhalter | bestehend wo beschäftigt Teil v. Lang

Kreditbetrag 85.- RM in 4 Monatsraten ab 1. 12. 34 | Datum 15. 11. 34

Auskunft		
	RM ab	in Raten
1.	RM ab	in Raten
2.	RM ab	in Raten
3.	RM ab	in Raten
4.	RM ab	in Raten

Auskunftszettel 29. 11. 34 78. 35 14. 35

SCHUFA SCHUTZGEMEINSCHAFT FÜR ALLGEMEINE KREDITSICHERUNG

Unterschrift oder Firmenstempel der leitenden Person

Abbildung 1: Sächsisches Staatsarchiv, Bestand 30874 Industrie- und Handelskammer Chemnitz, Nr. 581: Informationsbroschüre „SCHUFA Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung“ inkl. Karte der Amtsbezirke der SCHUFA Köln, 1934.

Mit 4.196 erteilten Auskünften war der 17. Dezember 1934 ein Rekordtag in einem Rekordjahr für die Berliner Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung, kurz SCHUFA. 1934 gab sie insgesamt 464.135 Auskünfte weiter und damit so viele wie noch nie seit dem Beginn ihrer Geschäftstätigkeit am 1. April 1927.¹ Diese Zahlen verdeutlichen, dass die SCHUFA zu Beginn der NS-Diktatur an Bedeutung gewann und stark expandieren konnte. Sie überstand zudem weitgehend unbeschadet die durch den Börsencrash von 1929 ausgelöste Weltwirtschaftskrise. Als Adolf Hitler im Frühjahr 1933 Deutschland in eine Diktatur umwandelte, profitierte er zudem von der bereits im Herbst 1932 einsetzenden Erholung der globalen Wirtschaft. Er versprach den Deutschen nach Jahren der Krise eine Wiederbelebung der Konsumgesellschaft. Produkte wie der „Volksempfänger“ dienten dabei als Propagandainstrument für den inszenierten Wohlstand im Deutschen Reich. Tatsächlich waren jedoch selbst diese staatlich subventionierten Produkte für breite Bevölkerungsschichten, die infolge der langen Krisenzeit nur über geringe Ersparnisse verfügten, selten als Barkauf erschwinglich. Der Konsumkredit stellte daher einen zentralen Finanzierungsmechanismus dar,² dessen Absicherung in Großstädten wie Berlin, Hamburg, Dortmund oder Köln maßgeblich die SCHUFA gewährleistete.

¹ Vgl. SCHUFA Infothek: Bericht über die Beiratssitzung der Bundes-SCHUFA am 14.05.1953 in Bad Pyrmont, 28.05.1953.

² Vgl. Schanetzky, Tim: „Kanonen statt Butter“. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, Bonn 2016, S. 108.

Damit nahm die SCHUFA insbesondere in der Anfangsphase des Nationalsozialismus eine relevante wirtschaftliche Funktion ein. Umso erstaunlicher ist es, dass sie in der bisherigen Forschung zur Wirtschaft im NS-Staat weitgehend unberücksichtigt geblieben ist. In der Historiografie wird die Blütezeit des Privatkonsums und des damit verbundenen Konsumkredits meist erst in die Zeit des „Wirtschaftswunders“ verlegt.³ Die Zahlen der SCHUFA belegen aber, dass es sehr lange dauerte, bis sie wieder an die Rekordergebnisse des Jahres 1934 anknüpfen konnte. Im Geschäftsjahr 1955 erteilte etwa die SCHUFA lediglich 293.970 Auskünfte und damit knapp zwei Drittel der im Jahr 1934 registrierten Fälle.⁴ Die Kriegsfolgen und die Teilung Deutschlands führten dazu, dass die SCHUFA erst langsam wieder zu ihrer früheren Bedeutung zurückkehrte. Heute ist die SCHUFA ein Synonym für das Auskunftswesen und eng mit moderner Konsumkultur verbunden. Sie verfügt über Daten von 69 Millionen Personen (Stand 2026).

1.1 Fragestellung und Arbeitsauftrag

Im Oktober 2025 beauftragte die SCHUFA die Firma D.I.E. Firmenhistoriker GmbH mit der Erstellung dieses Gutachtens. Seitens der SCHUFA wurden 420 Stunden für die Recherchen in internen und externen Archiven freigegeben.

Der Arbeitsauftrag der SCHUFA lautete:

1. Recherche zur Rolle der SCHUFA und ihrer Geschäftsführung in der Zeit des Nationalsozialismus
2. Recherche zu den Biografien und Schicksalen der Gründer
3. Recherche zur Frage, ob die SCHUFA in das NS-System verstrickt war und ob sie die Ziele und die Politik der Nationalsozialisten organisatorisch unterstützt hat.

Aus diesem Arbeitsauftrag leitet sich eine Reihe von Fragen über die Tätigkeit und Verantwortung der SCHUFA in der Zeit des Nationalsozialismus ab, die in diesem Gutachten geklärt werden:

Nutzung der Daten: Die SCHUFA war in der prädigitalen Zeit ein erster analoger Informationsspeicher. Mithilfe eines Karteikartensystems sammelte sie eine bis dahin nie dagewesene Menge an Informationen über die Zahlungsfähigkeit von Privatpersonen. Bereits im Jahr 1931 verfügte sie allein in Berlin über Karteikarten zu 2,75 Millionen Menschen. Weckten diese Informationen das Interesse der Nationalsozialisten? Nutzten diese die von der SCHUFA gesammelten Daten, um Gegnern des Regimes oder rassistisch verfolgten Menschen zu schaden?

Schicksal der Gründer: Die Brüder Kurt und Walter Gerhard Meyer sowie Robert Kauffmann sind die drei Gründer der SCHUFA-Organisation. Sie entwickelten die Idee und stellten mit Kurt Meyer auch den Geschäftsführer der ersten SCHUFA in Berlin. Es ist mittlerweile bekannt, dass sie als Juden von den Nationalsozialisten zur Flucht aus Deutschland gezwungen worden sind. Darüber hinaus sind viele Aspekte ihrer Biografie unbekannt geblieben und sollen im Rahmen dieses Gutachtens aufgeklärt werden.

Die verantwortlichen Akteure: Neben den drei bekannten Gründern war bislang über weitere Verantwortungsträger der SCHUFA nichts bekannt, nicht einmal deren Namen. Dieses Gutachten rekonstruiert die Geschäftsführung der ersten, in Berlin gegründeten SCHUFA sowie die ihrer wichtigsten Ableger in Hamburg, Dortmund und Köln. Dabei wird geklärt, ob und wie diese Personen in das NS-System eingebunden waren und ob sie zu den Mitläufern, Tätern oder Opfern gehörten.⁵

Die Einbindung der SCHUFA in die Strukturen der NS-Wirtschaft: Die Zahl der erteilten Auskünfte gibt zwar einen ersten Eindruck von der Bedeutung der SCHUFA, für die Einordnung ihrer Rolle in die NS-Wirtschaft ist sie jedoch nur bedingt aussagekräftig. Dieses Gutachten wird herausarbeiten, wie die SCHUFA in das damalige Wirtschaftssystem eingebunden war und welche Funktion sie darin erfüllte.

³ Vgl. Kuchenbuch, Ludolf: Am Nerv des Geldes, in: Historische Anthropologie 17 (2009), hier S. 264.

⁴ Vgl. Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 07119: Geschäftsbericht der SCHUFA für das Geschäftsjahr 1955, 27.02.1956, S. 2.

⁵ Diese Kategorisierung entstammt den Entnazifizierungsprozessen der sogenannten „Spruchkammern“ der Nachkriegszeit. Obwohl sie in ihrer Pauschalität den komplexen Umständen der Zeit nicht gerecht werden kann, bietet sie zumindest eine erste Schablone zur Einordnung. Ausführlich dazu: Falter, Jürgen W., u.a.: „Wie ich den Weg zum Führer fand.“ Beitrittsmotive und Entlastungsstrategien von NSDAP-Mitgliedern, Weinheim 2022.

Sonderstellung im Auskunftswesen: Die SCHUFA war seit ihrer Gründung 1927 nur eines von vielen Unternehmen im Bereich des Auskunftswesens. Dabei verfügte sie aber aufgrund ihrer Struktur und Rechtsperson über eine Sonderstellung. Sie arbeitete als GbR nicht gewerblich, sondern stellte Auskünfte zum Selbstkostenpreis bereit. Sie stand in der Trägerschaft ihrer Gesellschafter, die in der Regel aus der Branche des Konsumkredits, der Konsumgüterproduktion oder des Handels stammten. Deshalb war sie in ein weitverzweigtes Netzwerk eingebunden, das in diesem Gutachten aufgezeigt und eingeordnet werden soll.

1.2 Forschungsstand

Die Geschichte der SCHUFA im Nationalsozialismus ist bislang nicht umfassend erforscht worden. Dementsprechend steht nur eine sehr begrenzte Anzahl an Forschungsliteratur zur Verfügung, auf der die Recherche aufbauen kann. Zur Institution selbst sind wenige Publikationen erschienen, die zudem häufig populärwissenschaftlich verfasst sind. Die von der SCHUFA selbst verfassten oder in Auftrag gegebenen Jubiläumsschroniken behandeln die Zeit vor 1951 hingegen nur oberflächlich und weitgehend ohne Einbeziehung externer Quellen. Gleichwohl liefern sie erste Hinweise auf beteiligte Personen und institutionelle Strukturen und bilden damit einen wichtigen Ausgangspunkt für die weitere Untersuchung.

Das Gutachten zur Geschichte der SCHUFA ist auch deshalb Grundlagenforschung, weil zum Auskunftswesen insgesamt kaum wissenschaftliche Studien vorliegen. Eines der wenigen Beispiele ist das Buch „Das Recht des Auskunft- und Detekteigewerbes“ des Rechtswissenschaftlers Andreas Peilert. In einem knappen, aber ausführlich recherchierten Kapitel widmet er sich der Geschichte des Auskunftswesens und berücksichtigt dabei auch die SCHUFA.⁶ Ansonsten erscheinen die SCHUFA und andere Auskunftsteile in vielen Forschungsarbeiten nur im Rahmen eines kurzen historischen Überblicks.⁷ So enthält etwa das Grundlagenwerk zur Geschichte des Konsums in der Weimarer Republik von Claudius Torp nicht mehr als vage Informationen zur Geschichte der SCHUFA. Er erwähnt lediglich, dass sie „von Juristen aus dem Umfeld der Bewag gegründet“⁸ worden sei. Auffällig ist dabei, dass sich die meisten Arbeiten im Fall der SCHUFA überwiegend auf dieselben wenigen vorhandenen Informationen stützen: Gründungsjahr, Arbeitsweise, Namen der Gründer und Entstehung im Kontext der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke Aktien-Gesellschaft (Bewag).

Wesentlich umfangreicher ist dagegen die Forschung zur Wirtschafts- und Konsumgeschichte in der NS-Zeit. Grundlegend sind dafür etwa das umfangreiche Werk des britischen Wirtschaftshistorikers Adam Tooze über die NS-Wirtschaftspolitik⁹ oder – von deutscher Seite – die Arbeit von Tim Schanetzky über „Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich“¹⁰. Der Konsumentenkredit fand erst in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit der Forschung. Hervorzuheben ist dabei insbesondere der Aufsatz von Jan Logemann über „Konsumfinanzierung und Zeitnarrative“ seit den 1890er-Jahren, in dem er sich ausführlich mit dem Umgang mit Konsumkrediten in Politik und Gesellschaft beschäftigt.¹¹ Diese Forschung ermöglicht die Einbindung der Rechercheergebnisse zur Geschichte der SCHUFA in einen breiteren Kontext.

1.3 Methodik und Vorgehen der Recherche

Da nur wenige belastbare Studien vorliegen, stellt die Forschung zur Geschichte der SCHUFA Grundlagenarbeit dar. Im Vergleich zu großen Industrieunternehmen, dem produzierenden Mittelstand oder öffentlichen Banken erweist sich diese Untersuchung als herausfordernd für die historische Forschung. Infolge der Kriegszerstörungen existiert weder in Berlin noch an den Standorten in Hamburg, Dortmund oder Köln ein Firmenarchiv. Am schwerwiegendsten war die Zerstörung der SCHUFA in Berlin durch einen

⁶ Vgl. Peilert, Andreas: Das Recht des Auskunft- und Detekteigewerbes. Empirische Untersuchung, verfassungsrechtlicher Rahmen, rechtliche Befugnisse und gewerberechtlicher Novellierungsvorschlag, Berlin 1996, S. 61–69 / S. 73–100.

⁷ Siehe etwa Tilck, Philipp: Die Quantifizierung des Vertrauens. Eine Untersuchung der Transparenzanforderungen an das Kredit scoring vor dem Abschluss von Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen am Maßstab des Bankaufsichts- und Datenschutzrechts, Berlin 2024, S. 54–56.

⁸ Torp, Claudius: Konsum und Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2011, S. 302.

⁹ Vgl. Tooze, Adam: The Wages of Destruction. The Making & Breaking of the Nazi Economy, New York 2007.

¹⁰ Vgl. Schanetzky, Tim: „Kanonen statt Butter“. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, Bonn 2016.

¹¹ Vgl. Logemann, Jan: „Auf Zeit“ gekauft – „Buying on time“. Konsumfinanzierung und Zeitnarrative in Deutschland und den USA seit den 1890er Jahren, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 108 (2021), S. 79–109.

Bombenangriff der Alliierten am 5. Februar 1945.¹² Dabei verbrannten sämtliche Karteikarten und beinahe der vollständige Aktenbestand. Besonders stark betroffen waren die Unterlagen zu den Geschäftsjahren ab 1936.¹³ Somit sind wichtige Daten und Quellen zur Geschäftsentwicklung und über das Personal aus dieser Zeit nicht mehr vorhanden. In der Hauptgeschäftsstelle der heutigen SCHUFA in Wiesbaden sind nur Bruchstücke des historischen Bestands überliefert, die noch nicht wissenschaftlich erschlossen und verzeichnet sind. Einige wenige Bilder und Dokumente waren in einer kleinen Ausstellung zur Unternehmensgeschichte (Infothek) zu sehen. Der interne Aktenbestand ist erst seit der Neugründung der SCHUFA im Jahr 1951 vollständig.

Um die Geschichte der SCHUFA zwischen 1927 und 1951 zu rekonstruieren, wurde eine externe Recherche in 74 verschiedenen Archiven, Institutionen und Datenbanken in Deutschland, Polen, den Vereinigten Staaten, Argentinien und der Schweiz durchgeführt. In den folgenden Archiven wurde recherchiert bzw. eine Recherche-Anfrage gestellt:

Internationale Archive:

- Archivo General de la Nación (Argentinien)
- Archiwum Państwowe w Szczecinie (Szczecin, Polen)
- Archiwum Państwowe we Wrocławiu (Wrocław, Polen)
- ETH Zürich, Archiv für Zeitgeschichte (Zürich, Schweiz)
- National Archives and Records Administration (Washington, D.C., USA)

Archive auf Bundesebene (Deutschland):

- Archiv Centrum Judaicum
- Bundesarchiv
- Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
- Arolsen Archives

Archive auf Ebene der Bundesländer (Deutschland):

Baden-Württemberg

- Hauptstaatsarchiv Stuttgart
- Staatsarchiv Ludwigsburg
- Stiftung Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg

Bayern

- Bayerisches Hauptstaatsarchiv
- Bayerisches Wirtschaftsarchiv
- Staatsarchiv München

Berlin

- Archiv Jüdisches Museum Berlin
- Archiv Technikmuseum Berlin
- Landesarchiv Berlin
- Wirtschaftsarchiv Berlin-Brandenburg
- Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Brandenburg

- Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam

Hamburg

- Archiv der Handelskammer Hamburg
- Museum für Hamburgische Geschichte
- Staatsarchiv Hamburg
- Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv

Hessen

- Hessisches Landesarchiv
- Hessisches Wirtschaftsarchiv

Mecklenburg-Vorpommern

- Landesarchiv Mecklenburg-Vorpommern

Niedersachsen

- Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Hannover
- Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Osnabrück

Nordrhein-Westfalen

- Historisches Archiv der Stadt Köln mit Rheinischem Bildarchiv
- Landesarchiv NRW – Abteilung Ostwestfalen-Lippe
- Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland
- Landesarchiv NRW – Abteilung Westfalen
- Ruhr Museum – Bilddatenbank
- Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln
- Westfälisches Wirtschaftsarchiv

Sachsen

- Sächsisches Staatsarchiv – Staatsarchiv Chemnitz
- Sächsisches Wirtschaftsarchiv e. V.

Schleswig-Holstein

- Landesarchiv Schleswig-Holstein

¹² Vgl. Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-SCHUFA (Hrsg.): Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre SCHUFA, Wiesbaden 1977, S. 70.

¹³ Vgl. SCHUFA Archiv: Schreiben Johann Stappen an Dr. Semmroth, 14.03.1952, S. 1., aus: Keller Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 52: Wissenswertes über das SCHUFA-System und ihre Geschichte

Kommunale Archive:

- Historisches Archiv der Stadt Köln
- Stadtarchiv Dortmund
- Stadtarchiv Duisburg
- Stadtarchiv Düsseldorf
- Stadtarchiv Essen
- Stadtarchiv Frankfurt am Main
- Stadtarchiv München
- Stadtarchiv Münster
- Stadtarchiv Stuttgart
- Stadtarchiv Wattenscheid

Gerichte:

- Amtsgericht Berlin
- Amtsgericht Dortmund
- Amtsgericht Düsseldorf
- Amtsgericht Duisburg
- Amtsgericht Essen
- Amtsgericht Frankfurt am Main
- Amtsgericht Hamburg
- Amtsgericht Köln
- Amtsgericht Wattenscheid
- Amtsgericht Wuppertal

Behörden:

- Entschädigungsbehörde Berlin
- Geodatenzentrum Wuppertal
- Landesdenkmalamt Berlin
- Magistratsabteilung 62 Wien, Österreich (Meldewesen)
- Magistratsabteilung 63 Wien, Österreich (Personenstand, Gewerberecht, Datenschutz)
- Stadtplanungsamt Dortmund

Banken:

- Hamburger Sparkasse AG
- Targobank AG

Vereine:

- Pro Honore e. V.

Datenbanken:

- Ancestry
- ANNO Historische Zeitungen und Zeitschriften
- Deutsches Zeitungsportal
- Zeitpunkt NRW

Die methodische Vorgehensweise bei der Erstellung des Gutachtens war wie folgt: Es wurde unterschieden zwischen der Recherche zu Personen und der Untersuchung struktureller Zusammenhänge. Ausgangspunkt der Recherche waren die Unterlagen der SCHUFA in Berlin für die Zeit vor 1945 im Bestand der Bewag im Archiv des Technikmuseums in Berlin. Anschließend erfolgten Anfragen im Bundesarchiv und in den Landesarchiven, in kommunalen Archiven sowie in den Wirtschaftsarchiven in ganz Deutschland. Allerdings lieferten diese nur in den seltensten Fällen Treffer zur SCHUFA und ihren regionalen Ablegern.

Der zweite Schritt war die Recherche zu Personen. Die Mitglieder der Geschäftsführung und des Verwaltungsausschusses ließen sich zunächst über die noch vorhandenen Geschäftsberichte aus den Jahren zwischen 1929 und 1933 ermitteln. Bestände der Entschädigungsbehörde Berlin konnten ergänzend zur Rekonstruktion der Biografien hinzugezogen werden. Dagegen lieferten die Akten der Entnazifizierungsprozesse aus der Nachkriegszeit (z. B. aus dem Landesarchiv Berlin oder dem Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland) oder die Bewag-Personalakten (Landesarchiv Berlin) biografische Daten über weitere verantwortliche Personen im Zeitraum von 1933 bis 1945. Zu den Biografien der drei Gründer gaben Akten aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv zusätzliche wertvolle Hinweise. Informationen zum wichtigsten Gesellschafter der SCHUFA, der Bewag, konnten im Landesarchiv in Berlin eingesehen werden.

Als wichtige Quelle zur Struktur der SCHUFA und ihrer regionalen Ableger erwiesen sich die Bestände der Industrie- und Handelskammern (Archiv der Handelskammer Hamburg, Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz und Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv in Dortmund). Weitere ergänzende Daten ließen sich aus zeitgenössischen Zeitungsartikeln, Handelsregistereinträgen und Datenbanken zur Ahnenforschung entnehmen. Soweit vorhanden, dienten auch Nachlässe (Archiv für Zeitgeschichte Zürich) als Quelle.

2 Hintergründe: Abzahlungsgeschäft und Auskunftswesen

Entstehung und Entwicklung des Abzahlungsgeschäfts

Das Modell der Ratenzahlung ist in Europa bereits seit dem Mittelalter belegt. In großen Handelszentren wie Venedig, Florenz oder Brügge existierten Zahlungsformen, bei denen die volle Summe des Kaufpreises nicht auf einmal, sondern in mehreren Teilbeträgen entrichtet wurde. Solche Vereinbarungen beruhten meist auf persönlichen Beziehungen und gegenseitigem Vertrauen unter den Kaufleuten. Erst mit der Industrialisierung entwickelte sich daraus das moderne Abzahlungsgeschäft, das zunehmend unabhängig von individuellen Kontakten funktionierte.

Ein früher Wegbereiter des Abzahlungsgeschäfts war der amerikanische Nähmaschinenhersteller Singer, der ab den 1850er-Jahren systematisch Ratenzahlungsmodelle für seine Produkte anbot. Dieses Modell trug wesentlich dazu bei, teure langlebige Konsumgüter auch für breitere Bevölkerungsschichten erschwinglich zu machen. In Deutschland zählte das Warenhaus von Alex Friedländer in Hamburg zu den Pionieren. Friedländer ermöglichte den Kauf von Textilien und Möbeln auf Raten, ohne dafür Sicherheiten zu verlangen. Trotz seines wirtschaftlichen Erfolgs fand dieses Geschäftsmodell zunächst kaum Nachahmer.

Stattdessen stieß das Abzahlungsgeschäft im Kaiserreich auf erhebliche Kritik. Der etablierte Einzelhandel sah darin einen unlauteren Wettbewerb und befürchtete Marktverzerrungen. Auch die Industrie- und Handelskammern standen dieser Zahlungsform ablehnend gegenüber und warnten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts vor den wirtschaftlichen und moralischen Risiken des Ratenkaufs. Ähnliche Vorbehalte äußerten Abgeordnete im Reichstag. Sie befürchteten zunehmenden Betrug, eine Überschuldung der Käufer sowie eine sinkende Warenqualität infolge des Preis- und Konkurrenzdrucks.

Bemerkenswert war jedoch, dass sich in der politischen Debatte ein ungewöhnlicher Konsens zwischen Liberalen und Sozialdemokraten abzeichnete, die das Abzahlungsgeschäft aus unterschiedlichen Motiven heraus unterstützten. Die Liberalen lehnten staatliche Eingriffe in unternehmerische Freiheiten grundsätzlich ab und betrachteten neue Zahlungsmodelle als Ausdruck wirtschaftlicher Innovation. Die Sozialdemokraten hingegen erkannten in der Ratenzahlung ein Mittel zur Verbesserung der Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsschichten, da sie den Zugang zu Konsumgütern erleichterte. Grundsätzlich war die Bewertung des Konsumkredits eng mit weltanschaulichen Vorstellungen verbunden, insbesondere mit der Frage, ob eine politische Bewegung von einer optimistischen oder pessimistischen Zukunftserwartung ausging. Häufig wurde zudem die Frage, ob sich jemand ein bestimmtes Produkt tatsächlich „verdient“ habe, mit einer moralischen Wertung verknüpft. Gerade in Deutschland galt ein „solides Haushalten“, das den Verzicht auf Privatkredite vorsah, lange Zeit als gesellschaftliche Leitvorstellung.¹⁴

Aus diesem Grund setzten sich bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland überwiegend die konservativen Gegner des Abzahlungsgeschäfts durch. Die Reichsregierung schränkte diese Form des Konsums durch Sondersteuern und regulatorische Maßnahmen erheblich ein. Erst nach 1906 kam es schrittweise zu einer Lockerung dieser Restriktionen, was langfristig den Weg für eine zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz der Ratenzahlung ebnete.¹⁵

Besonders der deutsche Einzelhandel wehrte sich energisch gegen das Abzahlungsgeschäft: „Er hielt es für unsolide, umständlich, die Zahlungsmoral des Käufers demoralisierend und gefährlich“,¹⁶ wie der zeitgenössische Wirtschaftswissenschaftler und DDP-Politiker Waldemar Koch (1880–1963) noch im Jahr 1931 feststellte. Zahlreiche Verbände, wie etwa der Einzelhandelsausschuss

¹⁴ Vgl. Logemann, Jan: „Auf Zeit“ gekauft – „Buying on time“. Konsumfinanzierung und Zeitnarrative in Deutschland und den USA seit den 1890er Jahren, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 108 (2021), S. 79–109, hier S. 80.

¹⁵ Vgl. Koch, Waldemar: Das Abzahlungsgeschäft in Handel und Industrie und seine Finanzierung, Berlin 1931, S. 6–17.

¹⁶ Ebd., S. 26.

des Deutschen Industrie- und Handelstages, machten Stimmung gegen dieses Zahlungsmodell. Lediglich die Industrie- und Handelskammer Berlin trat dem Abzahlungsgeschäft ab den 1920er-Jahren offener gegenüber. Hintergrund war, dass das bedeutende Warenhaus Tietz eine Partnerschaft mit einer schweizerischen Finanzierungsgesellschaft (Kaufkredit AG) einging, um das Geschäft mit dem Kaufkredit auszubauen.¹⁷ Direktor der Kaufkredit AG war Siegfried Katz, der später auch Mitglied im Verwaltungsausschuss der SCHUFA in Berlin werden sollte. Letztendlich war es aber auch die schwere Krisenzeit infolge des Ersten Weltkriegs, die zur Durchsetzung des Konsumkredits beigetragen hat. Nach dem Vorbild von Tietz förderten nach und nach weitere große deutsche Kaufhäuser dieses Zahlungsmodell, das sich trotz der Kritik aus Politik und Gesellschaft „verselbstständigte.“¹⁸ Vor allem die Vernichtung der Sparguthaben durch die Hyperinflation führte dazu, dass nach der Einführung der Reichsmark im Jahr 1924 viele Menschen ihre Konsumwünsche mithilfe von Kleinkrediten oder über Ratenzahlungen finanzieren mussten.

Überblick über das Auskunftswesen im 19. und 20. Jahrhundert

Parallel zum Boom des modernen Privatkonsums im 19. Jahrhundert entwickelte sich das private Auskunftswesen. Durch industrielle Produktion wurden Konsumprodukte aller Art für immer breitere Schichten der Bevölkerung erschwinglich. Gleichzeitig stieg mit der Entstehung großer Handelsketten die Anonymisierung des Geschäftlichen: Käufer und Verkäufer kannten sich immer seltener persönlich, sodass externe Quellen zur Beurteilung ihres Zahlungsverhaltens notwendig wurden.¹⁹ In den Pionierstaaten der Industrialisierung und des modernen Finanzwesens, in Großbritannien und den USA, entstanden ab den 1830er-Jahren die ersten kommerziellen Auskunftsteien. Sie sammelten systematisch Informationen über die Zahlungsfähigkeit von Privatkonsumenten und lieferten damit eine wichtige Entscheidungsgrundlage für Händler und Kreditgeber, insbesondere im Zusammenhang mit Ratenkäufen. Das Auskunftsgewerbe profitierte dabei erheblich vom Aufkommen neuer Massenmedien, die als zentrale Informationsquellen dienten. So berichteten die Wirtschaftsteile großer Zeitungen regelmäßig über Privatsolvenzen oder Gerichtsverfahren gegen säumige Schuldner und machten diese Informationen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.²⁰ In Deutschland, wo die Industrialisierung etwas später einsetzte, dafür aber umso schneller voranschritt, entstanden die ersten derartigen Institutionen nach der Reichsgründung 1871.²¹

Ein Pionier des Auskunftsgewerbes war der Unternehmer Wilhelm Schimmelpfeng (1841–1913). Er gründete am 1. November 1872 das erste „Auskunfts- und Kontrollbüro für geschäftliche, insbesondere Kreditverhältnisse“ in Frankfurt am Main (ab 1888 Auskunft W. Schimmelpfeng). Er ließ den Begriff der „Auskunftei“ eigens für sein Unternehmen schaffen und beauftragte dafür den Germanisten Hermann von Pfister-Schwaighusen (1836–1916).²² Es gelang Schimmelpfeng jedoch nicht, die Bezeichnung „Auskunftei“ exklusiv für sein Unternehmen zu sichern.²³ Nach diesem Vorbild entstanden zahlreiche neue Auskunftsteien, deren Geschäftsmodell oftmals mit anderen privaten Informationsunternehmen (z. B. Detekteien) verbunden war. Ähnlich wie bei den neuen Formen der Ratenzahlung betrachtete die Reichsregierung das aufkommende Auskunftsgewerbe kritisch und stufte viele Unternehmen als unseriös ein. Die 1911 in Hamburg gegründete „Deutsche Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen“²⁴ sah sich gar veranlasst, eine allgemeine Warnung vor dem gesamten Auskunftsgewerbe herauszugeben. Darauf folgte eine von den großen Auskunftsteien initiierte Reform, die für mehr Transparenz und Seriosität in der Branche sorgen sollte.²⁵

¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁸ Vgl. Derleder, Peter: Zins als Rente: Zur neueren Geschichte, Theorie und Praxis des Verbraucherkreditrechts, in: Kritische Justiz 24 (1991), S. 276.

¹⁹ Vgl. Tilk, Philipp: Die Quantifizierung des Vertrauens. Eine Untersuchung der Transparenzanforderungen an das Kreditscoring vor dem Abschluss von Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen am Maßstab des Bankaufsichts- und Datenschutzrechts, Berlin 2024, S. 52–54.

²⁰ Vgl. ebd., S. 53.

²¹ Vgl. Peilert, Andreas: Das Recht des Auskunftei- und Detekteigewerbes. Empirische Untersuchung, verfassungsrechtlicher Rahmen, rechtliche Befugnisse und gewerberechtlicher Novellierungsvorschlag, Berlin 1996, S. 73–76.

²² Vgl. Tilk, Philipp: Die Quantifizierung des Vertrauens. Eine Untersuchung der Transparenzanforderungen an das Kreditscoring vor dem Abschluss von Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen am Maßstab des Bankaufsichts- und Datenschutzrechts, Berlin 2024, S. 54.

²³ Vgl. ebd., S. 76.

²⁴ Eine Vorgängerinstitution des 1955 in Bad Homburg gegründeten Deutschen Schutzverbands gegen Wirtschaftskriminalität.

²⁵ Vgl. Peilert, Andreas: Das Recht des Auskunftei- und Detekteigewerbes. Empirische Untersuchung, verfassungsrechtlicher Rahmen, rechtliche Befugnisse und gewerberechtlicher Novellierungsvorschlag, Berlin 1996, S. 80.

Dieser erste Aufschwung des Auskunftsgewerbes brach jedoch infolge des Ersten Weltkriegs zusammen. Zu Beginn der Weimarer Republik konnte es sich nur unwesentlich erholen, als mit der Hyperinflation 1923 bereits der nächste Geschäftseinbruch folgte. Durch den Wertverlust des Geldes gab es keinen Bedarf an Auskünften über die Zahlungsfähigkeit. Erst die Stabilisierung der Währung und die Einführung der Reichsmark am 30. August 1924 beendeten die Dauerkrise. Die anschließende Phase einer kurzfristigen Hochkonjunktur brachte jedoch neue Herausforderungen für das Auskunftsgewerbe mit sich: Da viele Unternehmen neu gegründet wurden, konnten die Auskunftsteien nicht auf vorhandenes Archivmaterial über deren Kundschaft zurückgreifen. Sie waren auch nicht in der Lage, die rasant steigende Zahl an Anfragen über die Zahlungsfähigkeit von Privatkonsumenten zu bewerkstelligen. Denn aufgrund der vielen Krisen hatten viele Bürger, die sich nun endlich ihre Konsumwünsche erfüllen wollten, kaum Ersparnisse. Somit stieg die Nachfrage vieler Unternehmen nach einer Prüfung der Zuverlässigkeit ihrer Kunden. Innerhalb kurzer Zeit gründeten sich viele neue Auskunftsteien, die nicht über die notwendige Fachexpertise bei der Sammlung und Erstellung von Datenbanken verfügten.²⁶

²⁶ Vgl. ebd., S. 82.

3 Gründung und Wachstum der SCHUFA (1927–1930)

Es kamen mehrere Faktoren zusammen, die zur Entstehung der SCHUFA beitrugen. Der zuvor über Jahrzehnte gesellschaftlich und wirtschaftlich verpönte Konsumkredit hatte sich inzwischen im Einzelhandel etabliert und gewann zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig waren die bestehenden kommerziellen Auskunftsteien mit der wachsenden Zahl von Kreditanfragen überfordert und verfügten nicht über die organisatorischen und technischen Möglichkeiten, zentrale Datenbestände aufzubauen. Hinzu kam, dass aufgrund wirtschaftlicher Krisen die Ersparnisse vieler Konsumenten aufgebraucht waren, sodass das Risiko von Zahlungsausfällen als besonders hoch eingeschätzt wurde.

3.1 Der Ursprung: die Elektrissima der Bewag

Die SCHUFA entstand in der Reichshauptstadt Berlin, wo der rasante Wandel zur Konsumgesellschaft am stärksten spürbar und die Skepsis gegenüber modernen Zahlungsmethoden am geringsten war. Ein wesentlicher Antrieb dafür war die Elektrifizierung der Stadt, die seit den 1920er-Jahren deutlich an Geschwindigkeit gewann. Verantwortlich dafür war die Berliner Städtische Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft (Bewag), die 1884 als Privatunternehmen gegründet und 1915 von der Stadt Berlin übernommen worden war. Die Bewag begann nach dem Ersten Weltkrieg damit, die veralteten Berliner Kraftwerke zu modernisieren und den Zugang zum Stromnetz für Unternehmen und Privatkunden auszubauen.

Dabei führte sie mit der am 1. Oktober 1926 gegründeten Elektrissima ein einzigartiges Geschäftsmodell ein, das die Bereitstellung von Stromanschlüssen mit dem Verkauf von Elektrogeräten koppelte. Die Bewag schaffte elektrische Haushaltsgeräte (z. B. Beleuchtung, Elektroherde, Kühlschränke oder Radiogeräte) aus eigenen Mitteln an und verkaufte sie gegen Ratenzahlung an ihre Stromkunden weiter. Die Raten waren dabei gleichzeitig mit den Stromrechnungen fällig, sodass die Bewag gut über das Zahlungsverhalten ihrer Kundinnen und Kunden informiert war.²⁷ Dabei arbeitete sie eng mit Händlern, Installationsfirmen und Verkaufsgeschäften zusammen. 1929 waren bereits 2.500 Unternehmen und Geschäfte an der Elektrissima beteiligt.²⁸

Durch dieses neue Geschäftsmodell konnten sich immer mehr Privatpersonen moderne Elektrogeräte leisten, was zu einer „Demokratisierung“²⁹ der Elektrifizierung führte. Der Kopf hinter dieser Idee war Dr. Walter Gerhard Meyer (1902–2003), der mit gerade einmal 22 Jahren im Jahr 1924 bei der Bewag einstieg. Neun Monate nach der Einführung der Elektrissima verfasste er eine vorläufige Bilanz des Projekts: Bereits im ersten Monat gingen 3.500 Anträge mit einem Kreditvolumen von 300.000 RM ein. Bis zum Juni 1926 stieg die Zahl auf insgesamt 53.000 Anträge mit einem Volumen von 4,25 Millionen RM.³⁰ Eine intensive Werbekampagne begleitete die Elektrissima: So ließ die Bewag etwa über ihre Partnergeschäfte in ganz Berlin Plakate aushängen oder das Logo auf die Trikots ihres Sportvereins drucken. Dr. Walter Gerhard Meyer selbst beschrieb, wie das Geschäftsmodell der Elektrissima auf das Kerngeschäft der Bewag zurückwirkte:

Diese Popularität des Systems trägt sicherlich viel dazu bei, daß der Elektrizitätsversorgung im Hause ein viel größeres Interesse als früher entgegengebracht wird, und auch diejenigen, die früher aus falsch verstandenen gesellschaftlichen Rücksichten Käufe gegen Kredit vermieden, der Teilzahlungsorganisation und damit im weitesten Sinne dem Elektrizitätsverbrauch zugeführt werden.³¹

²⁷ Vgl. Tilk, Philipp: Die Quantifizierung des Vertrauens. Eine Untersuchung der Transparenzanforderungen an das Kreditscoring vor dem Abschluss von Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen am Maßstab des Bankaufsichts- und Datenschutzrechts, Berlin 2024, S. 55.

²⁸ Vgl. Böcking, Hagen: Kleingewerbe als Wirtschaftsfaktor: Zur Lage und Entwicklung kleingewerblicher Unternehmen in Berlin 1900 bis 1914, technischer Fortschritt und Anpassungszwänge – das Beispiel Elektromotor, Eichstätt-Ingolstadt 2011.
Link: https://opus4.kobv.de/opus4-ku-eichstaett/frontdoor/deliver/index/docId/45/file/Boecking_Hagen_Band_1.pdf, S. 151.

²⁹ Moss, Timothy: Remaking Berlin. A history of the city through infrastructure 1920–2020, Cambridge, Massachusetts, und London 2020, S. 85.

³⁰ Vgl. Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 07767: Aus dem Elektrissima-Geschäft der Bewag, 1927, S. 101.

³¹ Ebd., S. 102.

Der Ausbau der kreditfinanzierten Konsumkultur passte zum liberal-demokratischen Zeitgeist Berlins in den 1920er-Jahren, der von einem Fortschrittsoptimismus nach dem Vorbild der USA geprägt war. Die Kundschaft der Elektrissima bestand damals „im wesentlichen aus dem Mittelstande unter starker Beteiligung der Beamtenschaft“, ³² wie Dr. Walter Gerhard Meyer selbst bilanzierte. Somit waren es nicht überwiegend die sozial schwächeren Schichten, wie etwa die Arbeiterschaft, die von dem neuen System profitierten. Das neue Ratensystem barg auch Risiken für die Einzelhändler, da infolge der Krisen zwischen 1918 und 1923 der Kapitalmangel auch in der Mittelschicht nach wie vor groß war. Zudem machten sich Ratenschwindler das neue Bezahlssystem zunutze. Sie erwarben teure Konsumprodukte in verschiedenen Geschäften gegen Ratenzahlung und tauchten dann, ohne zu bezahlen, unter. ³³ Die Elektrissima konnte diese Form des Missbrauchs jedoch frühzeitig eindämmen: Bei den rund 53.000 Anträgen hatte sie gerade mal 60 Ausfälle. Dr. Walter Gerhard Meyer stellte in seiner Bilanz der ersten neun Monate fest, dass er „nach der bisherigen Erfahrung“ der Überzeugung sei, dass „die Verluste den Satz von etwa 2 Prozent nicht überschreiten werden“. ³⁴ Dass die Ausfälle bei der Ratenzahlung so gering waren, war auch einem eigenen System zum Schutz vor Kreditausfällen zu verdanken, aus dem die spätere SCHUFA hervorgehen sollte.

3.2 Die Gründung der SCHUFA

Die Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung (SCHUFA) entstand aus den Erfahrungen der Elektrissima. Die Idee dazu hatte der Bruder von Dr. Walter Gerhard Meyer, Dr. Kurt Meyer (1894–1980). Die ersten Vorbereitungen zum Aufbau eines Datenspeichers zur Erfassung der Kreditsicherheit begannen im Oktober 1926, parallel zum Aufbau der Elektrissima. ³⁵ Neben den Brüdern Meyer gehörte Dr. Robert Kauffmann zu den Gründern der SCHUFA. Er unterstützte deren Initiative und beauftragte sie im Herbst 1926 mit dem Aufbau der Organisation. ³⁶ Die Brüder Meyer nutzten die in der Elektrissima geschaffenen Strukturen, um sich „mit den anderen am Teilzahlungsgeschäft interessierten Firmen und Verbänden“ ³⁷ zu vernetzen.

Die SCHUFA wurde im Februar 1927 als Gesellschaft bürgerlichen Rechts ins Handelsregister eingetragen. ³⁸ Sofort begann sie damit, Informationen über die Zahlungsfähigkeit der Kundinnen und Kunden aus den Datenbanken ihrer Gesellschafter zu sammeln: Haftbefehle, Offenbarungseide und Meldungen über Konkurse. ³⁹ Am 18. März 1927 erteilte das Amtsgericht Berlin-Mitte ihr zusätzlich die Erlaubnis, die Abschrift des Schuldnerregisters einzusehen und zu nutzen. ⁴⁰ Am 1. April 1927 nahm die SCHUFA mit ihrem ersten Geschäftsführer Dr. Kurt Meyer die Arbeit auf und gab die ersten Auskünfte. Zu Beginn beteiligten sich insgesamt 17 Unternehmen als Gesellschafter. Allen voran die Bewag selbst, wobei Dr. Robert Kauffmann den Vorsitz des Verwaltungsausschusses der SCHUFA übernahm. Weitere größere beteiligte Unternehmen waren die Kaufkredit GmbH (Tietz), die Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG oder die AEG. Ihnen gemeinsam war entweder die Produktion von elektrischen Konsumprodukten oder das Finanzierungsmodell der Ratenzahlung oder des Konsumkredits. Die SCHUFA war zunächst in zwei Geschäftsräumen in der Zimmerstraße 3–4 in Berlin untergebracht, wo sechs Karteiführerinnen mit dem Aufbau der Datenbank beschäftigt waren. ⁴¹

Obwohl die SCHUFA im Wesentlichen eine ähnliche Dienstleistung anbot wie bestehende Auskunftsteien, gab es doch fundamentale Unterschiede: Sie übte kein Gewerbe aus, durfte keinen Gewinn erzielen und stellte ihre Daten zum Selbstkostenpreis bereit. Die Anfrage an die SCHUFA sollte „die Unkosten eines Telefongesprächs nicht übersteigen“. ⁴² Zudem konzentrierte sich die SCHUFA ausschließlich auf den Konsumentenkredit und die dafür relevanten Informationen. Private und wertende Informationen wie die

³² Ebd.

³³ Vgl. Wie sich Berliner Kaufleute gegen Ratenschwindler schützen, in: Allgemeiner Tiroler Anzeiger, 10.04.1929, S. 9–10.

³⁴ Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 07767: Aus dem Elektrissima-Geschäft der Bewag, 1927, S. 103.

³⁵ Vgl. SCHUFA Archiv: Schreiben an Dr. Semmroth, 14.03.1952, S. 1.

³⁶ Vgl. SCHUFA-Berlin: 40 Jahre SCHUFA Berlin. 1927–1967, Berlin 1967, S. 2.

³⁷ Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 07767: Aus dem Elektrissima-Geschäft der Bewag, 1927, S. 103.

³⁸ Vgl. SCHUFA-Berlin: 40 Jahre SCHUFA. 1927–1967, Berlin 1967, S. 2.

³⁹ Vgl. Kreditschutz für Teilzahlungsgeschäfte, in: Berliner Börsen-Zeitung, 29.03.1927, S. 6.

⁴⁰ Vgl. Link: https://www.schufa.de/media/bilder/themenportal/100-jahre-schufa/gruendungsstory-2_610x305.webp, aufgerufen am 28.04.2026.

⁴¹ Vgl. SCHUFA-Berlin: 40 Jahre SCHUFA. 1927–1967, Berlin 1967, S. 2.

⁴² Kreditschutz für Teilzahlungsgeschäfte, in: Berliner Börsen-Zeitung, 29.03.1927, S. 6.

Anzahl der Kinder, den Ehestand oder die Religionszugehörigkeit, die von den gewerblichen Auskunftsteilen gesammelt wurden, berücksichtigte die SCHUFA nicht. Sie speicherte auch keine Daten über das vorhandene Guthaben, Aktiendepots oder andere Vermögensverhältnisse.⁴³

Das neue Modell der SCHUFA stellte damit einen deutlichen Kontrast zu den bisherigen Versuchen der gewerblichen Auskunftsbranche dar, eine gemeinsame Datenbank zu etablieren. Bereits 1926 unternahmen Schimmelpfeng, die Deutsche Auskunft GmbH, die Bürgel GmbH sowie weitere große Auskunftsteile den Versuch, ein zentrales und gemeinsames Register mit Kundendaten unter der Bezeichnung „Evidenzzentrale“ einzurichten. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch aus mehreren Gründen: Viele Händler und Unternehmen waren nicht bereit, ihre wirtschaftlich wertvollen Kundendaten einer gewerblichen Einrichtung zu überlassen, sodass der Zufluss an Informationen für diese Evidenzzentrale unzureichend blieb. Zudem widersprach eine solche zentrale Sammlung der Daten dem Geschäftsmodell der beteiligten Auskunftsteile selbst, da dies deren individuelle Marktposition und deren Wettbewerbsvorteile gefährdete.⁴⁴ 1930 löste sich die Evidenzzentrale schließlich auf und die SCHUFA übernahm ihre Datenbestände.⁴⁵

3.3 Der Arbeitsalltag der SCHUFA

Die Arbeitsweise der SCHUFA stand unmittelbar nach ihrer Gründung sinnbildlich für zahlreiche Entwicklungen während der Phase der Stabilisierung in den 1920er-Jahren: technische Innovation, Konsumkultur und die Demokratisierung des Marktes. Dass die SCHUFA nach „amerikanischem Muster aufgezogen“⁴⁶ sei, vermerkten viele Zeitungsartikel als Merkmal dieses Fortschritts. Das Presseecho fiel also positiv aus, wobei die Kommentatoren in den ersten Jahren bis 1929 vor allem den Kampf gegen Schwindler und Betrüger hervorhoben. Während der Weltwirtschaftskrise betrachteten viele Kommentatoren die SCHUFA dann als mögliches Instrument zur Abmilderung der Folgen. Dass der Ratenkreditkauf nach dem Vorbild der USA in Deutschland aus der Krise geboren war, sorgte aber auch für Kritik: „Es kommt selten etwas Gutes von drüben“,⁴⁷ kommentierte etwa der Tiroler Anzeiger. Die Frage, ob diese „Amerikanisierung“ der Konsumkultur mehr Teilhabe und Zugang ermöglichte oder ob sie im Gegenteil mehr Unsicherheit brachte, prägte die Debatte der 1920er-Jahre. Die im späten Kaiserreich begonnene Kontroverse setzte sich fort und strukturierte sich im Wesentlichen entlang der Gegensätze zwischen liberalen Befürwortern einer Modernisierung der Finanzbranche und nationalkonservativen Kritikern. Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Datenschutz oder dem möglichen Missbrauch von Informationen ist dagegen nicht nachweisbar. Vermutlich hat sich in Deutschland die Sensibilität dafür erst mit der beginnenden Digitalisierung ab den 1980er-Jahren entwickelt.

Ein erster Höhepunkt der Anfragen war das Berliner Weihnachtsgeschäft des Jahres 1927: Zu beobachten war ein rasanter Anstieg des Abzahlungsgeschäfts. Nicht nur bei Elektroartikeln, sondern auch bei anderen Konsumprodukten wie z. B. bei der Damenmode. Dabei half die SCHUFA, den Teilzahlungsmarkt durch ihre Auskünfte zu stabilisieren. Kleinere Geschäfte und Einzelhändler, die selbst keine Datenbank ihrer Kunden besaßen, konnten von der schnellen und günstigen Weitergabe von Informationen profitieren. Innerhalb kürzester Zeit wuchs die Zahl der von der SCHUFA ermittelten Daten und umfasste bis zum Ende des Jahres bereits einige Hunderttausend Karteikarten.⁴⁸

1928 beschleunigte sich ihr Wachstum noch. Die Zahl der an der SCHUFA beteiligten Vertragsfirmen und Verbände stieg von 66 zu Beginn des Jahres auf 168 bis zum Jahresende. Die Daten von einer Million Personen waren nun in den Karteikarten gespeichert und die SCHUFA hatte im gesamten Jahr insgesamt 166.423 Auskünfte gegeben.⁴⁹

⁴³ Vgl. Peilert, Andreas: Das Recht des Auskunftsteil- und Detekteigewerbes. Empirische Untersuchung, verfassungsrechtlicher Rahmen, rechtliche Befugnisse und gewerberechtlicher Novellierungsvorschlag, Berlin 1996, S. 67.

⁴⁴ Vgl. Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-SCHUFA (Hrsg.): Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre Schufa, Wiesbaden 1977, S. 67–77, hier S. 70.

⁴⁵ Vgl. SCHUFA-Berlin: 40 Jahre SCHUFA. 1927–1967, Berlin 1967, S. 4.

⁴⁶ Schutzgemeinschaft für Konsumfinanzierung, in: Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend Nr. 79, S. 2. / Eine „SCHUFA“ nötig, in: „Volkswacht“, Organ der Sozialdemokratie für das östl. Westfalen und die lippischen Freistaaten, S. 6.

⁴⁷ Wie sich Berliner Kaufleute gegen Ratenschwindler schützen, in: Allgemeiner Tiroler Anzeiger, 10.04.1929, S. 9–10.

⁴⁸ Vgl. Ungleiche Weihnachtsgeschäfte, in: Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, 29.12.1927, S. 7.

⁴⁹ Vgl. Kreditschutz bei der Absatzfinanzierung, in: Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ), 25.01.1929, S. 3.

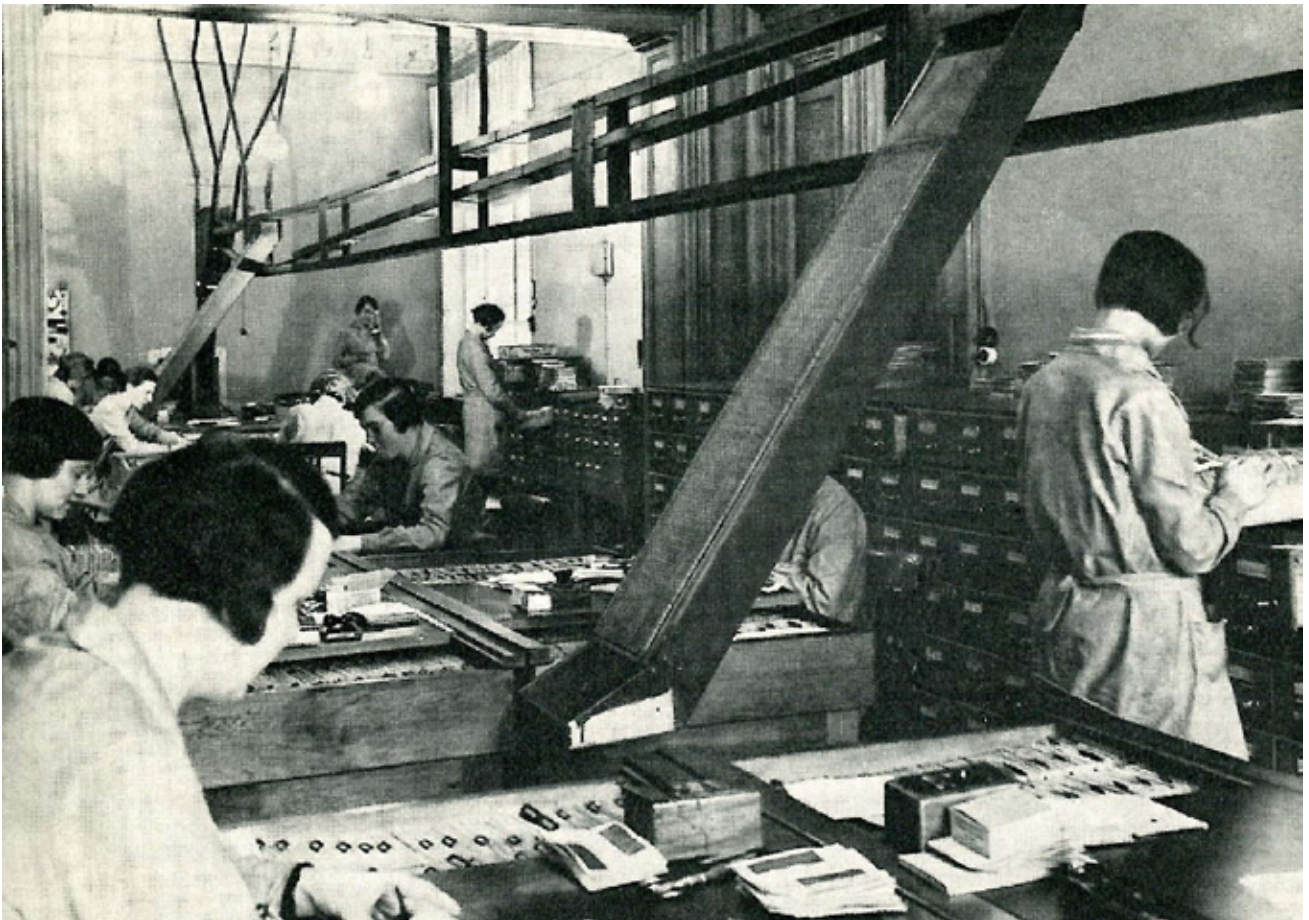


Abbildung 2: Archiv der SCHUFA mit Förderbandanlage 1929, in: SCHUFA Berlin: 40 Jahre SCHUFA 1927-1967. 1927–1967.

Die modernen Methoden der SCHUFA – die Anfragen über das Telefon, die Speicherung der Daten mithilfe von Karteikarten und die schnelle Weitergabe der Informationen – weckten die Aufmerksamkeit der Presse, die ausführlich berichtete. So etwa in einer Reportage aus dem Jahr 1931:

Nicht immer lauten die Auskünfte günstig. Oft wird von der Zentrale erklärt: „Der Kunde hat nicht bezahlt, Offenbarungseid, fruchtlose Pfändung, unbekannt verzogen und ähnliches mehr.“ Woher hat die SCHUFA dieses enorme Wissen, das sie für 25 Pfg. pro Auskunft geben kann? Ihre erste Wissensquelle ist das Schuldenregister des Amtsgerichts. [...] Ihr wesentliches Material erhält sie von den Einzelhandelsgeschäften selbst. [...] Der Sinn und Zweck der „SCHUFA“ ist wirtschaftliche Selbsthilfe.⁵⁰

Besonders stolz war die SCHUFA auf die Leistungsfähigkeit und den Umfang ihrer Datenbank, die bis 1931 eine enorme Zahl an Auskunftsdaten gespeichert hatte:

Sie glauben gar nicht, wer bei uns verzeichnet ist. Sie würden staunen, wenn Sie so manche Karte sehen würden. [...] Ich nenne einen Mann aus der Filmbranche, der bestimmt hier registriert ist. „Sehr gut, hier bitte: Zweimal Offenbarungseid, einundsechzig Haftbefehle.“⁵¹

⁵⁰ Wenn man heute auf Pump kauft ... Zwangserziehung zur pünktlichen Ratenzahlung, in: Westdeutsche Landeszeitung, 06.05.1931, S. 11.

⁵¹ Ebd.

BEWAG

G e h e i m

BERLIN, den

14.5. 19 32
eingegangen.

an

Betrifft: Auskunftsschlüssel

Antwort auf Brief vom:

1. RM 300.- ab 3.5.28 6 R hat am 3.5.28 bei einem Unternehmen RM 300.-, abzahlbar in 6 Monatsraten

2. RM 250.- ab 11.12.28 10 R am 11.12.28 bei einem 2. Unternehmen RM 250.-, abzahlbar in 10 Monatsraten Kredit erhalten

A = Kreditantrag des Kunden bereits anderweitig abgelehnt

B = Forderung beigetrieben

G = Geschäftsaufsicht - Gerichtliches Vergleichsverfahren

H = Haftbefehl zur Erzwingung des Offenbarungseides

K = Konkursverfahren eröffnet

Ka = Konkurs abgelehnt mangels Masse

L = Lieferungssperre verhängt

M = mit Mietszahlung im Rückstand

O = Offenbarungseid geleistet

Pr = Wechselprotest

R = Trotz Mahnung drei Monate mit der Ratenzahlung im Rückstand

S = Kredit nur gegen Sicherheit gegeben worden

Sch= der Ehefrau ist die Schlüsselgewalt entzogen

V = verklagt

Z = Zahlungsstockung eingetreten

Z.B.= Zahlungsbefehl erlassen

Zw.= Zwangsvollstreckung vorgenommen

./. fruchtlos gepfändet

§ = Meldungen über Delikte, Schwindelmanöver oder dergl. liegen vor.

N/Hd.

S c h u f a

BEWAG L. 100. 5000128.

Abbildung 3: Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 07112: SCHUFA: Auskunftsschlüssel der SCHUFA vom 14.05.1932.

Dr. Kurt Meyer selbst beschrieb, ebenfalls in einem Zeitungsartikel, die schnelle, unauffällige und präzise Arbeit seiner Gesellschaft:

Der Kunde merkt und erfährt gar nichts von der diskret arbeitenden Organisation. Betritt er das Geschäft, so füllt er einen Antrag mit seinem Namen aus und unbemerkt von ihm wandert dieses Papier in die Telefonzentrale, von der aus bei der SCHUFA Auskunft über die Kreditwürdigkeit des Kunden eingeholt wird. [...] Das Geschäft besitzt also bereits nach wenigen Minuten, während der Kunde den Kaufgegenstand auswählt, völlige Klarheit über dessen Kreditwürdigkeit und kann demgemäß disponieren.⁵²

Rückblickend hob Dr. Kurt Meyer 1964 hervor, dass die SCHUFA – im Gegensatz zu den bisherigen Auskunftsteilen – das Vertrauen der staatlichen Behörden besaß. Sie „sei als gemeinsames Instrument der gesamten Teilzahlungswirtschaft bei den Behörden anerkannt gewesen“.⁵³

Neben dem Kundenarchiv verfügte die SCHUFA zusätzlich über ein Vertreter-Archiv. Dieses Archiv „diente zur Bereinigung des Berufsstandes der Handelsvertreter“⁵⁴ und sollte für die Gesellschafter der SCHUFA Informationen über die Zuverlässigkeit dieses Berufsstandes sammeln.

Die SCHUFA verwendete bei ihren Auskünften einen bestimmten Schlüssel, bei dem jeder Buchstabe für eine bestimmte Kategorie stand: von „A“ wie „Kreditantrag des Kunden bereits anderweitig abgelehnt“ bis „Zw.“ wie „Zwangsvollstreckung vorgenommen“ (siehe Abbildung).

3.4 Die führenden Personen der SCHUFA und ihr soziales Milieu

Fast jedes große deutsche Industrieunternehmen ist eng mit seinen Gründer- oder Führungspersönlichkeiten verbunden – Namen wie Krupp, Bosch oder Porsche stehen bis heute stellvertretend für bestimmte unternehmerische Werte und Strategien. Dass Persönlichkeit, Biografie und Weltanschauung dieser Akteure einen nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung ihrer Unternehmen ausübten, gilt als unbestritten. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Gründungsgeschichte der SCHUFA bislang weitgehend „gesichtslos“ geblieben ist. Zwar werden die Brüder Meyer und Dr. Robert Kauffmann in nahezu allen Unternehmenschroniken als Gründer genannt,⁵⁵ doch darüber hinausgehende biografische Informationen oder Motive ihres Handelns sind nur selten zu finden. Erst in jüngster Zeit stieg das Interesse an den Gründungsfiguren, nicht zuletzt aufgrund des anstehenden 100-jährigen Jubiläums und des Artikels von Hans-Wilhelm Saure, der ihre Flucht vor den Nationalsozialisten thematisierte.⁵⁶ Von anderen wichtigen Persönlichkeiten, etwa den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses, waren bislang nicht einmal die Namen bekannt. Auch zur Geschäftsführung – nach der Flucht Meyers im Jahr 1937 – gab es keine Informationen.

⁵² Kreditschutz, in: Schwäbischer Merkur, 14.08.1930, S. 11.

⁵³ SCHUFA Archiv: Protokoll zur Arbeitstagung der Geschäftsführung, 18./19.03.1964.

⁵⁴ Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 07113: Schufa: Schriftverkehr, Berichte und Unterlagen betreffs der Wiedererrichtung und Arbeit der SCHUFA aus den Jahren 1950 bis 1956. Aktennotiz über das SCHUFA-System von Johann Stappen, 03.01.1950.

⁵⁵ Vgl. Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-SCHUFA (Hrsg.): Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre SCHUFA, Wiesbaden 1977, S. 67–77.

⁵⁶ Vgl. Saure, Hans-Wilhelm: Gründer der Schufa mussten vor den Nazis flüchten. Verunglimpfungen im NS-Hetzblatt „Der Stürmer“, in: Bild, 27.07.2025.

Link: <https://www.bild.de/leben-wissen/wissenschaft/schufa-juedische-gruender-wurden-von-den-nazis-verfolgt-686e5ef5a893122c2b97d0c5,> aufgerufen am 08.04.2026.

3.4.1 Die Gründer

Die Familie Meyer

Die Familie der Brüder Meyer kam aus dem ländlich geprägten Westpommern (heute Polen). Ihr Vater Samuel (geb. 25. September 1859) stammte aus der kleinen jüdischen Gemeinde⁵⁷ der Stadt Nörenberg (heute Irńsko). Ihre Mutter Elena (Helene) geb. Herzfeld wurde am 21. September 1873 in der Kleinstadt Grätz (heute Grodzisk Wielkopolski) geboren,⁵⁸ deren jüdische Gemeinde deutlich größer war.⁵⁹ Ende des 19. Jahrhunderts zog die Familie in das regionale Zentrum Stargard,⁶⁰ wo Samuel Meyer als Rechtsanwalt tätig war.

Dort wurden auch die beiden Brüder geboren. Ob die Brüder Meyer im jüdischen Glauben erzogen wurden, ist nicht bekannt. In ihrer späteren Biografie gibt es keine Hinweise auf eine gelebte Religiosität oder eine Mitgliedschaft in der jüdischen Gemeinde. Die Meyers zählten zu den Familien, die den Weg des „bürgerlichen“ Aufstiegs vom Land in die Stadt wählten. Dadurch erfolgte möglicherweise eine stärkere Assimilierung, sodass ihre jüdische Herkunft/Religion eine zunehmend untergeordnete Rolle spielte. Dies zeigt auch der anschließende berufliche Weg der Brüder Meyer, die sich dem großbürgerlich-liberalen Milieu in der Reichshauptstadt Berlin anpassten.

Dr. Kurt Meyer (1894–1980)

Kurt Meyer wurde am 4. September 1894 geboren. Nach dem Abitur begann er ein Studium der Rechtswissenschaft, das er aufgrund seiner freiwilligen Meldung zum Militärdienst im Ersten Weltkrieg unterbrach. Bis 1918 diente er als Batterieführer an der Front. Für seine militärischen Leistungen erhielt er das Eiserne Kreuz 1. Klasse und damit eine der höchsten militärischen Auszeichnungen für Frontsoldaten.⁶¹ Nach Kriegsende setzte Meyer das Studium fort und promovierte 1921 an der Universität Halle. Im April 1923 beendete er seine akademische Karriere mit dem Zweiten Staatsexamen. Von Mai bis Dezember 1923 arbeitete er bei der Zentralverwaltung der Siemens-Schuckertwerke GmbH in Berlin-Siemensstadt und von 1924 bis 1925 war er Syndikus des Schutzvereins für Handel und Gewerbe im Saarland.⁶² Am 24. April 1925 erhielt er vom Landgericht II in Berlin eine Zulassung als Rechtsanwalt und betrieb eine eigene Praxis.⁶³

Als Dr. Kurt Meyer 1927 die Geschäftsführung der neu gegründeten SCHUFA übernahm, konnte er bereits auf eine beeindruckende akademische und berufliche Laufbahn zurückblicken. Nebenberuflich blieb er weiterhin als Rechtsanwalt und ab 1930 auch als Notar tätig. Sein Einkommen als Geschäftsführer und Syndikus der SCHUFA betrug zunächst 1.000 RM pro Monat, stieg ab dem 01. Januar 1930 auf 1.750 RM und ein Jahr später auf 2.000 RM.⁶⁴ Das war rund das Zehnfache des Einkommens eines gewöhnlichen Berliner Angestellten.⁶⁵ Ab Dezember 1929 war Meyer zudem Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Vertriebsorganisation, dafür erhielt er ein zusätzliches Jahreseinkommen von 12.000 RM sowie einen pauschalen Unkostenbeitrag von 3.000 RM.⁶⁶ Die Arbeitsgemeinschaft beriet mehr als 1.300 Betriebe (darunter z. B. die Elektrolux GmbH oder die Mercedes Büromaschinenwerke), die ihre Produkte über Handelsvertreter verkauften.⁶⁷ Dr. Kurt Meyer heiratete am 21. Mai 1931 die aus Biberach an der Riß stammende Ilse Sybille Christine Weltler (geb. Megenhardt).⁶⁸ Die Familie wohnte in Berlin-Charlottenburg, Bredtschneiderstraße 13. Meyer führte den Lebensstil eines wohlhabenden Berliner Großbürgers, inwieweit seine jüdische Religion noch eine Rolle in seinem Leben spielte, ist nicht bekannt.

⁵⁷ Von den insgesamt 2.517 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 1871 waren 64 jüdischen Glaubens.

⁵⁸ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 61.609: Anwalt Karl-Heinz Hintz an Entschädigungsbehörde, 06.04.1959.

⁵⁹ Von 3.812 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 1890 waren 462 jüdischen Glaubens.

⁶⁰ Von 26.907 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 1905 waren 410 jüdischen Glaubens.

⁶¹ Vgl. Ladwig-Winters, Simone (Hrsg.): Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin 2022, S. 349.

⁶² Vgl. ebd.

⁶³ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Zulassung von Kurt Meyer als Anwalt, 24.04.1925.

⁶⁴ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Walter Schwarz an das Entschädigungsamt Berlin, 19.05.1953.

⁶⁵ Vgl. Wagemann, Ernst: Das Arbeitseinkommen, in: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 3 (1930), S. 37–39.

⁶⁶ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Walter Schwarz an das Entschädigungsamt Berlin, 19.05.1953.

⁶⁷ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Jahresbericht der Arbeitsgemeinschaft für Vertriebsorganisation für das Jahr 1932.

⁶⁸ Vgl. Ancestry, Link: <https://www.ancestry.de/sharing/49656370?mark=7b22746f6b656e223a2269454d754978597a676b31596a4b2f4f454b6239683547494157306455464e6a74355541616f3638786e513d222c22746f6b656e5f76657273696f6e223a225632227d>.

Dr. Walter Gerhard Meyer (1902–2003)

Walter Gerhard Meyer wurde am 29. März 1902 geboren. Er folgte seinem älteren Bruder nach Berlin, wo er sein Studium der Staatswissenschaften⁶⁹ mit einer Promotion abschloss. Für den Dienst an der Front war er zu jung. Entscheidend für seinen späteren Berufs- und Lebensweg war seine Freundschaft mit dem 20 Jahre älteren Robert Kauffmann, als dessen Assistent er im November 1924 bei der Bewag einstieg. Wenig später übernahm Walter Gerhard Meyer den Posten des Direktors für kaufmännische Verwaltung.⁷⁰ Ab 1927 bekleidete er die Stelle des Direktionsassistenten bei der Bewag.⁷¹

Dr. Robert Kauffmann (1882–1942)

Robert Kauffmann entstammte einem großbürgerlichen und großstädtischen Milieu. Sein Vater Otto (1853–1936) war Fabrikant in Stuttgart – seine Mutter war Rudolphine Rosa geb. Rothschild⁷² (1862–1932). Nach dem Abitur im Jahr 1900 studierte Robert Kauffmann Rechtswissenschaft in München, Lausanne, Berlin und Tübingen; 1904 legte er die Referendarprüfung ab. Zunächst war er beim königlichen Amtsgericht in Stuttgart tätig, bevor er 1907 promovierte und sich als Rechtsanwalt selbstständig machte. 1910 heiratete er Olga Gertrud Rosenstein (1890–1976), ebenfalls aus Stuttgart, mit der er zwei Töchter hatte. 1915 meldete er sich freiwillig als Soldat beim Fußartillerieregiment 3 in Mainz. Er kämpfte zunächst an der Westfront, später in Rumänien. Dort erkrankte er 1917 an Typhus und kehrte in die Heimat zurück. Nach dem Krieg führte ihn sein Berufsweg nach Berlin, wo er zum Justiziar beim Reichskommissar für das Kohlewesen berufen wurde.⁷³

Durch seine Tätigkeit bei der Kohleversorgung sammelte er Erfahrungen bei der Berliner Stromgewinnung und das brachte ihn schließlich zur Bewag. Seit 1924 arbeitete er dort als Leiter der kaufmännischen Verwaltung mit einem Jahresgehalt von 30.000 RM.⁷⁴ Zudem war er ab 1929 Herausgeber der Fachzeitschrift „Das öffentliche Elektrizitätswerk“.⁷⁵ 1930 stieg er in den Verwaltungsausschuss der Bewag auf und war ab dem 17. August 1931 ordentliches Mitglied des Vorstands.⁷⁶ Seine Frau Olga beschrieb die Lebensführung der Familie in Berlin als „gutbürgerlichen jüdischen Haushalt“.⁷⁷ Im Gegensatz zu den Brüdern Meyer gibt es bei Dr. Robert Kauffmann Quellen, die auf eine Verbindung zur jüdischen Lebenswelt hinweisen.

Über Kauffmanns politische Einstellung ist ebenfalls wesentlich mehr bekannt als über die der Brüder Meyer. Vor 1918 war er eher national-patriotisch gesinnt. Darauf weisen seine freiwillige Teilnahme am Ersten Weltkrieg und seine Mitgliedschaft bei der Nationalliberalen Partei⁷⁸ hin. Diese Partei setzte sich während des Kriegs von den Kompromissangeboten („Friedensresolution“, 1917) der Sozialdemokraten und anderer linker oder liberaler Parteien ab und forderte weitgehende territoriale Annexionen durch das Deutsche Reich. Die Nationalliberale Partei zerfiel nach 1918 und spaltete sich in Parteien mit jeweils unterschiedlicher politischer Richtung auf (von liberal bis nationalkonservativ). Kauffmann gehörte zunächst zu den „Jungliberalen“ und schloss sich später der linksliberalen DDP an (ein Teil der DDP ging im Juli 1930 in der Deutschen Staatspartei, DStP, auf).⁷⁹ Ob seine Erfahrungen im Krieg oder der stärker werdende Antisemitismus bei den Nationalkonservativen bei ihm diesen politischen Richtungswechsel verursachte, lässt sich aus den Quellen nicht ergründen. Jedenfalls gehörte Kauffmann nach 1918 einem politischen Milieu an, das Teil der bürgerlichen Trägerschicht der neuen Weimarer Republik war.

⁶⁹ Die Staatswissenschaften umfassten die Bereiche Rechts-, Finanz- und Sozialwissenschaft.

⁷⁰ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Eidesstattliche Versicherung von Gualterio G. Meyer für Dr. Robert Kauffmann, 23.06.1953.

⁷¹ Vgl. Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 07767: Aus dem Elektrissima-Geschäft der Bewag, 1927, S. 101.

⁷² Die schwäbische Familie Rothschild hatte keine Verbindung zur berühmten Bankiers-Dynastie.

⁷³ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Lebenslauf Robert Kauffmann.

⁷⁴ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 62.001: Rechtsanwalt Dr. Engelbert an Entschädigungsbehörde Berlin, 12.06.1953.

⁷⁵ Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Lebenslauf Robert Kauffmann.

⁷⁶ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Anstellungsvertrag Robert Kauffmann, 24.02.1933.

⁷⁷ Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Eidesstattliche Aussage Olga Kauffmann.

⁷⁸ Vgl. Sassin, Horst R.: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942, Hamburg 1993, S. 403.

⁷⁹ Vgl. ebd.



Abbildung 4: Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Entschädigungsakte Dr. Robert Kauffmann (geb. 09. Januar 1882), Führerschein.

3.4.2 Der Verwaltungsausschuss

Der Verwaltungsausschuss der SCHUFA setzte sich überwiegend aus führenden Mitgliedern ihrer Gesellschafter zusammen. Während Kurt Meyer als Geschäftsführer das Tagesgeschäft leitete und die SCHUFA nach außen repräsentierte, überwachte der Verwaltungsausschuss ihre Arbeit und musste bei Personalentscheidungen zustimmen.

Hermann Golluber (1876–1939)

Hermann Golluber wurde am 18. April 1876 in Stettin (heute Szczecin) geboren. Gemeinsam mit seinem Geschäftspartner Hugo Halle gründete er 1889 in Berlin die Jonass & Co. GmbH, einen Versandhandel für Uhren. 1928 entstand daraus das Kreditkaufhaus Jonass, in dem Textilien, Haushaltswaren und viele andere Konsumartikel erworben werden konnten. Der moderne Neubau des Kaufhauses stammte von den Architekten Gustav Bauer und Siegfried Friedländer und galt als ein Symbol der neuen großstädtischen Konsumkultur.⁸⁰ Genauso innovativ wie die Architektur war auch das Geschäftsmodell des Kaufhauses: Kunden konnten Waren zunächst zu einem Viertel des Kaufpreises erwerben und den Rest über eine Ratenzahlung begleichen.⁸¹ Damit war Gollubers Unternehmen prädestiniert für eine Zusammenarbeit mit der SCHUFA. Seine Erfahrung mit Teilzahlungskrediten erklärt auch seine Mitgliedschaft im Verwaltungsausschuss.

⁸⁰ Beide waren jüdischer Herkunft und Opfer des Nationalsozialismus. Bauer starb unter ungeklärten Umständen nach 1938, Friedländer wurde 1942 nach Riga deportiert und dort ermordet.

⁸¹ Vgl. Heimann, Nele: Geschichte der Konfektionshäuser am Beispiel vom Kaufhaus Jonass, in: centrumjudaicum.de, Link: <https://centrumjudaicum.de/geschichte-der-konfektionshauser-am-beispiel-vom-kaufhaus-jonass/>, aufgerufen am 15.04.2026.

Ernst Leipziger (1889–?)

Ernst Adolf Leipziger, geboren am 02. April 1889 in Berlin, war in zahlreichen Unternehmen seiner Geburtsstadt tätig. 1912 betrieb er gemeinsam mit dem Kaufmann Leo Lentz die Deutsche Reklame Zeitschriften GmbH.⁸² Ab 1915 war er Mitglied des Vorstands der Herdkessel-Industrie AG in Berlin,⁸³ 1922 saß er im Aufsichtsrat der 1913 entstandenen Vereinigten Jaeger, Rothe & Siemens-Werke AG in Leipzig,⁸⁴ die unter anderem Wasserleitungssysteme produzierte. 1925 wurde er 2. Direktor der im selben Jahr gegründeten Lindner Nutzwagen-Karosserien-AG, die sich auf die Produktion von Lastkraftwagen spezialisiert hatte.⁸⁵ Über die Ausbildung Leipzigers ist nichts bekannt, er wird zunächst als Kaufmann bezeichnet, später als Bankier und Börsenmakler.⁸⁶ Als Titel führte er eine Ehrendoktorwürde (Dr. h. c.). Im Verwaltungsausschuss der SCHUFA repräsentierte er die Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG, deren Vorstand er angehörte.⁸⁷

Siegfried Katz (1887–1942)

Siegfried Katz wurde am 12. August 1887 in Rastenburg, Ostpreußen (heute Kętrzyn) geboren. Seine Familie gehörte der dortigen kleinen jüdischen Gemeinde an.⁸⁸ Er studierte Rechtswissenschaft in Königsberg und begann dort 1909 das Referendariat. 1910 erfolgte seine Vereidigung als Rechtsanwalt in Augsburg.⁸⁹ Was Katz mit Kauffmann gemeinsam hatte, war die Erfahrung beim Militär: Bereits am zweiten Tag der Mobilmachung am 2. August 1914 ging er an die Front und kämpfte bis Kriegsende am 11. November 1918,⁹⁰ zuletzt im Rang eines Unteroffiziers. Danach blieb er beim Militär, bis zum 10. November 1919 war er beim Ostpreußischen Fußartillerieregiment 1 „von Linger“ stationiert. Ab Dezember 1919 setzte er seine zivile Karriere als Anwalt fort und war bei verschiedenen Gerichten in Berlin tätig.⁹¹ Schließlich wurde er Direktor der 1927 eingerichteten⁹² Berliner Tochtergesellschaft der Züricher „Kaufkredit AG“. Katz gehörte zu den Pionieren des Konsumentencredits und verfasste während der 1920er-Jahre zahlreiche Artikel zum Thema. 1928 präsentierte er eine Bilanz zum zweijährigen Bestehen dieses Finanzierungsmodells und stellte dabei fest, dass „die Konsum-Finanzierung zwar noch nicht ‚amerikanisches Format‘ angenommen hat, daß aber die kommenden Jahre aller Voraussicht nach den Umfang und damit die Umsatzsteigerung bringen werden, die sich die Väter des Systems errechnet haben“.⁹³

Leon Zeitlin (1876–1967)

Leon Zeitlin wurde am 23. Februar 1876 in Memel (heute Klaipėda, Litauen) geboren als Sohn einer wohlhabenden jüdischen Familie. Nach dem frühen Tod seines Vaters verlor Zeitlin „teils zum eigenen Vergnügen, teils durch fremdes Verschulden“⁹⁴ einen Großteil seines Erbes. Sein Studium der Nationalökonomie absolvierte er in Leipzig. Er musste es als Nachhilfelehrer und als Autor für das „Leipziger Tageblatt“ finanzieren. 1902 schloss er es mit der Promotion ab. Über seine Kontakte als Tutor konnte er kurzzeitig als Konsul für die Vereinigten Staaten in Frankfurt arbeiten, zudem führte er seine Autorentätigkeit fort.⁹⁵ In Berlin arbeitete er als Redakteur und Verleger (u. a. der Fachzeitschrift „Die Textilwoche“) und als Syndikus des Schutzverbands

⁸² Vgl. Einträge Handelsregister, in: Berliner Börsen-Zeitung, 16.01.1912, S. 33.

⁸³ Vgl. Einträge Handelsregister, in: Deutscher Reichsanzeiger, 11.06.1915.

⁸⁴ Vgl. Vereinigte Jaeger, Rothe & Siemens-Werke AG, in: Deutscher Reichsanzeiger, 01.12.1922, S. 10.

⁸⁵ Vgl. Lindner Nutzwagen-Karosserien-AG, in: Berliner Börsen-Zeitung, 13.11.1925, S. 4.

⁸⁶ Vgl. Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft von Ernst Leipziger (geb. 02.04.1889), in: Ancestry.

⁸⁷ Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, A10 S. 67: Geschäftsbericht der SCHUFA für das Jahr 1930,
Link: <https://pm20.zbw.eu/mirador/?manifestId=https://pm20.zbw.eu/iiif/folder/co/045388/manifest.json>.

⁸⁸ 1905 lebten in Rastenburg insgesamt 11.889 Menschen, davon waren 138 jüdischen Glaubens.

⁸⁹ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 3001/62713: Personalbogen Siegfried Katz.

⁹⁰ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 3001/62713: Siegfried Katz an Präsidenten des Kammergerichts Berlin, 03.05.1933.

⁹¹ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 3001/62713: Personalbogen Siegfried Katz.

⁹² Vgl. Koch, Waldemar: Das Abzahlungsgeschäft in Handel und Industrie und seine Finanzierung, Berlin 1931, S. 60.

⁹³ Vgl. Bundesarchiv, BArch 8127/6741: Zwei Jahre Konsumfinanzierung, 08.11.1928.

⁹⁴ Leo Baeck Institute Archives, New York, AR 4128, 1/6, Leon Zeitlin Collection, Autobiographical materials 1954–1968, Erinnerungen Leo Zeitlin, S. 4 [S. 32].

⁹⁵ Vgl. ebd.

deutscher Schriftsteller. Später stieg er als Vertreter der „Freien Berufe“ in den 1920 gegründeten „Vorläufigen Wirtschaftsrat“ der Weimarer Republik ein.⁹⁶ Zeitlin reiste regelmäßig in die USA, um über die neuesten ökonomischen und technischen Entwicklungen zu berichten.⁹⁷

Seine ungewöhnliche Biografie zeigt eine enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Schriftstellerei. So schloss er Bekanntschaft mit einigen der bekanntesten Autoren seiner Zeit, darunter Arnold Zweig. Er war auch politisch sehr aktiv und verfasste zahlreiche Artikel zur Sozialpolitik. In seinem Aufsatz „Die soziale Frage – eine Frauenfrage“ setzte er sich beispielsweise mit dem Konsumverhalten von Frauen auseinander. Darin forderte er, die Frauen aus sozial schwächeren Schichten für den verantwortlichen Umgang mit Geld „besser zu erziehen und auszubilden“.⁹⁸ Politisch gehörte er dem linksliberalen Lager an und war ein prominentes Mitglied der DDP (ab 1930 Deutsche Staatspartei), deren Vorstand er angehörte. Zwischen 1928 und 1932 war er Abgeordneter im Preußischen Landtag. In seinen Lebenserinnerungen schrieb er, dass er einer der wenigen gewesen sei, die Hitler bereits nach dem gescheiterten Putsch von 1923 als Gefahr erkannt hätten: „Im SDS [Schutzverband deutscher Schriftsteller] wurde Hitlers Bewegung, wie überhaupt in Deutschland, noch lange nicht ernst genommen“⁹⁹, stellte er rückblickend fest.

3.4.3 Die Karteiführerinnen

Über die Frauen, die sich um das Tagesgeschäft der SCHUFA kümmerten, sind kaum Quellen verfügbar. Sämtliche Personaldokumente aus Berlin sind beim Luftangriff am 5. Februar 1945 vernichtet worden. Ebenso erging es den Archivbeständen in Hamburg, Köln und Dortmund. Aus den Werbeanzeigen lässt sich schließen, dass es sich um junge, zumeist unverheiratete Frauen handelte,¹⁰⁰ die für die Telefonauskünfte sowie das Ausfüllen und Sortieren der Karteikarten verantwortlich waren. Zu den wenigen namentlich bekannten Karteiführerinnen gehörte die Kontoristin Anita Feeken (geb. Voget, 1912–1996) bei der Hamburger SCHUFA, die mit 19 Jahren ihren Dienst begann.¹⁰¹

3.4.4 Die Personen hinter der SCHUFA: eine Zwischenbilanz

Die führenden Männer der SCHUFA gehörten überwiegend derselben Generation an. Sie wurden in den 1870er- und 1880er-Jahren geboren und begannen ihre Karriere in der Spätphase des Kaiserreichs. Eine Ausnahme waren die deutlich jüngeren Brüder Meyer (Jahrgänge 1894 und 1902). Auffällig viele von ihnen stammten aus dem Osten des damaligen Reiches, hauptsächlich aus Vorpommern und Ostpreußen; lediglich Kauffmann kam aus Stuttgart. Fast alle verfügten über eine akademische Ausbildung – meist mit einem Schwerpunkt in den Rechtswissenschaften – und spezialisierten sich beruflich auf den Finanzsektor. Der Erste Weltkrieg stellte vor allem für Robert Kauffmann, Kurt Meyer und Siegfried Katz ein einschneidendes Erlebnis dar, da sie über längere Zeit an der Front eingesetzt waren.¹⁰²

Wenn es nachweisbare politische Aktivitäten gab, wie bei Kauffmann oder Zeitlin, dann lagen diese im Umfeld der wirtschafts- und sozialliberalen DDP. Dies deutet auf eine Zugehörigkeit zum liberalen bürgerlichen Milieu der Hauptstadt Berlin hin, dem alle führenden Kräfte der SCHUFA angehörten. Eine explizite Gegnerschaft zum erstarkenden Rechtsextremismus in der Weimarer Republik, insbesondere zur antisemitischen und völkischen NSDAP, lässt sich vor allem bei Zeitlin und Kauffmann erkennen.

⁹⁶ Vgl. ebd., S. 3 [S. 12].

⁹⁷ Vgl. Amerikanische Großhandelsfragen. Anregungen für den deutschen Großhandel, in: Handelsblatt der Kölnischen Zeitung, 18.01.1928, S. 13.

⁹⁸ Vgl. Bücherschau, in: Wiener Allgemeine Zeitung, 06.04.1910, S. 5.

⁹⁹ Leo Baeck Institute Archives, New York, AR 4128, 1/6, Leon Zeitlin Collection, Autobiographical materials 1954–1968, Erinnerungen Leo Zeitlin, S. 9 [S. 23].

¹⁰⁰ Vgl. Stellenausschreibungen, in: Hamburger Fremdenblatt, 05.11.1937, S. 16.

¹⁰¹ Vgl. Link: <https://de.findagrave.com/memorial/278747722/anita-feeken>, aufgerufen am 26.04.2026.

¹⁰² Walter G. Meyer war für den Frontdienst zu jung. Über einen Militärdienst von Golluber und Leipziger ist nichts bekannt. Zeitlin erwähnt den Ersten Weltkrieg in seinen Lebenserinnerungen nicht.



Abbildung 5: SCHUFA Infothek, Regal, Karton 2: Foto von Frauen am Fließband und mit Karteikarte.

Das verbindende Element aller führenden Mitglieder der SCHUFA war ihre jüdische Herkunft. Die Religion selbst scheint aber bei keinem eine wesentliche Rolle gespielt zu haben, wobei die Einschätzung persönlicher Religiosität aus externen Quellen immer schwierig ist. Die nationalsozialistische Propaganda behauptete, ein vermeintliches „Finanzjudentum“ habe das Bankwesen und die Wirtschaft in der Weimarer Republik beherrscht. Rechtsextreme machten Juden für die negativen sozialen Entwicklungen und die Krisen der Zeit nach 1918 verantwortlich. Dies war die Kernerzählung des modernen Antisemitismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Hinter diesem ideologisch verzerrten Bild standen strukturelle Ursachen, die Deutschen jüdischer Herkunft bessere Voraussetzungen für die Anpassung an die moderne Industriegesellschaft ermöglichten. Dies gilt insbesondere für Preußen. So erreichten dort 56,3 Prozent der jüdischen Kinder einen höheren Bildungsabschluss als den der Volksschule, während es bei den christlichen Kindern nur 7,3 Prozent waren. Überdurchschnittlich häufig studierten sie zudem Fächer, die unmittelbar mit den Bereichen Finanz- und Rechtswesen zu tun hatten. Dies war auch dem Umstand geschuldet, dass Juden bis zu den Reformen im 19. Jahrhundert keinen Zugang zu Handwerkerzünften und vielen anderen Berufsgruppen hatten. Daher fanden sie ihre „Nische“ zumeist in den freien Berufen, etwa in der Medizin oder im Handel. Vor allem diejenigen, die sich assimilierten und sich von ihrem traditionellen religiösen Milieu trennten, konnten sich besser an die Bedingungen der modernen Industriegesellschaft anpassen.¹⁰³ Die Führungsmannschaft der SCHUFA stand somit beinahe musterhaft für das assimilierte liberale jüdische Bildungsbürgertum Berlins.¹⁰⁴

¹⁰³ Vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 104–106.

¹⁰⁴ Vgl. Ladwig-Winters, Simone (Hrsg.): Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin 2022, S. 38.

4 Die unauffällige Expansion (1931–1937)

Ab 1929 verschärften sich die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen der Weimarer Republik erheblich. Während viele Wirtschaftsbereiche starke Einbußen hinnehmen mussten, expandierte die SCHUFA in dieser Phase weiter.

4.1 Zwischen Krise und Konsum

Der Börsencrash am 24. Oktober 1929 („Schwarzer Donnerstag“) hatte katastrophale Folgen für die Weltwirtschaft und insbesondere für Deutschland. Die großen amerikanischen Banken zogen ihr Kapital ab und beendeten damit abrupt die kurze wirtschaftliche Erholungsphase in der Weimarer Republik. Besonders betroffen waren Industrieproduktion und Landwirtschaft, was in den folgenden Jahren zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Anders als während der Hyperinflation von 1923 brach die Nachfrage nach Auskünften nicht zusammen, sondern steigerte sich von Jahr zu Jahr.

1931, auf dem Höhepunkt der Krise, stieg die Zahl der in der Datenbank der SCHUFA gesammelten Einträge auf 2,75 Millionen und sie erteilte 443.782 Auskünfte. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1931 stellte fest, dass das Wachstum eine Folge der Wirtschaftskrise war: „Die Notwendigkeit des Kreditschutzes dürfte jedoch gerade in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs noch weitere bisher außenstehende Kreise dazu bewegen, von den Einrichtungen der SCHUFA Gebrauch zu machen.“¹⁰⁵ Auch im folgenden Jahr erweiterte die SCHUFA ihren „Wirkungskreis“. Dabei wuchs die „Zahl der Vertragsfirmen und Verbände“ trotz der „durch die Krisenzeit bedingten Ausfälle stetig“.¹⁰⁶

Dr. Kurt Meyer verfasste 1933 einen Artikel für den Schwäbischen Merkur, in dem er aus seiner Erfahrung mit der SCHUFA sogar einen Lösungsansatz für die Wirtschaftskrise ableitete. Er empfahl das Modell der Teilzahlungskredite, um den Konsum anzuregen, anstatt die Industrieproduktion durch staatliche Maßnahmen künstlich zu erhöhen: „Es wäre nicht nur kaufmännisch unklug, sondern volkswirtschaftlich direkt verhängnisvoll, wollten wir um einer augenblicklichen schnellen Arbeitsbeschaffung willen die Produktionsfähigkeit unserer Wirtschaft noch weiter steigern. Wir müssen vielmehr vor allem eine Anregung des Konsums anstreben.“¹⁰⁷

Der SCHUFA gelang es, in der Krisenzeit sowohl neue Gesellschafter zu gewinnen als auch neue Ableger in zahlreichen Städten Deutschlands zu gründen.

4.2 Netzwerke und Gesellschafter

Als Gesellschafter der SCHUFA fungierten in der Regel Unternehmen, die Konsumprodukte herstellten oder im Kreditgeschäft tätig waren. Während sie die Vergabe von Konsumkrediten ermöglichten, übernahm die SCHUFA die Prüfung und Überwachung der Kreditwürdigkeit der Kunden.

4.2.1 Kaufkredit AG

Die im Oktober 1926 in Zürich unter Beteiligung der Warenhauskette Hermann Tietz sowie von Schweizer Bankhäusern mit einem Kapital von zwei Millionen Franken gegründete Kaufkredit AG gehörte zu den frühen Vertretern der sich rasch entwickelnden Kundenkreditunternehmen. Sie nahm dabei nicht nur eine Vorreiterrolle ein, sondern war auch personell mit der SCHUFA verbunden.¹⁰⁸

¹⁰⁵ „SCHUFA“. Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung und Kreditsicherung in Berlin, in: Frankfurter Zeitung, 08.03.1932.

¹⁰⁶ Jahresbericht der SCHUFA, in: Hamburger Fremdenblatt, 10.02.1933, S. 13.

¹⁰⁷ Kreditschutz, in: Schwäbischer Merkur, 14.08.1930, S. 11.

¹⁰⁸ Vgl. Bundesarchiv, BAArch R 8127/6741: Teilzahlungssysteme im Einzelhandel, 26.10.1926.

Im Unterschied zu anderen Unternehmen der Branche, die sich – wie etwa die Elektrissima – auf die Finanzierung bestimmter Produktgruppen spezialisierten, richtete die Kaufkredit AG ihren Fokus auf den Kleinhandel und damit auf ein breit gefächertes Warensortiment. Eine weitere Besonderheit der Kaufkredit AG bestand darin, dass sie Kreditscheine ausgab, die an allen Kassen und für sämtliche Waren der Kaufhäuser eingelöst werden konnten. Durch die Zusammenarbeit mit der Warenhauskette Hermann Tietz, die zu dieser Zeit 14 Filialen betrieb, konnte das Unternehmen schnell auf dem Berliner Markt Fuß fassen. Die Leitung der Berliner Filiale übernahm der Rechtsanwalt Siegfried Katz, der zwischen 1930 und 1932 auch dem Verwaltungsausschuss der SCHUFA angehörte (siehe Abschnitt 3.4.2. und 6.4).¹⁰⁹

Ungeachtet dieser personellen Verbindung profitierte auch die Kaufkredit AG von den Informationen der SCHUFA, wenn es darum ging, die Kreditgesuche der Kunden zu überprüfen.¹¹⁰ Ob die Kaufkredit AG Vorteile aus der persönlichen Beziehung zu Siegfried Katz zog, ließ sich auf Basis der bisherigen Recherchen nicht klären. Das Modell der Kaufkredit AG hielt sich jedoch nicht lange und litt unter dem langsamen Niedergang der Konsumfinanzierung Anfang der 1930er-Jahre. 1932 wurde das Unternehmen bereits wieder liquidiert.¹¹¹

4.2.2 Gefi (Gesellschaft für Kundenkredit-Finanzierung mbH)

Auf Anregung von mehreren größeren Einzelhandelsfirmen und Großbanken entstand Ende 1929 die „Gesellschaft für Finanzierung von Kreditgemeinschaften m.b.H.“, aus der unter der Führung der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft die Gefi hervorging. Anders als die SCHUFA, deren Aufgabe in der Beurteilung und Überwachung der Kreditwürdigkeit von Kunden lag, stellte die Gefi dem Einzelhandel zusätzliche Kredite zur Verfügung. Dadurch konnten Unternehmen ihren Kunden den Kauf auf Kredit ermöglichen. Mit der Kreditvergabe stieg für die Händler jedoch das Risiko, auf offenen Forderungen sitzen zu bleiben, wenn Kunden ihre Verbindlichkeiten nicht begleichen konnten. Um dieses Risiko zu verringern und säumigen Zahlern zuvorzukommen, gründete die Gefi in den 1930er-Jahren gemeinsam mit der SCHUFA zahlreiche Zweigstellen in ganz Deutschland.¹¹² Ein Beispiel dafür ist die 1937 eingerichtete SCHUFA-Regionalstelle in Frankfurt am Main, an der die Gefi, neben J. C. Günthner als Gesellschafter, beteiligt war.¹¹³

4.2.3 Kundenkredit GmbH Königsberg

Ähnlich wie die Gefi nahm auch die Kundenkredit GmbH eine zentrale Rolle im Umfeld der SCHUFA ein. Das Unternehmen wurde 1926 in Königsberg von Walter Kaminsky gegründet, der später Mitglied des SCHUFA-Verwaltungsausschusses wurde (siehe Abschnitt 4.4). Das Modell der Teilzahlungsbank verbreitete sich rasch und führte zu zahlreichen Neugründungen, unter anderem in Brandenburg an der Havel, in Kassel, Breslau, Magdeburg, Dresden, Leipzig, Augsburg und Bautzen. In Österreich entstanden zeitweise ähnliche Gesellschaften. In Berlin versuchten verschiedene Kreditinstitute zudem, das sogenannte „Königsberger System“ zu adaptieren und ein eigenes „Berliner System“ zu entwickeln, das sich vor allem in der Art der Kreditfinanzierung unterschied.¹¹⁴ Dabei erhielt der Kreditnehmer den Betrag seines Kleinkredits (in der Regel nicht mehr als 2.000 RM) nicht bar, sondern in Form eines Barschecks. Diesen konnte er bei Händlern einlösen, die an den Gesellschaften beteiligt waren.

¹⁰⁹ Vgl. ebd.

¹¹⁰ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 8127/6741: Zwei Jahre Konsumfinanzierung, 08.11.1928.

¹¹¹ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 8127/6741: Der Abbau der Konsumfinanzierung. Hermann Tietz liquidiert die Kaufkredit AG, 01.12.1932.

¹¹² Vgl. Geschäftsbericht der Gefi, in: Dortmunder Zeitung, 25.06.1931, S. 11.

¹¹³ Vgl. HWA Abt. 3, Nr. 3565: Firmenkarteikarte der IHK Frankfurt/Main zur SCHUFA Frankfurt.

¹¹⁴ Vgl. Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, A 10 A 30: 10 Jahre Jubiläumsgeschäftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kundenkredit-Gesellschaften, 1936, S. 5.

1930 initiierte die Kundenkredit GmbH die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Kundenkredit-Gesellschaften“, in der sich die Anbieter dieses Sektors zusammenschlossen. 1934 trat auch die Gefi der Arbeitsgemeinschaft bei. Dadurch gelang es der Kundenkredit GmbH, die in der Kundenkreditfinanzierung tätigen Unternehmen sowie die unterschiedlichen Modelle – das „Königsberger System“ und das „Berliner System“ – stärker miteinander zu vernetzen.¹¹⁵

4.2.4 Die SCHUFA und die Banken

Die Beispiele der Kaufkredit AG, der Kundenkredit GmbH und der Gefi verdeutlichen, dass die Banken zwar an der Finanzierung des Kundenkreditgeschäfts beteiligt waren, die operative Durchführung jedoch eigens zu diesem Zweck gegründeten Gesellschaften oblag.

Bereits zwei Jahre vor der offiziellen Gründung der SCHUFA in Frankfurt am Main wurde darüber nachgedacht, dort eine Regionalstelle zu errichten. Geplant war, dass die Dedibank, eine Privatbank der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, die Leitung der SCHUFA übernimmt. Bei der offiziellen Gründung 1937 schien dies nicht mehr der Fall zu sein, denn nur die Gefi wurde als Gesellschafterin erwähnt.¹¹⁶ Da sowohl die Dedibank als auch die Gefi in Verbindung mit der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft standen, bleibt offen, ob und wie die beiden genannten Banken bei der SCHUFA in Frankfurt involviert waren.

4.3 Verlauf der Gleichschaltung

Unter „Gleichschaltung“ verstanden die Nationalsozialisten die systematische Durchsetzung ihrer völkisch-nationalen, rassistischen und antisemitischen Ideologie in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Ziel war es, staatliche Institutionen, Organisationen und die Gesellschaft insgesamt der NSDAP unterzuordnen. Die Nationalsozialisten ordneten an, politische Gegner, allen voran Kommunisten und Sozialdemokraten, sowie Menschen jüdischer Abstammung aus dem Staatsdienst zu entlassen und durch loyale Anhänger zu ersetzen. Dabei gab es jedoch Unterschiede zwischen staatlichen oder staatsnahen Einrichtungen und der Privatwirtschaft. Diese radikale „Säuberung“ erfasste im Rahmen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 vor allem Behörden, öffentlich-rechtliche Institutionen und staatsnahe Unternehmen. Gegen private jüdische Unternehmen und Geschäfte organisierten die Nazis am 1. April 1933 Boykottmaßnahmen. Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht drängte jedoch darauf, die antijüdischen Maßnahmen in der Privatwirtschaft zunächst abzubremesen. Obwohl auch er einem antisemitischen Weltbild folgte, hatte er den Zielkonflikt zwischen der „Entjudung“ der Wirtschaft und einer Stabilisierung der Krisenfolgen im Blick. Er befürchtete etwa, dass das Ausland dringend benötigtes Kapital aus Deutschland abziehen könnte. Deswegen setzte er zumindest für die Privatwirtschaft eine temporäre Abmilderung der antijüdischen Maßnahmen durch. Dennoch entließen viele Unternehmen jüdische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Vorstände oder Mitglieder von Kontrollgremien, um ihre Loyalität gegenüber den neuen Machthabern zu demonstrieren.¹¹⁷

4.3.1 Gleichschaltung der Bewag

In Berlin war SS-Gruppenführer Kurt Daluege (1897–1946), der ab Februar 1933 als Kommissar die „Sonderabteilung Daluege“ leitete, für die Gleichschaltung kommunaler und staatsnaher Betriebe zuständig. Obwohl die Bewag seit 1931 nicht mehr im alleinigen Besitz der Stadt war, blieb sie auch als AG ein eng mit der Kommunalpolitik verflochtenes Unternehmen. Zudem versorgte sie beinahe ganz Berlin mit Strom. Die in Gewerkschaften organisierte Belegschaft der Bewag und auch ihr Führungspersonal waren den Nationalsozialisten gegenüber negativ eingestellt. Daluege erhielt am 5. März 1933 ein Schreiben der lokalen NSDAP, das die Bewag „in ihrer heutigen Zusammensetzung“ als „absolut unzuverlässig in unserem Sinne“¹¹⁸ beurteilte. Entsprechend gewalttätig

¹¹⁵ Vgl. ebd.

¹¹⁶ Vgl. HWA Abt. 3, Nr. 3565: Firmenkarteikarte der IHK Frankfurt/Main zur SCHUFA Frankfurt.

¹¹⁷ Vgl. Nietzel, Benno: Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden 1933–1945, in: Archiv für Sozialgeschichte 49 (2009), S. 572.

¹¹⁸ GStA PK, VI. HA, NI Daluege, K., Nr. 59: Führer der Untergruppe Berlin-Ost an SS-Oberführer Daluege, 05.03.1933.

setzte er ihre Gleichschaltung durch: Am 21. März überfielen SA-Männer eine Sitzung des Betriebsrats und verhafteten zahlreiche Delegierte. Anfang April schafften die Nazis die Betriebsräte und die freien Gewerkschaften komplett ab und ersetzten sie durch die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO), die den Umbau des Betriebs im Sinne der NSDAP vorantrieb. Ein erstes Ergebnis dieser brutalen Umwälzung war der „Tag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai 1933, den das NS-Regime zu einem gesetzlichen Feiertag erklärte und zu einem gewaltigen Propagandaaufmarsch nutzte. Die mittlerweile gleichgeschaltete Bewag stellte den Strom und die Infrastruktur für dieses Ereignis bereit.¹¹⁹

Bewag-Direktor Robert Kauffmann wurde in der Nacht vom 17. auf den 18. März verhaftet. Da Kauffmann Jude und ein politischer Gegner des Nationalsozialismus war, hatte es Daluege in doppelter Weise auf ihn abgesehen. Sein Status als Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg schützte ihn in diesem Fall nicht. Die Nazis stellten ihn vor die Wahl, entweder sofort von seiner Position bei der Bewag zurückzutreten oder in ein Konzentrationslager verschleppt zu werden. Infolge dieser Drohung gab Kauffmann sein Amt am 18. März auf und floh am 30. März mit seiner Frau und den beiden Töchtern (damals 19 und 22 Jahre alt) aus Deutschland.¹²⁰ Seine Zulassung als Rechtsanwalt verlor er am 30. September 1933, da er keinen „Ariernachweis“ vorlegen konnte.¹²¹ Zu diesem Zeitpunkt war dies eine reine Formalität, da er sich ohnehin auf der Flucht befand.

Die Entlassung weiterer jüdischer Vorstände und Geschäftsführer folgte am 7. April, als das sogenannte „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in Kraft trat.¹²² Der Vorstand bestätigte Walter Gerhard Meyer dennoch am 14. April erneut in seiner Position als „Prokurist und Betriebsdirektor“¹²³ der Bewag und verlängerte seinen Arbeitsvertrag bis zum 30. Juni 1935. Daraufhin benutzte Daluege die NSBO, um Walter Gerhard Meyer von seinem Posten zu entfernen. Es sei die „Forderung der Belegschaft“, dass „Dr. Meyer mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben wird“,¹²⁴ wie es in einem Aufruf der von den Nazis eingesetzten Betriebszelle vom 20. April hieß. Einen Tag später wurde der eben erst verlängerte Arbeitsvertrag von Dr. Walter Gerhard Meyer „zwangsweise aufgehoben“¹²⁵. Kurz darauf floh Meyer aus Deutschland.

4.3.2 Gleichschaltung der SCHUFA

Die SCHUFA stand auch wegen ihrer Rechtsperson zunächst nicht im Fokus der Nationalsozialisten. Sie war weder eine öffentlich-rechtliche noch eine kommunale Einrichtung. Sie war zudem nicht gewerblich aktiv, sondern eine Gesellschaft in Form einer GbR. Damit befand sie sich in einer Nische, die offenbar für die „Sonderabteilung Daluege“ keine Priorität besaß. Der Machtantritt der Nationalsozialisten sorgte dennoch für einschneidende Veränderungen bei der SCHUFA. Kauffmann konnte nach seiner Flucht den Posten als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses nicht mehr ausüben. Im Laufe des Jahres traten auch Golluber, Katz und Zeitlin aus. Auffällig ist dabei, dass die SCHUFA in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1933 alle „ausgeschiedenen Mitglieder“ ausdrücklich lobte: „Insbesondere Herrn Kauffmann“ sprach sie „für die tatkräftige Förderung der Schufaorganisation“¹²⁶ ihren Dank aus. Zwar war von den politischen oder antisemitischen Gründen der Entlassung keine Rede, aber ein Lob für einen ausgesprochenen Gegner des nationalsozialistischen Regimes ist dennoch bemerkenswert.

Für Dr. Kurt Meyer führte die „Machtergreifung“ nicht zur Entlassung als Geschäftsführer der SCHUFA. Als ein mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnete Frontkämpfer besaß er einen Sonderstatus.¹²⁷ Dennoch brachen die Einnahmen aus seiner Anwaltspraxis,

¹¹⁹ Vgl. Schwarz, Hanns-A.: Im Licht der Zeit. 90 Jahre Betriebsvertretung bei der Bewag, Berlin 1998, S. 58.

¹²⁰ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Eidesstattliche Aussage Olga Kauffmann.

¹²¹ Vgl. Bundesarchiv, BAarch R 3001/62738: Landgerichtspräsident an den Preußischen Justizminister, 30.09.1933.

¹²² Vgl. Berliner Kraft- und Licht (Bewag): 100 Jahre Strom für Berlin. Ein Streifzug durch unsere Geschichte in Wort und Bild. 1884–1984, Berlin 1984, o. S. [Kapitel zu 1933].

¹²³ GStA PK, VI. HA, NI Daluege, K., Nr. 59: Betriebszelle der Bewag an alle Werksgenossen, 20.04.1933.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Entschädigungsbehörde Berlin, 61.609: Walter G. Meyer an Entschädigungsbehörde, 16.11.1951.

¹²⁶ Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung und Kreditsicherung „SCHUFA“, Bericht über das Geschäftsjahr 1933, S. 2.

¹²⁷ Vgl. Ladwig-Winters, Simone (Hrsg.): Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin 2022, S. 48.

die sich im selben Gebäude wie die SCHUFA (Zimmerstraße 3–4) befand, wegen des von der NSDAP am 1. April 1933 angeordneten Boykotts jüdischer Geschäfte¹²⁸ deutlich ein.¹²⁹ Seine Zulassung als Notar verlor er am 3. November 1933.

Die formelle Gleichschaltung¹³⁰ der SCHUFA erfolgte erst am 19. Juni 1935 und fiel zeitlich mit der Etablierung der Fachgruppen für das Auskunftswesen und den Konsumkredit zusammen (ausführlich in Abschnitt 4.7). Praktische Folgen hatte dies für die SCHUFA aber offenbar kaum, da alle jüdischen Mitglieder des Verwaltungsausschusses aus der Zeit vor 1933 bereits ausgeschieden und mehrheitlich aus Deutschland geflohen waren. Am 15. September 1935 erließ der Reichstag, der längst zu einem Scheinparlament degradiert war, die „Nürnberger Gesetze“. Sie beendeten die rechtliche Gleichstellung deutscher Bürger jüdischer Herkunft und ordneten zahlreiche diskriminierende Maßnahmen an. Aufgrund dieser Gesetze entfiel auch der Sonderstatus für jüdische Frontkämpfer und Träger des Eisernen Kreuzes. Dr. Kurt Meyer sah sich am 19. Juni 1935 gezwungen, einen neuen und deutlich ungünstigeren Arbeitsvertrag als Geschäftsführer der SCHUFA zu unterschreiben: Sein Gehalt wurde auf 1.500 RM pro Monat gesenkt und durfte maximal 18.000 RM pro Jahr betragen. Einkünfte aus Tantiemen, Gratifikationen oder anderen Sonderleistungen waren ihm nicht mehr gestattet. Der Vertrag hatte nur noch eine Gültigkeit von einem Jahr und musste danach erneut vom Verwaltungsausschuss genehmigt werden.¹³¹ Dass Meyer aber ansonsten seine Tätigkeit fortführen durfte, war durchaus ungewöhnlich.

Während die NSDAP die Bewag bereits in der Frühphase ihrer Herrschaft unter ihre Kontrolle brachte, blieb die SCHUFA zunächst „unter dem Radar“. Eine mögliche Erklärung dafür ist die hohe Spezialisierung der SCHUFA, da Meyer als Gründer und Fachmann über eine einzigartige Expertise verfügte. Ihn durch einen unerfahrenen Günstling der NSDAP zu ersetzen, war nicht möglich. Zugleich war die SCHUFA kein gewerbliches Unternehmen und versprach Außenstehenden – im deutlichen Gegensatz zur Bewag – wenig Möglichkeiten für persönliche Bereicherung und eine Karriere.

Mit jedem Jahr nationalsozialistischer Herrschaft wurde das Leben für Menschen jüdischer Herkunft in Deutschland aufgrund ihrer systematischen Entrechtung, Diskriminierung und Ausgrenzung unerträglich. Dr. Kurt Meyer beschrieb, wie seine Tätigkeit als Geschäftsführer der „Arbeitsgemeinschaft für Vertriebsorganisation“ von den Maßnahmen gegen Juden betroffen war: „Eine große Zahl der Mitglieder scheuten sich infolge der Boykottmaßnahmen die in meinem Büro befindliche Geschäftsstelle zu betreten oder zu Versammlungen zu erscheinen.“¹³² Die Arbeitsgemeinschaft verlor aus politischen Gründen immer mehr an Einfluss und wurde 1936 ganz aufgelöst.

Die Entlassung Meyers als Geschäftsführer der SCHUFA erfolgte schließlich am 31. März 1937. Eine Besonderheit dabei war die Abfindung in Höhe von 12.000 RM.¹³³ Diese Summe entsprach immerhin dem vollen Jahresgehalt seines Nachfolgers Lütke. Es spricht also einiges dafür, dass der Verwaltungsausschuss Meyer noch immer wohlgesonnen war und ihn bei seiner anstehenden Flucht unterstützen wollte.

4.4 Das Personal der SCHUFA in der NS-Zeit

Dieser Abschnitt gibt anhand von Fallbeispielen ausgewählter und besonders prägender Persönlichkeiten einen Einblick in die neue Lebenswelt der SCHUFA nach der Etablierung der NS-Diktatur. Dabei werden vor allem Personen berücksichtigt, deren Biografie aus den für dieses Gutachten untersuchten Quellen greifbar ist.

Friedrich Lütke (1879–1945)

Neuer Geschäftsführer wurde der am 13. Oktober 1879 geborene Friedrich Lütke. Er trat am 23. März 1937 im Alter von 57 Jahren seinen Posten bei der SCHUFA an und übernahm die „technische und kaufmännische“¹³⁴ Leitung als Nachfolger von Dr. Kurt Meyer.

¹²⁸ Vgl. Ladwig-Winters, Simone (Hrsg.): *Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933*, Berlin 2022, S. 43.

¹²⁹ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Walter Schwarz an das Entschädigungsamt Berlin, 19.05.1953.

¹³⁰ Vgl. ebd.

¹³¹ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Arbeitsvertrag von Dr. Kurt Meyer mit der SCHUFA, 19.06.1935.

¹³² Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Entschädigungsakte Dr. Kurt Meyer, Eidesstattliche Aussage Dr. Kurt Meyer, S. 1.

¹³³ Vgl. ebd.

¹³⁴ Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – FA Bewag: Arbeitsvertrag Friedrich Lütke, 17.06.1938.

Über Lütkes Werdegang und Biografie ist wenig bekannt. Gesichert nachweisen lässt sich, dass Lütke am 24. November 1931 zum Vorstand der Grundstücks-AG, Schweidnitzer Straße, ernannt wurde. Bereits im Januar 1932 beschloss die Generalversammlung des Unternehmens die Liquidation der Aktiengesellschaft und bestellte Lütke zum Liquidator.¹³⁵ Am 12. Dezember 1932 wurde die Grundstücks-AG, Schweidnitzer Straße, aufgelöst.¹³⁶ Laut den Adressbüchern der Stadt Berlin lebte Lütke in der Budapester Straße. Hauptberuflich war er bis zu seinem Eintritt in die SCHUFA als „Bücherrevisor“,¹³⁷ also als Fachmann für die Kontrolle von Unternehmensbilanzen, tätig. Lütkes Unauffälligkeit ist vermutlich auch der sinkenden Bedeutung der SCHUFA im Jahr 1937 geschuldet. Seine Aufgabe bestand darin, den Geschäftsbetrieb ohne große Veränderungen weiterzuführen. Sein Gehalt war mit 12.000 RM pro Jahr noch niedriger als das seines Vorgängers,¹³⁸ was ebenfalls für das gesunkene Prestige der Einrichtung spricht.

Eine Mitgliedschaft Lütkes in der NSDAP ist nicht nachweisbar.¹³⁹ Er starb kurz nach Kriegsende am 4. Juni 1945 an einer Magenkrebserkrankung,¹⁴⁰ zu einem Entnazifizierungsverfahren kam es nicht mehr. Zumindest lässt sich ausschließen, dass Lütke ein aktiver Funktionär war bzw. einen führenden Posten in der NSDAP oder in einer anderen NS-Organisation innehatte.

Walter Kaminsky (1899–1975)

Da Walter Kaminsky auch in der Bundesrepublik bei der SCHUFA und im Kundenkreditwesen tätig war, ist sein Leben durch zahlreiche Quellen dokumentiert. Er wurde am 25. Januar 1899 in Königsberg in Ostpreußen geboren (heute Kaliningrad, Russland). Von 1917 bis 1920 studierte er in Leipzig, Königsberg, Berlin und Jena Rechtswissenschaft und schloss sein Studium 1920 mit der Promotion ab.¹⁴¹ 1922 trat er als Prokurist in das elterliche Einzelhandelsunternehmen ein und war dort bis 1927 tätig. Er war einer der Gründer des Einzelhandelsverbands in Königsberg und Vorstandsmitglied der dortigen Industrie- und Handelskammer. 1926 gründete er die Kundenkredit GmbH, die Kleinkredite für private Konsumgeschäfte vergab. Da die großen Königsberger Banken eine Beteiligung an diesem neuartigen Projekt ablehnten, vernetzte er sich mit den Einzelhändlern der Stadt, die als Gesellschafter seines Unternehmens agierten. Die Kleinkredite waren auf eine Summe von maximal 2.000 RM begrenzt und wurden über Gutscheine ausgegeben. Die von der Kundenkredit GmbH gewährten Konsumkredite hatten eine Ausfallquote von lediglich einem Prozent und waren damit ähnlich erfolgreich wie die der Elektrissima. Sein „Königsberger Modell“ expandierte im Jahr 1926 nach Berlin-Spandau und Hamburg. 1935 begründete er in Düsseldorf und Dortmund je eine Kundenkreditbank nach Königsberger Vorbild.¹⁴²

1935 trat Kaminsky den Vorsitz des Verwaltungsausschusses der SCHUFA an. Da er zeitgleich auch Leiter der Fachgruppe Teilzahlungskreditunternehmungen war, ist eine enge Verbindung naheliegend (siehe Abschnitt 4.6).¹⁴³ Er war kein Mitglied der NSDAP und trat, trotz seiner vergleichsweise hohen Position, nur den dafür absolut notwendigen Organisationen bei, der DAF (Deutsche Arbeitsfront) und dem NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt).¹⁴⁴

Bereits 1933 hatten die Nationalsozialisten Kaminsky aus der IHK in Königsberg und Ostpreußen sowie aus zahlreichen anderen Verbänden ausgeschlossen.¹⁴⁵ Ab 1936 verschärfte sich sein Konflikt mit der NSDAP in Königsberg weiter. Infolge der „Arisierung“, die Juden wirtschaftliche und berufliche Tätigkeiten nahezu unmöglich machten, verloren die jüdischen Gesellschafter seiner Kundenkredit GmbH nicht nur ihre Anstellung, sondern häufig auch ihr Vermögen. Als Kaminsky versuchte, ihnen eine angemessene Abfindung auszuzahlen, beschimpfte ihn die Königsberger NSDAP als „Landesverräter“¹⁴⁶ und er sah sich gezwungen,

¹³⁵ Vgl. Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02 Nr. 63774: Grundstücks-AG, Schweidnitzer Straße.

¹³⁶ Vgl. ebd.

¹³⁷ Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Berliner Adressbuch 1938, Eintrag zu Friedrich Lütke, 1938.

¹³⁸ Vgl. Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – FA Bewag: Arbeitsvertrag Friedrich Lütke, 17.06.1938.

¹³⁹ Sein 1909 geborener Sohn, Horst Lütke, trat der NSDAP am 01.05.1937 bei: Bundesarchiv, BArch R 9361-I/2132: Parteistatistischer Erhebungsbogen der NSDAP zu Horst Lütke, 02.07.1939.

¹⁴⁰ Vgl. Ancestry, Sterbeurkunde von Friedrich Lütke (geb. 13.10.1879).

¹⁴¹ Vgl. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, NW 1000, Nr. 8364: Fragebogen der amerikanischen Militärregierung, 28.07.1945, S. 2–3.

¹⁴² Vgl. Pölking, Hermann: Ostpreußen. Biographie einer Provinz. 2. Auflage, Berlin 2012.

¹⁴³ Vgl. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, NW 1000, Nr. 8364: Fragebogen der amerikanischen Militärregierung, 28.07.1945, S. 9.

¹⁴⁴ Vgl. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, NW 1000, Nr. 8364: Anlage zum Fragebogen, 14.02.1948, S. 9.

¹⁴⁵ Vgl. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, NW 1000, Nr. 8364: Fragebogen der amerikanischen Militärregierung.

¹⁴⁶ Pölking, Hermann: Ostpreußen. Biographie einer Provinz. 2. Auflage, Berlin 2012.

ins Rheinland umzuziehen. 1937 trat er schließlich wegen „politischer Differenzen“ mit der NSDAP endgültig aus dem Aufsichtsrat der von ihm begründeten Kundenkredit GmbH in Königsberg aus. Als Grund dafür nannte er in seinem Spruchkammerverfahren nach dem Krieg den „Widerstand gegen ungerechte und ungesetzliche Maßnahmen der Verwaltung gegenüber jüdischen Gesellschaftern“¹⁴⁷. Seine Einnahmen aus Gehältern und Tantiemen, die 1938 einen Höchststand von 40.000 RM erreichten, sanken in den folgenden Jahren kontinuierlich, da er fast alle seine Nebentätigkeiten aufgeben musste. 1938 schied er auch als Vorstand der Gefi in Berlin aus, blieb aber noch als Vorstand bei der Kundenkredit GmbH in Dortmund tätig.¹⁴⁸ In den ersten Kriegsjahren hielt er sich nur selten in Berlin auf¹⁴⁹ und spielte daher für die dortige SCHUFA kaum eine Rolle.

Im September 1943 wurde Kaminsky zur Wehrmacht eingezogen. Von Februar 1944 bis März 1945 war er für das Ministerium für Rüstungs- und Kriegsproduktion in der Abteilung Bau tätig.¹⁵⁰ Im März 1945 floh er vor der herannahenden Roten Armee mit seiner Frau und Tochter aus Berlin nach Düsseldorf.¹⁵¹

Johann Stappen (1888–1954)

Johann Stappen wurde am 3. August 1888 in Hehm, einem Stadtteil von Mönchengladbach, geboren. Dort absolvierte er von 1902 bis 1905 eine kaufmännische Lehre bei der Tapeten- und Teppichmanufaktur Josef Michels und Sohn. Von 1906 bis 1907 arbeitete er als Buchhalter beim Dekoration-Magazin Gustav Hopp und Co. in Danzig. Zwischen 1908 und 1912 war er Stationsaufsichtsbeamter der Heilanstalt für Gemütskranke in Berlin-Charlottenburg.¹⁵² Von 1912 bis 1915 kehrte er in den Einzelhandel zurück und arbeitete als Buchhalter im „Tapetenhaus-Südende“ in Berlin-Steglitz. Im Februar 1915 trat er seinen Kriegsdienst an, zunächst an der Front und dann ab 1917 als Büroleiter der Versorgungsabteilung in Posen (heute Poznań) im Rang eines Vizefeldwebels.¹⁵³ Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete er ab 1919 bei der Bewag als Buchhalter beim Städtischen Elektrizitätswerk in Berlin-Steglitz.¹⁵⁴ Er stieg als Angestellter ein und war ab 1926 (kündbarer) Beamter.¹⁵⁵ Einen Beamtenstatus auf Lebenszeit erhielt Stappen am 13. Juni 1939: „Im Hinblick auf Fleiß, Führung, Leistungen und politische Zuverlässigkeit bestehen keine Bedenken“, so die Personalverwaltung der Bewag.¹⁵⁶ Ähnlich wie Lütke war Stappen eher ein „Verwalter“ und stieg zwischen den Jahren 1933 und 1935 als solcher in den Verwaltungsausschuss der SCHUFA ein. Ihm fehlten die akademische Ausbildung, die Vernetzung in die Wirtschaft sowie die Erfahrung im Bereich des Konsumkredits. Stattdessen arbeitete er sich vom einfachen Buchhalter im Einzelhandel über mehrere Etappen bis zum Beamten bei der Bewag hoch.

Dr. Karl Schmidt (1889–1945)

Karl Ernst Friedrich Schmidt wurde am 11. Januar 1889 geboren. Er war promovierter Jurist und als Rechtsanwalt in Berlin tätig. Von seinen Kollegen im Verwaltungsausschuss unterschied er sich vor allem durch seine frühe Mitgliedschaft in der NSDAP. Er war am 1. Juli 1921 mit der Mitgliedsnummer 3567 in die NSDAP eingetreten¹⁵⁷ und gehörte damit zu den „Alten Kämpfern“ der Bewegung. Nach dem „Hitlerputsch“ 1923 wurde die NSDAP verboten und 1925, nach Aufhebung des Verbots, wieder neu gegründet. Schmidt trat ihr am 1. März 1932 erneut bei.¹⁵⁸ Über seinen beruflichen Werdegang ist nichts bekannt. Ebenso wie Kaminsky gehörte er bei der SCHUFA ab 1935 der Fachgruppe für Teilzahlungskreditunternehmen an. Daher ist es naheliegend, dass er über Erfahrung in der Branche verfügte.¹⁵⁹ Sein exaktes Eintrittsdatum in den Verwaltungsausschuss ist nicht bekannt.

¹⁴⁷ Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, NW 1000, Nr. 8364: Fragebogen der amerikanischen Militärregierung.

¹⁴⁸ Vgl. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, NW 1000, Nr. 8364: Spruchkammerakte Walter Kaminsky.

¹⁴⁹ Vgl. Archiv für Zeitgeschichte Zürich, NL Grob-Herms 27, Gertrud Maske an Lucie Grob-Herms, 25.02.1943.

¹⁵⁰ Vgl. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, NW 1000, Nr. 8364, Spruchkammerakte Walter Kaminsky.

¹⁵¹ Vgl. Archiv für Zeitgeschichte Zürich, NL Grob-Herms 27, Walter Kaminsky. Ganz Persönliches. 1945–1948.

¹⁵² Vgl. Landesarchiv Berlin, A Rep. 001-06 Nr. 28801: Personalakte des Werksoberssekretärs Johann Stappen (geb. 03.08.1888), tätig in der Berliner Kraft- und Licht AG (Bewag).

¹⁵³ Vgl. ebd.

¹⁵⁴ Vgl. ebd.

¹⁵⁵ Vgl. ebd.

¹⁵⁶ Vgl. ebd.

¹⁵⁷ Da die NSDAP nach ihrer Gründung am 24.02.1920 eine hohe Mitgliederzahl vortäuschen wollte, begann die Zählung erst mit der Nummer 500.

¹⁵⁸ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 9361-I/3138: Parteistatistischer Erhebungsbogen der NSDAP zu Dr. Karl Schmidt (geb. 11.01.1891).

¹⁵⁹ Vgl. Bundesarchiv, BArch NS 5-VI/6435: Kreditunternehmen verschiedener Art, Bd. 2.

Er muss aber zwischen den Jahren 1935 und 1937 dem Gremium beigetreten sein, da seine Unterschrift sich erst auf dem Arbeitsvertrag Lütkes und nicht auf dem Meyers findet. Schmidt, der vier Söhne hatte, war Mitglied im „Reichsbund der Kinderreichen“. Über sein weiteres Leben ist nichts bekannt. Er starb unmittelbar nach Kriegsende am 23. Mai 1945,¹⁶⁰ ein Entnazifizierungsverfahren fand nicht mehr statt. Trotz seiner frühen NSDAP-Mitgliedschaft hatte er keine Funktion in der NSDAP oder einer NS-Organisation. Es ist daher unwahrscheinlich, dass er der Partei als „Strippenzieher“ diente. Vielmehr scheint er die Entscheidungen Kaminskys mitgetragen zu haben.

Lucie Grob-Herms (1911–1959)

Lucie Grob-Herms war von 1929 bis 1939 als Privatsekretärin Walter Kaminskys bei der Gefi beschäftigt. Sie war kein Opfer politischer oder rassistischer Verfolgung in Deutschland, sondern wanderte aus privaten Gründen 1939 in die Schweiz aus. Ihr umfangreicher Nachlass ist ein wertvolles Zeitdokument und verschafft uns einen Einblick in das soziale Milieu der Gesellschafter der SCHUFA – allen voran der Gefi und der Kundenkreditbank. Lucie Grob-Herms blieb nach ihrer Emigration eng mit den Kolleginnen und Kollegen aus ihrer Berliner Zeit verbunden. Ihr ehemaliger Chef „Dr. K.“ Kaminsky war auch Taufpate ihres ersten Sohnes.

Sie war unter anderem mit Hermann Fest eng befreundet, einem leitenden Angestellten bei der Gefi. Aus ihrer Korrespondenz erfahren wir einiges über das soziale Umfeld im Kundenkreditgeschäft und die Beziehungen untereinander. In einem Brief aus dem Jahr 1954 erinnerte Fest an die Zeit der späten Weimarer Republik: „Ich denke noch oft an unseren schönen und herrlichen Abend im Flugverbandshaus, als wir beide unseren traditionellen Tanz, ich als Jude und Sie als Christin, tanzten. [...] Die Zeiten kommen nie wieder.“¹⁶¹

4.5 Der Reichseinheitsverband deutscher Auskunftserteiler

Die kommerziellen deutschen Auskunfteien gerieten 1933 unmittelbar ins Fadenkreuz der Nationalsozialisten. Maßgeblich dafür verantwortlich war der Hamburger Unternehmer und NSDAP-Funktionär Henri Kramer.¹⁶² 1931 hatte er die „Auskunftei Henri Kramer“, die er als „die erste und älteste völkische Auskunftei im Reich“¹⁶³ bezeichnete, gegründet. Im Gegensatz zu anderen Auskunfteien, die Informationen über die Zahlungsfähigkeit von Personen sammelten, spezialisierte Kramer sich auf die Recherche über die mögliche jüdische Herkunft von Unternehmern. Am 11. Juli 1933 gründeten die Nationalsozialisten den „Reichseinheitsverband deutscher Auskunftserteiler“ und machten Kramer zu dessen Präsidenten. Im Verband sollten „sämtliche deutschen Auskunftserteiler zusammengefasst sein“ und in die „Säule ‚Gewerbe und Verkehr‘ des ‚Reichstandes des deutschen Handels‘ eingeordnet“¹⁶⁴ werden.

Kramer verfasste zu seiner Ernennung zum Präsidenten des Verbands einen programmatischen Aufsatz über die Einbindung des Auskunftsgewerbes in den nationalsozialistischen Staat. Er griff die großen kommerziellen Auskunfteien an, die „im liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftssystem zu einem Machtfaktor in der Hand volksfremder Kreise“¹⁶⁵ geworden seien. Er kritisierte dabei „Auskünfte als fabrikmäßig schablonierte Massenarbeit“, die „nur Besitzende vertrauenswürdig“¹⁶⁶ erscheinen ließen. Kramer erwähnte die SCHUFA in seinem Aufsatz nicht, da sich seine Kritik ausschließlich gegen die gewerblich arbeitenden Auskunfteien richtete. Die SCHUFA gehörte auch nicht dem von ihm geleiteten Verband an.

¹⁶⁰ Vgl. Bundesarchiv, BArch B Rep. 068, Nr. 2519.

¹⁶¹ Archiv für Zeitgeschichte Zürich, NL Grob-Herms 12, Brief von Hermann Fest vom 16.09.1954, S. 2.

¹⁶² Seine Lebensdaten konnten nicht ermittelt werden. Die Schreibweise seines Vornamens ist in den Quellen nicht einheitlich und er wird manchmal auch Henry Kramer geschrieben.

¹⁶³ Link: https://de.wikipedia.org/wiki/Auskunftei_Henri_Kramer#/media/Datei:Auskunftei_HenriKramer.jpg, aufgerufen am 28.04.2026.

¹⁶⁴ Auskunfteien im Ständestaat. Reichseinheitsverband deutscher Auskunftserteiler, in: Hamburger Tageblatt. 11.07.1933, S. 12.

¹⁶⁵ Die Auskunfteien im neuen Staat, in: Hamburger Tageblatt. Zeitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, 17.07.1933, S. 11.

¹⁶⁶ Ebd.

Kramer vertrat eine ideologische Haltung in der Wirtschaftspolitik, die den „völkischen“ Rassismus in den Mittelpunkt stellte. Es bleibt unklar, ob Kramer von Meyers jüdischer Herkunft Kenntnis hatte. Bemerkenswert ist, dass er die SCHUFA in Berlin und ihr umfangreich gewachsenes Karteikartenarchiv nicht berücksichtigte. In der Anfangsphase der NS-Herrschaft dominierte noch der Pragmatismus von Reichswirtschaftsminister Schacht, der in der Wirtschaftspolitik „Experimente“ im Sinne nationalsozialistischer Ideologie zurückwies.¹⁶⁷ Das Beispiel Hamburg zeigt, wie sich dies auf die Praxis des Auskunftswesens auswirkte. Nach der Beschwerde eines Unternehmens erließ die dortige „Behörde für Wirtschaft“ eine eindeutige Richtlinie für gewerbliche Auskunftsteien mit der Aufforderung, sich auf wirtschaftlich relevante Auskünfte zu beschränken: „Es dürfte sich empfehlen, in geeigneter Weise die hiesigen Auskunftsteien darauf hinzuweisen, bei den von ihnen erbetenen Auskünften die Frage der politischen Einstellung des Firmeninhabers und der Prokuristen besondere Vorsicht walten zu lassen.“¹⁶⁸ Die Hamburger Behörde empfahl deswegen, „mit dem Reichswirtschaftsminister wegen der allgemeinen Anweisung für die übrigen in Deutschland ansässigen Auskunftsteien Verbindung aufzunehmen“.¹⁶⁹

Somit hatte Kramers „Reichseinheitsverband“ offenbar wenig Einfluss, da die lokalen Behörden eine Verunsicherung in der Wirtschaft befürchteten, was dem Ziel einer wirtschaftlichen Stabilisierung widersprach. Dennoch zeigt sich an diesem Beispiel, dass Kramers ideologischer Eifer Folgen für das Personal der SCHUFA haben konnte.

4.6 Die Fachgruppen „Auskunftsgewerbe“ und „Teilzahlungskreditunternehmen“

In der Phase zwischen 1933 und 1935 bauten die Nationalsozialisten die Strukturen und Organisationen der deutschen Wirtschaft systematisch im Sinne eines proklamierten „Führerprinzips“ um. Die bestehenden autonomen Fachverbände in der Wirtschaft sollten durch „vertikale“ Strukturen ersetzt werden.¹⁷⁰ Infolgedessen entstanden „Fachgruppen“, die dem Reichswirtschaftsministerium unmittelbar unterstellt waren.

Am 15. April 1933 erschien eine Denkschrift über das „kaufmännische Auskunftswesen im Nationalsozialistischen Staate“, in der die Entwicklung und die Bedeutung der Auskunftsteien erörtert wurden. Im deutlichen Gegensatz zur ideologisch begründeten Kritik Henri Kramers am gewerblichen Auskunftswesen bescheinigte die Denkschrift diesem, besonders in Krisenzeiten ein „wichtiges Glied des Volkskörpers“¹⁷¹ zu sein. Anstatt den Konsumkredit oder das Abzahlungsgeschäft nach ideologischen Kriterien zu verdammen, wurden sie als wichtiges Element zum Wiederaufbau nach der Weltwirtschaftskrise bezeichnet. Die Auskunftsteien hätten dabei die wichtige Aufgabe, diese Zahlungsform zu kontrollieren: „Liegt die Auskunftserteilung nicht in den richtigen Händen, werden sich schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens nicht vermeiden lassen.“¹⁷² Dem Staat komme daher die Aufgabe zu, die Auskunftsteien, die ausschließlich von Deutschen geführt werden dürften, zu lizenzieren. Eine Verstaatlichung oder vollständige ideologische Lenkung durch die NSDAP (wie sie etwa Henri Kramer im Sinn hatte) lehnte die Denkschrift jedoch „wegen der Gefahr der Bürokratisierung“¹⁷³ eindeutig ab.

Eine ausführliche Regelung zum „Aufbau des deutschen Auskunftswesens“ erschien am 5. Oktober 1934. Zwar fand auch darin der von Henri Kramer geforderte grundlegende Umbau des gewerblichen Auskunftswesens kaum Berücksichtigung, doch war die Bedingung einer „arischen“ Abstammung der Auskunftsbetreiber ein zentraler Bestandteil der Regelung: „Diese Forderung

¹⁶⁷ Vgl. Kopper, Christopher: Handel und Verkehr im 20. Jahrhundert, München 2002, S. 18–23.

¹⁶⁸ Archiv der Handelskammer Hamburg, 35.B.1p.20: Erteilung von Auskünften durch Auskunftsteien, Behörde für Wirtschaft Hamburg an IHK Hamburg, 23.03.1934.

¹⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁰ Vgl. Predöhl, Andreas, und Weippert, Georg (Hrsg.): Wirtschaftsverbände und Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, Berlin 1965, S. 27–29.

¹⁷¹ Bundesarchiv, BArch R 3101/9260: Bd. 1: Auskunfts- und Inkassogewerbe, Das kaufmännische Auskunftswesen im Nationalsozialistischen Staat“, 15.03.1933, S. 2.

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ Ebd.

entspricht in weitgehendem Maße dem Rechtsempfinden des deutschen Volkes. Es kann dem arischen Kaufmann nicht zugemutet werden, daß ein nichtarischer Auskunftserteiler über seine Kreditfähigkeit, Vermögenslage, charakterlichen Eigenschaften u.a.m. Urteile fällt.“¹⁷⁴

Ende 1934 begann schließlich die konkrete Umsetzung zum Aufbau einer dem Reichswirtschaftsministerium untergeordneten Fachgruppe „Auskunftsgewerbe“.¹⁷⁵ Ab dem 25. September 1934 ordnete das Ministerium an, dass alle gewerblichen Auskunftsteilen fortan einer Meldepflicht unterlagen.¹⁷⁶

Obwohl sich das Reichswirtschaftsministerium sehr ausführlich mit dem gewerblichen und nicht gewerblichen Auskunftswesen beschäftigte, findet sich in keinem der Dokumente ein Hinweis auf die SCHUFA. Mit ihrer rechtlichen Sonderform befand sie sich offenbar in einer Nische, die sie weder der Fachgruppe „Auskunftsgewerbe“ noch dem Reichseinheitsverband zuordnete. Stattdessen stand sie personell der Fachgruppe „Teilzahlungskreditunternehmen“ näher, da diese von Walter Kaminsky und Karl Schmidt geleitet wurde, die beide im Verwaltungsausschuss der SCHUFA saßen.¹⁷⁷

4.7 Der Ausbau der Regionalstellen

Zwischen 1929 und 1935 entstanden an vielen Standorten im Reich Ableger der SCHUFA. Da sie aber nicht gewerblich tätig war, waren dies keine Tochterfirmen und auch kein Franchise im heutigen Sinn. Stattdessen entstanden unter dem Namen „SCHUFA“ eigenständige Einrichtungen, die nur lose mit der Mutterorganisation in Berlin verbunden waren. Was sie gemeinsam hatten, war ihr Arbeitsmodell, das sich stets am Berliner Vorbild orientierte. Die regionalen SCHUFA-Stellen verfügten jeweils über eine eigene Gründungsgeschichte und Entwicklung. Da dieses Gutachten keine vollständige Darstellung aller regionalen SCHUFA-Organisationen leisten kann, beschränkt es sich auf drei repräsentative Beispiele: Hamburg, Dortmund und Köln. Diese SCHUFA-Organisationen gehörten zu den frühesten Mitgliedern der Reichs-SCHUFA und zählten aufgrund des Umfangs ihrer Karteidatenbanken zu den wichtigsten in Deutschland.

4.7.1 SCHUFA Hamburg

Als große Handelsmetropole verfügte Hamburg über eine Vielzahl von Kaufleuten, Handelsunternehmen und weiteren wirtschaftlichen Gesellschaften. Um Missbrauch und Korruption in diesem Bereich entgegenzuwirken, wurde 1925 der Verein „Pro Honore für Treu und Glauben im Geschäftsleben e. V.“ gegründet. Er verstand sich als „Großhamburgischer Ausschuß zur Bekämpfung von Schwindelfirmen“¹⁷⁸ und war eng mit der späteren SCHUFA verknüpft.

Zu den Gründungsmitgliedern von „Pro Honore“ zählten einige der bekanntesten Persönlichkeiten der Hamburger Politik und Wirtschaft, darunter der Erste Bürgermeister von Hamburg Carl Wilhelm Petersen (DDP, 1868–1933), der deutsch-jüdische Bankier Max Warburg (1867–1946) sowie der Politiker und Geschäftsmann Wilhelm Cuno (1876–1933). Ziel des Vereins war es, Wirtschaftskriminalität einzudämmen. Die persönliche Bekanntschaft zwischen Bürgermeister Petersen und Robert Kauffmann, die beide derselben liberalen Partei angehörten, trug schließlich dazu bei, die SCHUFA-Idee auch in Hamburg zu etablieren.¹⁷⁹

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ Bundesarchiv, BArch R 3101/9260: Bd. 1: Auskunfts- und Inkassogewerbe, Reichsführer des Handels. Geschäftsstelle Berlin an Reichswirtschaftsministerium, 25.09.1934.

¹⁷⁶ Vgl. ebd.

¹⁷⁷ Vgl. Bundesarchiv, BArch NS 5-VI/6435: Kreditunternehmen verschiedener Art, Bd. 2. / Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, NW 1000, Nr. 8364, Spruchkammerakte Walter Kaminsky, S. 9.

¹⁷⁸ Staatsarchiv Hamburg, Amtsgericht Hamburg – Vereinsregister A 1, Band 41: Eintrag zu Pro Honore e. V.

¹⁷⁹ Vgl. Archiv der Handelskammer Hamburg, V.776: Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung und Kreditsicherung Hamburg (Schufa), Dr. W. A. Burchard an Syndikus Dr. Schwenke, IHK, 24.06.1932.

Die SCHUFA Hamburg entstand am 1. Juni 1931 als „Hanseatische Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung und Kreditsicherung“.¹⁸⁰ Ihr erster Geschäftsführer war der am 8. Mai 1891 in Berlin geborene Walther Hillerscheid.¹⁸¹ Im Ersten Weltkrieg diente er als Pilot in der Luftwaffe und blieb auch nach 1918 als Mitglied des „Luftsportverbands“ der Fliegerei eng verbunden.¹⁸² Er zog 1922 nach Hamburg, wo er als selbstständiger Kaufmann tätig war¹⁸³ und 1926 die Handelsgesellschaft „W. Hillerscheid & Co.“¹⁸⁴ gründete. Kontakt zur SCHUFA in Berlin hatte er über eine persönliche Freundschaft mit Kurt Meyer, dessen Konzept er für Hamburg übernahm. Damit leistete die SCHUFA „Geburtshilfe“¹⁸⁵ für ihren Hamburger Ableger. Hillerscheid betrieb die SCHUFA zu Beginn in einem Büro im „Haus der Patriotischen Gesellschaft“¹⁸⁶ an der Trostbrücke. Dort arbeitete er mit seiner Kontoristin Anita Feeken (geb. Voget, 1912–1996) am Aufbau einer Karteidatenbank nach Berliner Vorbild.¹⁸⁷ Die Verbindung zur SCHUFA in Berlin war außerordentlich eng, da Kurt Meyer und Robert Kauffmann als Gesellschafter dem vierköpfigen Hamburger Führungskomitee angehörten. Die anderen beiden Mitglieder repräsentierten „Pro Honore“, darunter auch ihr Geschäftsführer Wilhelm Nolte.¹⁸⁸

Infolge der Weltwirtschaftskrise geriet Hillerscheids Handelsgesellschaft in große Schwierigkeiten. Dies sei einer der Gründe gewesen, warum er bereits 1932 der NSDAP beigetreten sei, von der er sich eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erhofft habe: „Was Wunder also, daß Walther, dessen Charakter niemals Gedanken an Falschheit und Perversion in irgendeiner politischen Person – auch nicht in Hitler – akzeptieren wollte, zu helfen willig war, nachdem er glaubte, die Synthese zwischen den fruchtlosen theoretischen Exerzitien und der verwirklichenden Praxis im National-Sozialismus gefunden zu haben“,¹⁸⁹ schrieb Hillerscheids Freund Alfred Ellenberg. Wie andere typische Entlastungszeugen im Spruchkammerverfahren auch bescheinigte er ihm Idealismus und politische Naivität gegenüber den Nationalsozialisten. So habe dieser den Rassismus und Antisemitismus der NSDAP nicht erkannt und sich stattdessen von den Versprechungen der „Volksgemeinschaft“ blenden lassen.

Im Gegensatz zu Dr. Kurt Meyer gelang es Hillerscheid nicht, die SCHUFA erfolgreich durch die Weltwirtschaftskrise zu steuern. So stellte etwa der Hamburger Senator für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, Wilhelm Burchard-Motz (DVP, 1878–1963), am 24. Juni 1932 für die Hamburger SCHUFA fest: „Die Grundlagen der Organisation sollen in Hamburg völlig gesund sein, aber die bisherige Geschäftsführung scheint Anlaß zur Sorge zu geben.“¹⁹⁰ Hillerscheid war deswegen 1933 gezwungen, die SCHUFA-Hamburg vollends unter die Schirmherrschaft des Vereins „Pro Honore“ zu stellen und seine Position als Geschäftsführer abzugeben.¹⁹¹ Hillerscheid widmete sich danach der Tierzucht und der Fliegerei. Seit 1937 übte er die Funktion des „Standartenführers“ im Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) aus.¹⁹² Dennoch hielt er weiter Kontakt zu Freunden und Kollegen, die wegen ihrer jüdischen Herkunft verfolgt wurden: So versuchte er etwa seinem Freund Albert Hentrich zu helfen, dessen Frau als „Halbjüdin“ ins Visier der Nazis geraten war und der 1944 selbst in ein Zwangsarbeiterlager kam.¹⁹³ Hillerscheids Geschichte ist recht typisch.

¹⁸⁰ SCHUFA Infothek: Vorschlag für die Gründungen SCHUFA GmbH Hamburg, geschichtliche Entwicklungen.

¹⁸¹ Die Schreibweise seines Vornamens ist in den Quellen nicht immer einheitlich. In einigen Dokumenten auch als Walter Hillerscheid.

¹⁸² Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 460.15, Nr. 161: Entnazifizierungsverfahren von Walter Hillerscheid (geb. 08.05.1891), Bescheinigung Karl Rausch, 29.05.1946.

¹⁸³ Vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 611.1, Nr. 2091: Walther Hillerscheid an das Preußische Einwanderungsbureau, 26.02.1924.

¹⁸⁴ Eintragungen ins Handelsregister, in: Hamburger Fremdenblatt, 03.09.1926, S. 11.

¹⁸⁵ SCHUFA Infothek: 50 Jahre SCHUFA Hamburg.

¹⁸⁶ Das Gebäude entstand 1765. 1943 wurde es bei einem Luftangriff weitgehend zerstört und ab 1945 wieder aufgebaut.

¹⁸⁷ Vgl. SCHUFA Infothek: Regal, Karton 1: 50 Jahre SCHUFA Hamburg, S. 2.

¹⁸⁸ Vgl. Archiv der Handelskammer Hamburg, V.776: Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung in Berlin und Hanseatische Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung Hamburg (Schufa), Dr. W. A. Burchard an Syndikus Dr. Schwenke, IHK, 24.06.1932.

¹⁸⁹ Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 460.15, Nr. 161: Entnazifizierungsverfahren von Walter Hillerscheid (geb. 08.05.1891), Alfred Ellenberg an Frau Hillerscheid, 10.06.1946.

¹⁹⁰ Archiv der Handelskammer Hamburg, V.776: Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung in Berlin und Hanseatische Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung Hamburg (Schufa), Dr. W. A. Burchard an Syndikus Dr. Schwenke, IHK, 24.06.1932, S. 2.

¹⁹¹ Vgl. SCHUFA Infothek, Regal, Karton 1: 50 Jahre SCHUFA Hamburg.

¹⁹² Vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 460.15, Nr. 161: Entnazifizierungsverfahren von Walter Hillerscheid (geb. 08.05.1891), Aktenvermerk Entnazifizierung.

¹⁹³ Vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 460.15, Nr. 161: Entnazifizierungsverfahren von Walter Hillerscheid (geb. 08.05.1891), Bescheinigung Albert Hentrich, 26.08.1946.



Abbildung 6: Hillerscheid mit Kontoristin Voget, 1931: 50 Jahre SCHUFA Hamburg.

Er trat zunächst aus Überzeugung der NSDAP bei und erwartete nicht, dass dies Auswirkungen auf sein direktes Umfeld haben könnte. Im Entnazifizierungsverfahren nach dem Krieg setzte er dann seine Unterstützung für verfolgte Freunde und Kollegen als Entlastungsstrategie ein.¹⁹⁴

Nach der Übernahme der Hamburger SCHUFA im Jahr 1933 setzte „Pro Honore“ den am 14. April 1889 in Hamburg geborenen Oswald Arning als neuen Geschäftsführer ein. Arning entstammte einer alten angesehenen Hamburger Patrizierfamilie. Zu seinen Vorfahren zählten der Senator Johann Carl Gottlieb Arning (1786–1862) und dessen Sohn Christian Arning (1824–1909), Richter und Abgeordneter. Oswalds Vater war Eduard Arning (1855–1936), ein renommierter Dermatologe.¹⁹⁵

Oswald Arnings Urgroßmutter Henriette Wilhelmine Oppenheimer (geb. 1800), die Ehefrau Johann Carl Gottliebs, stammte aus einer prominenten jüdischen Bankiers- und Unternehmerfamilie. Diese familiäre Verbindung sollte für ihn nach der nationalsozialistischen Machtübernahme zum Problem werden.

Arning nahm nicht am Ersten Weltkrieg teil, geriet aber wegen eines ungewöhnlichen Zwischenfalls in Kriegsgefangenschaft. Er war an Bord des Dampfers „Potsdam“, der sich kurz nach Kriegsausbruch gerade in der englischen Küstenstadt Falmouth befand und dessen deutsche und österreichische Passagiere am 25. August 1914 von den britischen Behörden interniert wurden.¹⁹⁶ Da er sich auf dem Weg nach Deutschland befand, um sich im Rang eines Vizewachtmeisters dem Dragonerregiment in Lüneburg anzuschließen, ließen ihn die Engländer erst nach Kriegsende wieder frei. Später nutzte er die Erfahrung, um sich bis 1933 für

¹⁹⁴ Vgl. Falter, Jürgen W., u. a.: „Wie ich den Weg zum Führer fand.“ Beitrittsmotive und Entlastungsstrategien von NSDAP-Mitgliedern, Weinheim 2022, S. 532–536.

¹⁹⁵ Vgl. Traueranzeige Prof. Dr. med. Eduard Arning, in: Hamburger Tageblatt. Zeitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, 21.08.1936.

¹⁹⁶ Vgl. Hamburger und Altonaer Passagiere als englische Gefangene, in: Hamburger neueste Nachrichten, 09.09.1914, S. 3.



Abbildung 7: Bundesarchiv, BArch R 1508/15: Foto aus der Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889).

die deutsch-englischen Handelsbeziehungen einzusetzen.¹⁹⁷ 1924 war Oswald Arning an der F.A.C. van der Linden GmbH & Co in Hamburg beteiligt, die Lack produzierte und seinem Schwager gehörte.¹⁹⁸

„Pro Honore“ ließ das Büro der SCHUFA Hamburg in die Schauenburger Straße 49 verlegen, da die DAF dringend neue Büroräume im „Patriotischen Gebäude“ benötigte.¹⁹⁹ Das nach Berliner Vorbild erstellte Karteikartenarchiv stützte sich auf Informationen über Teilzahlungskunden der Warenhauskette DeFaKa (Deutsches Familien-Kaufhaus GmbH) sowie auf die Einträge im Hamburger Schuldenregister. Die Büroräume verfügten über vier Telefonleitungen und einen direkten Anschluss zur DeFaKa in Hamburg. Neben dem Geschäftsführer Arning arbeiteten sieben Kontoristinnen (inklusive Frau Feeken) am Aufbau des Karteikartenarchivs, das in den folgenden Jahren stetig wuchs.

Die Hamburger NSDAP vereinnahmte „Pro Honore“ für sich und definierte die Aufgaben des Vereins 1934 neu. So sollte der „Kampf gegen Schwindelfirmen“ in „engster Zusammenarbeit mit der Reichsleitung der NS-Rechtsbetreuung (Rechtsabteilung der Reichsleitung der NSDAP)“ durchgeführt werden. Auskünfte durch „Pro Honore“ sollten nun auch direkt an die jeweiligen Parteistellen ausgegeben werden und der Rechtsschutz den „minderbemittelten Volksgenossen“²⁰⁰ zugutekommen. Damit stieg auch der Einfluss der NSDAP auf die SCHUFA in Hamburg. Ihr Geschäftsführer Arning bemühte sich unmittelbar nach der Machtübernahme um eine Mitgliedschaft in der Partei. Allerdings stand ihm dabei seine Familiengeschichte im Weg. Arning trat am 20. März 1934 der NSDAP bei (Mitgliedsnummer 3.039.120) und beteiligte sich auch als „politischer Leiter“ (Schriftleiter) bei der Ortsgruppe Dammtor. Doch die Mitgliedschaft war von kurzer Dauer, das Kreisgericht der NSDAP Hamburg-Rotherbaum schloss ihn am 17. Oktober 1934 wieder aus der Partei aus.²⁰¹ Grund dafür war seine prominente jüdische Urgroßmutter.

¹⁹⁷ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 1508/15: Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889),

Dr. Wilhelm A. Burchard-Motz an DRK-Generalführer Ferdinand Melchior Berning, 13.02.1941.

¹⁹⁸ Vgl. 100 Jahre F.A.C. van der Linden GmbH & Co, in: Hamburger Fremdenblatt, 29.02.1928, S. 1.

¹⁹⁹ Vgl. Archiv der Handelskammer Hamburg, V.776: Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung in Berlin und Hanseatische Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung Hamburg (Schufa) an die IHK Hamburg, 01.09.1934.

²⁰⁰ Staatsarchiv Hamburg, 213-1 (Hanseatisches Oberlandesgericht Hamburg – Verwaltung), 2394:

Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen e. V. und Pro Honore Verein für Treu und Glauben im Geschäftsleben e. V.

²⁰¹ Bundesarchiv, BArch R 9361-I/4634: Akte des Obersten Parteigerichts der NSDAP zu Oswald Arning (geb. 14.04.1889),

Oswald Arning an Rudolf Heß, 01.03.1935.



Abbildung 8: SCHUFA Hamburg, Visitenkarte aus der Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889).

Arning galt zwar in der Rassenideologie der Nazis selbst als „Arier“²⁰² – die Parteimitgliedschaft wurde ihm dennoch verwehrt. In den folgenden Jahren bemühte er sich, auch mit einem direkten Gnadengesuch an Hitlers Stellvertreter und Leiter der Partei-Kanzlei Rudolf Heß, um die Wiederaufnahme. Er betonte dabei seine „volle politische Formung durch den Führer und Reichskanzler“, er habe „in unserem für die Bewegung noch nicht gewonnenen Kreise alles getan, um auch dort die Bewegung und ihren Geist durchzusetzen“.²⁰³ Arnings Gesuche stießen jedoch bei der NSDAP-Führung auf Ablehnung: „Die Entscheidung stellt kein Werturteil über Sie dar und hindert Sie auch nicht, als guter Deutscher im Geiste des Führers für Volk und Vaterland zu wirken. Mitglied der Partei können Sie jedoch mit Rücksicht auf Ihre nicht rein arische Abstammung nicht sein.“²⁰⁴

Dass Arning seine Loyalität zur NSDAP so vehement unter Beweis stellen wollte, hatte auch mit seiner Tätigkeit bei der SCHUFA zu tun. Als Geschäftsführer geriet er immer mehr ins Fadenkreuz von Henri Kramer, der ab 1933 den „Reichseinheitsverband deutscher Auskunfteien“ leitete (ausführlich unter Punkt 4.5). Kramer erkannte in Arnings Biografie die jüdische Urgroßmutter offenbar als wunden Punkt. Arning beschwerte sich beim obersten Parteigericht der NSDAP in München über „auftauchende, mich wirtschaftlich zu schädigen trachtende Angriffe des Parteigenossen Kramer“.²⁰⁵ Trotz seiner zahlreichen Briefe und Gnadengesuche blieb ihm eine Parteimitgliedschaft verwehrt.

Auf die praktische Arbeit der SCHUFA Hamburg schien dieser Streit kaum Einfluss gehabt zu haben. 1934 umfasste das Karteikartenarchiv bereits 500.000 Personen aus Hamburg und Umgebung.²⁰⁶ Dass die Expansion bis 1937 weiterging, lässt sich etwa an den Stellenanzeigen der Hamburger SCHUFA ablesen. Am 5. November dieses Jahres suchte sie eine „junge Anfängerin mit guter Allgemeinbildung für sofortigen Eintritt“.²⁰⁷ Bis 1938 wuchs der Bestand der Hamburger SCHUFA auf 700.000 Karteikarten an und erreichte damit einen vorläufigen Höhepunkt.²⁰⁸

²⁰² Bundesarchiv, BArch R 1508/15: Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889), Aufklärungsamt für Rassefragen Hamburg, 14.03.1934.

²⁰³ Bundesarchiv, BArch R 9361-I/4634: Akte des Obersten Parteigerichts der NSDAP zu Oswald Arning (geb. 14.04.1889), Oswald Arning an Rudolf Heß, 01.03.1935.

²⁰⁴ Bundesarchiv, BArch R 9361-I/4634: Akte des Obersten Parteigerichts der NSDAP zu Oswald Arning (geb. 14.04.1889), Leiter der NSDAP-Geschäftsstelle (Kießling) an Oswald Arning, 05.07.1935.

²⁰⁵ Bundesarchiv, BArch R 9361-I/4634: Akte des Obersten Parteigerichts der NSDAP zu Oswald Arning (geb. 14.04.1889), Oswald Arning an Oberstes Parteigericht der NSDAP in München, 26.07.1935.

²⁰⁶ Vgl. Hanseatische Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung, in: Hamburger Fremdenblatt, 02.10.1934, S. 6.

²⁰⁷ Stellenausschreibungen, in: Hamburger Fremdenblatt, 05.11.1937.

²⁰⁸ Vgl. Archiv der Handelskammer Hamburg, V.776: Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung in Berlin und Hanseatische Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung Hamburg (Schufa), IHK Hamburg an Arbeitsgemeinschaft für IHK der Reichswirtschaftskammer Berlin, 05.08.1938.



Abbildung 9: Oswald Arning als Geschäftsführer der SCHUFA im Büro, 50 Jahre SCHUFA Hamburg.

Arning selbst blieb zwar formal bis 1943 im Amt, war aber spätestens seit dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 nicht mehr aktiv als Geschäftsführer tätig. Zu Kriegsbeginn trat er dem Deutschen Roten Kreuz bei und leistete seinen Dienst im besetzten Polen. Ab 20. Juni 1940 war er stellvertretender Dienststellenleiter des DRK im sogenannten Generalgouvernement.²⁰⁹ Anschließend war er ab Mitte Januar 1941 als „Rückführungsbeauftragter“²¹⁰ der Waffenstillstandskommission in Toulouse und Lyon im unbesetzten Frankreich im Rang eines Oberfeldführers tätig.²¹¹ Hintergrund war die vom Diplomaten Ernst Kundt (1883–1974) geleitete Gruppe („Kundt-Kommission“), die die Aufgabe hatte, die Lebensbedingungen internierter „Volksdeutscher“ in Frankreich²¹² zu untersuchen und diese auf Wunsch zurückzuführen. Diese Gruppe bestand aus Diplomaten, Repräsentanten des Roten Kreuzes, der Gestapo und der Wehrmacht (Abwehr). Ihr Ziel war es außerdem, mögliche aus Deutschland geflohene NS-Gegner aufzuspüren und der Gestapo auszuliefern. Für die Verfolgung von Juden war die Kommission nicht zuständig.²¹³

Arnings Tätigkeit in der Kommission endete abrupt, als die Führung des DRK von seiner Familiengeschichte und seiner jüdischen Urgroßmutter erfuhr. Am 29. Februar 1941 berief sie ihn aus Toulouse ab und beurlaubte ihn unverzüglich.²¹⁴ Als „Mischling III. Grades“ verlor er seinen Dienstrang. Zusätzlich zeigte sich die Hamburger Gauleitung darüber verärgert, dass Arning überhaupt so eine hohe Position im DRK hatte einnehmen können, und warf ihm vor, seine Abstammung beim Eintritt in die Organisation verheimlicht zu haben: „[...] die Gauleitung vertritt den Standpunkt, daß das Gebahren des Arning doch etwas zu jüdisch ist.“²¹⁵

²⁰⁹ Als Generalgouvernement bezeichneten die Nationalsozialisten den nicht unmittelbar von Deutschland annektierten Teil des seit 1939 besetzten polnischen Staatsgebiets.

²¹⁰ Bundesarchiv, BArch R 1508/15: Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889), Zeugnis des DRK-Personalamtes, 19.02.1941.

²¹¹ Zwischen 1940 und 1944 existierte im unbesetzten Teil Frankreichs eine als „Vichy-Regime“ bezeichnete autoritäre französische Regierung unter Marschall Philippe Pétain, die eng mit dem NS-Regime zusammenarbeitete.

²¹² Dies waren ungefähr 10.000 bis 17.000 Personen.

²¹³ Vgl. Eggers, Christian: „Unter den hohen Bäumen“. Jubitz' Reise durch die Internierungslager im Süden Frankreichs, in: Cahiers d'Études Germaniques 17 (1989), S. 21–30.

²¹⁴ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 1508/15: Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889), Aktennotiz des Führungsamts des DRK zu Oswald Arning, 21.02.1941.

²¹⁵ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 1508/15: Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889), DRK-Oberstführer und NSDAK-Kreisleiter Hans Haas an Präsidium des DRK in Berlin.

Zwar blieb Arning dann bis Kriegsende beim DRK beschäftigt, aber zu sehr ungünstigen Bedingungen. Statt eines regulären Gehalts erhielt er nur noch eine Tagespauschale.²¹⁶ Arning starb am 27. September 1953 in Hamburg im Alter von 64 Jahren.²¹⁷

Die SCHUFA Hamburg kämpfte wie die in Berlin nach 1938 vor allem um den Bestandserhalt. Nach Ausbruch des Krieges verlor sie ihren Geschäftsführer, gleichzeitig brach die Nachfrage nach Auskünften dramatisch ein. Über eigene Einkünfte verfügte die Hamburger SCHUFA damit kaum noch. 1940 beschrieb der Geschäftsführer von „Pro Honore“, Wilhelm Nolte, der die Fortführung des Tagesgeschäfts von Arning übernommen hatte, die Situation folgendermaßen: „Die bei der Schufa zur Zeit eingehenden Anfragen sind auf etwa ein Drittel des Standes im Jahre 1939 zurückgegangen, wohingegen die Unkosten, die in erster Linie aus Gehältern, Miete und sonstigen reinen Unterhaltungskosten des Betriebes bestanden, nur um etwa ein Drittel des früheren Standes ermäßigt werden konnten.“²¹⁸ Dabei hob Nolte hervor, dass die Zahl der Anfragen in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen sei. So habe „auch schon früher ein sehr wesentlicher Teil der Schufa-Arbeiten nicht in der Erteilung der Anfragen, sondern in der ständigen Erneuerung der Anlage des außerordentlich großen Materials bestanden“.²¹⁹ Nolte rief die Gesellschafter der Hamburger SCHUFA und vor allem die städtischen Gaswerke dazu auf, ihre Beiträge weiter zu entrichten, um die Organisation finanziell zu stützen. So liege es „sicherlich im Interesse der Wirtschaft“, dass sie „dieser Einrichtung heute über die schwierigen Zeiten des Krieges mit geringen Beiträgen hinweghilft, als daß sie später weit höhere Kosten aufbringen muß, um die Schufa wieder in Gang zu bringen“.²²⁰

Diese Bestandswahrung gelang jedoch aufgrund des Krieges nicht und das Ende kam für die Hamburger Organisation noch schneller als für die in Berlin: Am 26. Juli 1943 erlebte Hamburg einen der heftigsten Luftangriffe des gesamten Weltkriegs („Operation Gomorrha“). Der Feuersturm, dem schätzungsweise 35.000 bis 40.000 Menschen zum Opfer fielen, zerstörte auch das Gebäude der SCHUFA mit sämtlichen Karteikarten, dem Inventar und den Akten. Daraufhin stellte sie ihre Tätigkeit bis zur Neugründung nach dem Krieg vollständig ein.²²¹

4.7.2 SCHUFA Dortmund

Die SCHUFA Dortmund entstand am 6. Oktober 1930 als „Westfälische Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung und Kreditsicherung“²²² und war damit die erste Gründung außerhalb Berlins.²²³ Geschäftsführer war der Dipl. Kaufmann Dr. Paul Wilkes.²²⁴ Nach dem Vorbild der SCHUFA in Berlin vernetzte sich die Dortmunder Organisation mit den Handwerker- und Einzelhandelsverbänden, die auch ihre Vertreter in den Verwaltungsausschuss entsandten. Beteiligt waren unter anderem die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund; der Verband des Einzelhandels e. V., Dortmund; das Handwerksamt der vereinigten Innungen zu Dortmund; die Kreditgemeinschaft Dortmunder Spezialgeschäfte und die Deutsche Familienkaufhaus GmbH (DeFaKa), Zweigniederlassung Dortmund.²²⁵ In einem Schreiben an die IHK Dortmund beschrieb der Interessenverband der städtischen Handwerker seine positive Erfahrung mit der SCHUFA:

²¹⁶ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 1508/15: Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889), Chef des DRK-Personalamts an Präsidium des DRK in Berlin, 04.06.1941.

²¹⁷ Vgl. Link (nur mit Login erreichbar):

https://www.ancestry.de/family-tree/person/tree/168754008/person/162294252254/facts?_phsrc=bFT1&_phstart=successSource.

²¹⁸ Archiv der Handelskammer Hamburg, V.776: Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung in Berlin und Hanseatische Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung Hamburg (Schufa), Geschäftsführung Pro Honore an IHK Hamburg, 29.05.1940.

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Ebd.

²²¹ Vgl. SCHUFA Infothek: 50 Jahre SCHUFA Hamburg.

²²² Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, K 1 Nr. 492: Auskunftswesen, IHK Bielefeld an IHK Dortmund, 25.11.1930.

²²³ Vgl. Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-SCHUFA (Hrsg.), Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre SCHUFA. Wiesbaden 1977, 67–77, hier S. 72.

²²⁴ Vgl. Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Firmenkarteikarte der IHK Dortmund zur Wilkes & Co. Kommanditgesellschaft. Die Schreibweise seines Namens ist in den Quellen nicht immer einheitlich. So erscheint er in einigen Dokumenten auch als „Paul Wilkens“.

²²⁵ Vgl. Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, K 1 Nr. 492: Auskunftswesen, IHK Dortmund an Amtsgericht Lüdenscheid, 17.11.1930.

*Hinsichtlich der Erfahrungen mit der Tätigkeit der SCHUFA ist zu erklären, daß Nachteiliges nicht bekannt geworden ist. Im Gegenteil sind wiederholt Urteile zu hören gewesen, nach denen die SCHUFA gut orientiert ist und prompt arbeitet. [...] Unser Einziehungsamt wendet sich recht häufig über Auskunftserteilung über bestimmte Personen und Firmen an die SCHUFA und ist immer zufriedenstellend und vor allen Dingen u.W. zutreffend bedient worden.*²²⁶

1932 umfasste das Karteikartenarchiv der SCHUFA Dortmund bereits 280.000 Personen und Firmen. Die SCHUFA erhielt ihre Informationen von ihren Gesellschaftern sowie „fortlaufend Material von 25 Amtsgerichten“.²²⁷ Es gab offenbar auch enge Verbindungen mit der von Walter Kaminsky geleiteten Kundenkredit GmbH in Düsseldorf, der sie im Geschäftsbericht für das Jahr 1935 besonders lobend erwähnte: „Für die Niedrighaltung der Verlustquote ist die ausgezeichnete Organisation der Westfälischen Schutzgemeinschaft für Allgemeine Kreditfinanzierung (SCHUFA) in Dortmund von besonderer Bedeutung.“²²⁸

Die Arbeitsweise der SCHUFA Dortmund führte vor allem bei den gewerblichen Auskunfteien zu Kritik. So stellte etwa die Auskunftei Bürgel fest, dass die SCHUFA den gleichen Zugang zu den Schuldnerlisten bekam wie die gewerblichen Abonnenten, die dafür eine wöchentliche Abgabe entrichten mussten.²²⁹ Tatsächlich schien die SCHUFA Dortmund sich teilweise Informationen aus Schuldnerlisten über Umwege und ohne Zustimmung beschafft zu haben. Offenbar gab ein „Beamter oder Angestellter des Amtsgerichts“ diese Informationen auf mutmaßlich „unrechtmäßige Weise“²³⁰ weiter. Wilkes erhielt aus diesem Grund eine Verwarnung durch die IHK Dortmund, die darüber hinaus keine Konsequenzen hatte.

Über die weitere Tätigkeit der SCHUFA Dortmund ist nichts bekannt, da auch zu ihr ab der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre keine Dokumente überliefert sind. Ein Unternehmensarchiv ist nicht mehr vorhanden und vermutlich auch im Krieg zerstört worden. Wilkes selbst blieb weiter bei der SCHUFA aktiv und war an der Neugründung der Bundes-SCHUFA im Jahr 1952 beteiligt.²³¹

4.7.3 SCHUFA Köln

Auch Informationen über die SCHUFA Köln sind nur bruchstückhaft überliefert. Sie gehörte ebenfalls zu den ersten Institutionen außerhalb Berlins und bestand seit 1931.²³² Ihr Geschäftsführer war der Syndikus Carl Schmitz, geboren am 4. März 1889 in Mehlem (Kreis Bonn). Ab 1922 war er Geschäftsführer der Kürschner-Innung in Köln und ab 1930 war er außerdem als selbstständiger Verbandsgeschäftsführer der Kölner Wirtschaftsorganisationen mit einem Jahresgehalt von 12.000 RM tätig.²³³ Während der Kölner Messe im Jahr 1931 leitete er die „4. Westdeutsche Funk- und Phonoschau“, auf der die neuesten Radiogeräte präsentiert wurden.²³⁴ Politisch gehörte er vor 1933 der katholisch-konservativen Zentrumspartei an. Nach 1933 geriet er deswegen ins Visier der NSDAP, die versuchte, den von ihm geleiteten Verband zu übernehmen. Daraufhin habe er sich 1934 entschlossen, Parteimitglied zu werden, um „seine und seiner Familie Existenz nicht zu vernichten“.²³⁵ Da er wegen Untauglichkeit nicht zum Kriegsdienst eingezogen wurde, stieg er ab 1941 zum Referenten des Verbands für Einzelhandel auf. In seiner Funktion

²²⁶ Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, K 1 Nr. 492: Auskunftswesen, Handwerksamt der vereinigten Innungen zu Dortmund an IHK Dortmund, 30.01.1930.

²²⁷ Ebd.

²²⁸ Kundenkredit GmbH, Dortmund, in: Dortmunder Zeitung, 02.04.1936, S. 3.

²²⁹ Vgl. Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, K 1 Nr. 492: Auskunftswesen, Justizinspektor Sauer an Amtsgerichtsinspektor Dortmund, 04.02.1932.

²³⁰ Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, K 1 Nr. 492: Auskunftswesen, Geschäftsführer der IHK Dortmund an Amtsgerichtsdirektor Dortmund, 10.02.1932.

²³¹ Vgl. SCHUFA Archiv, Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA, 20.07.1952.

²³² Vgl. Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-SCHUFA (Hrsg.), Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre SCHUFA. Wiesbaden 1977, S. 67–77, hier S. 72.

²³³ Vgl. Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, NW 1049 (SBE Hauptausschuss Regierungsbezirk Köln), Nr. 23800: Entnazifizierung Dr. Carl Schmitz (geb. 04.03.1889), Fragebogen, 17.12.1946.

²³⁴ Vgl. Herbstveranstaltungen der Kölner Messe. Die 4. Westdeutsche Funk- u. Phonoschau, in: Kölner Lokal-Anzeiger, 28.09.1931.

²³⁵ Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, NW 1049 (SBE Hauptausschuss Regierungsbezirk Köln), Nr. 23800: Entnazifizierung Dr. Carl Schmitz (geb. 04.03.1889), Berufungsausschuss der Spruchkammer für den Stadtkreis Köln, 21.08.1946.

als Verbandsgeschäftsführer hatte er mit zahlreichen jüdischen Mitgliedern der Verbände Kontakt. Entlastungszeugen im Spruchkammerverfahren bescheinigten ihm eine „ausgesprochene Gegnerschaft gegen den Fanatismus der faschistischen Ideen und besonders gegen den Antisemitismus“. ²³⁶ Der jüdische Buchhändler Paul Wolfsohn entlastete Schmitz ebenfalls und erklärte, dass er sich bis 1936 für jüdische Händler im Verband eingesetzt habe. ²³⁷

Die Büroräume der Kölner SCHUFA befanden sich im 1928 bis 1930 im Stil der Moderne erbauten Disch-Haus (Brückenstraße 19/ Ecke Herzogstraße 3). Ihre Arbeitsweise entsprach, wie auch in Hamburg und Dortmund, dem Berliner Vorbild. Sie sammelte die Daten aus dem Schuldenregister des Amtsgerichts und über ihre Gesellschafter aus dem Einzelhandel und anderen Bereichen. Im Jahr 1931 verfügte sie über 180.000 Auskunftsdaten aus dem Großraum Köln. ²³⁸ Da das Disch-Haus während der Luftangriffe auf Köln schwer beschädigt wurde, sind auch von der SCHUFA Köln keine internen Dokumente überliefert. Schmitz war, ähnlich wie Wilkes, noch vor der Rückkehr Kurt Meyers am Wiederaufbau der SCHUFA nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligt. ²³⁹ Er gehörte zu den Vorkriegsexperten, die den Aufbau der „Zentral-SCHUFA“ nach 1945 in Hannover vorantrieben, aus der sich später die Bundes-SCHUFA entwickeln sollte. 1960 beschrieb der SCHUFA-Vorsitzende Richard Weber Schmitz als „cleveren alten Vorkriegs-SCHUFA-Hasen“. ²⁴⁰ Wann genau Schmitz verstorben ist, ist nicht bekannt. Weber spricht 1960 in einer Rede nur davon, dass Schmitz „inzwischen lange der grüne Rasen deckt“. ²⁴¹

4.8 Arbeitsalltag der SCHUFA in Berlin nach 1933

Am Arbeitsalltag der SCHUFA und ihrer Ableger änderte sich nach 1933 kaum etwas. Das Karteikartenarchiv und die Zahl der Karteiführerinnen wuchsen ständig weiter. Gleichzeitig fand eine Mechanisierung des Datenspeichers statt, der immer mehr einem modernen Rechenzentrum ähnelte:

An langen Klapptischen sitzen eine beträchtliche Anzahl von Karteiführerinnen, die dauernd ordnen, neu registrieren und neu ausfüllen. Über ihnen befindet sich eine Art Fördermaschine, die, ausgehend von der Telephonzentrale, jeden Platz bedient. Mehrere ständig laufende Bänder lassen die dauernd von der Telephonzentrale kommenden Fragebogen zu den passenden Karteitischen laufen. Automatisch fallen die Bogen herunter und werden dann sofort ausgefüllt. Die ausgefüllten Fragebogen wandern auf die gleiche Weise zum Telephon zurück, denn der Kunde wartet meist mit dem Hörer in der Hand auf Antwort. ²⁴²

1933 enthielt das Karteikartenarchiv der SCHUFA in Berlin Daten von 2,6 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Insgesamt erteilte sie im gesamten Geschäftsjahr 400.786 Auskünfte, davon die meisten in der Vorweihnachtszeit. Allein im Dezember beantwortete sie 61.327 Anfragen mit einem Rekordwert von 3.542 am 16. Dezember 1933. ²⁴³ Das Karteikartenarchiv der SCHUFA in Berlin war bis 1935 auf einen Bestand von „2,6 Millionen Karten und etwa 4 Millionen Eintragungen“ ²⁴⁴ angewachsen. Am Zweck der Anfragen, Informationen über die Zuverlässigkeit von Nutzern von Ratenkrediten zu erhalten, änderte sich nichts. Die gesammelten und herausgegebenen Daten blieben unverändert: Die SCHUFA sollte insbesondere Zahlungsverzug und „die Unmöglichkeit der

²³⁶ Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, NW 1049 (SBE Hauptausschuss Regierungsbezirk Köln), Nr. 23800:

Entnazifizierung Dr. Carl Schmitz (geb. 04.03.1889), Hermann Schilling an Militärregierung, 30.03.1946.

²³⁷ Vgl. Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, NW 1049 (SBE Hauptausschuss Regierungsbezirk Köln), Nr. 23800:

Entnazifizierung Dr. Carl Schmitz (geb. 04.03.1889), Paul Wolfsohn an Carl Schmitz, 23.03.1946.

²³⁸ Die Kölner „Schufa“ kennt Ihre Schulden!, in: Kölnische Zeitung, 08.09.1931.

²³⁹ Vgl. SCHUFA Infothek, Reisebericht, 12.–16.07.1952.

²⁴⁰ Chronik 10 Jahre SCHUFA Hannover 1950–1960. Jubiläumsansprache Richard Weber, S. 2.

Link: <https://pm20.zbw.eu/mirador/?manifestId=https://pm20.zbw.eu/iiif/folder/co/045388/manifest.json>

²⁴¹ Ebd.

²⁴² Das Archiv der Stotterer, in: Illustriertes Tageblatt sächsische Heimatzeitung, 19.10.1935, S. 16.

²⁴³ Vgl. Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung und Kreditsicherung „SCHUFA“, Bericht über das Geschäftsjahr 1933, S. 2.

²⁴⁴ Das Archiv der Stotterer, in: Illustriertes Tageblatt sächsische Heimatzeitung, 19.10.1935, S. 16.

²⁴⁵ Zwei Milliarden Kundenkredit, in: Stuttgarter NS-Kurier, 02.08.1937, S. 14.

24. Millions Berlin

So wesentlich diese Einrichtung für die Wirtschaft ist, so unannehmlich ist ihre praktische Durchführung für das Publikum. Der Hauptnachteil ist nicht, wenn er für seinen Abstammungsertrag Namen und Nachschuß ansetzen muß und dann auf die Ausstattung des Nachkommen wartet. Im der Schlüsselzeit soll

Das eine Budgetkriterium verknüpft er mit dem
Ziel – verschleiden.

[illegible]

Mit den Kinderrechten ist eine Herrschaft getroffen, daß sämtliche Zwangsmaßnahmen, Forderungen, Offenbarungen eine u. a. täglich der Schule im Takt der Übermittlung werden.

[illegible][illegible]

42

nationalsozialistischen Herrschaft die Nachfrage nach Abzahlungsgeschäften stetig an – und damit auch die Zahl der Anfragen an die SCHUFA.²⁵⁰ 1938 zog die SCHUFA aufgrund des stark gewachsenen Karteikartenarchivs in neue und größere Büroräume in die Oranienstraße 70.²⁵¹ Doch schon zu diesem Zeitpunkt befand sich die Nachfrage nach Auskünften im Niedergang und brach nach Kriegsausbruch 1939 vollständig ein.

Anstatt die Idee der Massenauskünfte zu verdammen, wie es etwa Kramer tat, vereinnahmte die Propaganda der Nationalsozialisten nun die Idee der SCHUFA. Das bewährte Instrument gegen die Risiken des Zahlungsausfalls und des Missbrauchs im Abzahlungsgeschäft stellte einen Gegenentwurf zur vermeintlich „ungezügelter“ amerikanischen Konsumkultur dar. Beispielhaft dafür ist ein Artikel über die SCHUFA in der Parteizeitung der NSDAP im Gau Köln-Aachen.²⁵² Dieser lobte die Arbeit der SCHUFA in den höchsten Tönen und als Vorbild für die gesamte NS-Wirtschaftspolitik. So sei es dank ihrer Auskünfte möglich, „Kreditgeber vor empfindlichen Verlusten wirksam zu schützen und dadurch verhängnisvolle Krisen im Wirtschaftsleben zu vermeiden“.²⁵³

4.9 Die Bildung der Reichs-SCHUFA

Mit der Etablierung neuer SCHUFA-Organisationen in ganz Deutschland ergab sich die Notwendigkeit, eine Reichs-SCHUFA als übergeordnete Institution einzurichten. Über ihr Gründungsdatum gibt es in den Quellen widersprüchliche Angaben. Die Jubiläumsschrift der SCHUFA aus dem Jahr 1967 nennt das Jahr 1930. So soll sie auf Betreiben Berlins zunächst aus der Hamburger, Kölner und Dortmunder SCHUFA gegründet worden sein.²⁵⁴ Die SCHUFA-Niederlassungen in Köln und Hamburg existierten jedoch erst seit dem Jahr 1931 und kamen möglicherweise erst zu diesem Zeitpunkt hinzu. Im Laufe der Jahre schlossen sich weitere lokale SCHUFA-Organisationen der Reichs-SCHUFA an: Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Krefeld, Stettin, Wattenscheid und Wuppertal. Diese Reichs-SCHUFA war keine Zentrale im eigentlichen Sinn, sondern diente vor allem dem Austausch von Ideen und der Koordination. Dabei betonten alle regionalen SCHUFA-Institutionen die „Gleichartigkeit“²⁵⁵ ihrer Arbeitsweise. Dennoch nahm die SCHUFA in Berlin vor allem personell eine Leitungsfunktion ein. So galt Kurt Meyer in ganz Deutschland als „führender Mann der ganzen Schufabewegung“.²⁵⁶

Nach der Entlassung und der Flucht Kurt Meyers 1937 verlor die SCHUFA in Berlin ihre führende Stellung. Ab 1938 begann die Diskussion über den Aufbau einer neuen Dachorganisation, die deutlich stärker zentralisiert sein sollte als die bisherige. So berichtete Wilhelm Nolte, der Geschäftsführer der Hamburger „Pro Honore“: „Die Reichs-Schufa soll eine einheitliche Vertretung aller Schufastellen bezwecken und soll andererseits für eine Geschäftsführung aller Schufastellen im Reich nach einheitlichen Gesichtspunkten besorgt sein.“²⁵⁷ Als Sitz dieser neuen, zentralen SCHUFA war Köln mit Carl Schmitz als Leiter vorgesehen. Obwohl bereits erste Vorbereitungen zum Aufbau dieser neuen „Reichs-Schufa“ stattfanden,²⁵⁸ verlor sie infolge der drastisch eingebrochenen Nachfrage nach Auskünften rasch an Bedeutung. Erst mit der Etablierung einer Bundes-SCHUFA im Jahr 1952 sollte die Einführung einer zentralen SCHUFA (bis 1990 nur in der Bundesrepublik) tatsächlich gelingen.

²⁵⁰ Vgl. Logemann, Jan: „Auf Zeit“ gekauft – „Buying on time“. Konsumfinanzierung und Zeitnarrative in Deutschland und den USA seit den 1890er Jahren, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 108 (2021), S. 79–109, hier S. 94.

²⁵¹ Vgl. SCHUFA Berlin: 40 Jahre SCHUFA. 1927–1967, Berlin 1967, S. 4.

²⁵² Ihr Herausgeber war Robert Ley (1890–1945), der als Leiter der DAF eine zentrale Rolle für die Wirtschaftspolitik in der NS-Zeit spielte.

²⁵³ Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, Bestand 30874 Industrie- und Handelskammer Chemnitz, „SCHUFA“-Nachweis der Kreditwürdigen. Eine Riesenkartei gibt täglich 300 Auskünfte, in: Westdeutscher Beobachter vom 12.04.1939.

²⁵⁴ Vgl. SCHUFA Berlin: 40 Jahre SCHUFA. 1927–1967, Berlin 1967, S. 4.

²⁵⁵ Ebd.

²⁵⁶ Archiv der Handelskammer Hamburg, V.776: Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung in Berlin und Hanseatische Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung Hamburg (Schufa), Dr. W. A. Burchard an Syndikus Dr. Schwenke, IHK, 24.06.1932.

²⁵⁷ Archiv der Handelskammer Hamburg, V.776: Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung in Berlin und Hanseatische Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung Hamburg (Schufa), Wilhelm Nolte an IHK Hamburg, 02.08.1938.

²⁵⁸ Vgl. Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, Bestand 30874 Industrie- und Handelskammer Chemnitz, „SCHUFA“-Nachweis der Kreditwürdigen. Eine Riesenkartei gibt täglich 300 Auskünfte, in: Westdeutscher Beobachter vom 12.04.1939.

4.10 „Dann müsste sie JU-FA heißen.“ Im Fadenkreuz des Antisemitismus.

Erstaunlich ist, dass erst der Austritt Kurt Meyers aus der SCHUFA im Jahr 1937 die Aufmerksamkeit der nationalsozialistischen Propaganda weckte. Das antisemitische Hetzblatt „Der Stürmer“ widmete ihm und der SCHUFA einen kurzen Artikel.²⁵⁹ Unter dem Pseudonym „Adelheid Schöller“, hinter dem sich vermutlich ein Berliner Redakteur des „Stürmer“ verbarg,²⁶⁰ erschien folgender Text über Kurt Meyer und die SCHUFA:

In der Zimmerstraße 3/4 befindet sich die „SCHUFA“ (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung). In diesem Institut war bis zum 1.4.1937 der Jude Kurt Meyer als Geschäftsführer tätig. Er konnte Einblick in alle Bücher nehmen und auf diese Weise erfahren, wer bereits den Offenbarungseid geleistet hat. Es war also praktisch so, daß der Jude darüber entscheiden konnte, ob der nicht-jüdische Antragsteller Kredit bekam oder nicht.²⁶¹

Als besonders empörend empfand der Verfasser die Umstände der Entlassung: „Aber manche Angehörige des Instituts sahen den Juden nur ungern scheiden. Das Personal überreichte dem Meyer zum Abschied einen Blumenstrauß!“ Er rief dazu auf, „dafür Sorge zu tragen, daß nicht wieder ein Jude Einfluß auf die ‚SCHUFA‘ bekommt“.²⁶²

²⁵⁹ Vgl. Nolzen, Armin: Die NSDAP im Gau Berlin, in: Michael Wildt und Christoph Kreutzmüller (Hrsg.): Berlin 1933–1945. Erste Auflage, München 2013, S. 79.

²⁶⁰ Vgl. Bensow, Laura: „Frauen und Mädchen, die Juden sind Euer Verderben!“ Eine Untersuchung antisemitischer NS-Propaganda unter Anwendung der Analysekategorie Geschlecht, Hamburg 2016, S. 101.

²⁶¹ Berliner Brief. Jud Meyer und sein Abschied bei der SCHUFA, in: Der Stürmer, Juni 1937, S. 5.

²⁶² Ebd.

5 Bestandswahrung und Zerstörung (1938–1945)

Dr. Kurt Meyers Entlassung fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem sich die gesamte deutsche Konsumgesellschaft im Umbruch befand. Hitler ließ den Aufschwung in den ersten Jahren seiner Herrschaft durch eine massive und ungedeckte Verschuldung finanzieren. Der Ausbau der Konsumgüterproduktion war hauptsächlich staatlichen Subventionen zu verdanken. Im November 1937 trat Reichswirtschaftsminister Schacht von seinem Posten zurück und 1938 warnte die Reichsbank vor einer akuten Schulden- und Finanzkrise. Der NS-Staat stand unmittelbar vor dem Bankrott. Hitler dachte allerdings nicht an eine Konsolidierung des Haushalts, sondern hatte längst die militärische Expansion im Blick. Die Kriegsvorbereitungen liefen auf Hochtouren, als Folge brach die Produktion im zivilen Sektor drastisch ein.²⁶³ Es herrschte nun eine (kriegsbedingte) Vollbeschäftigung, wobei die Löhne und die Kaufkraft stiegen. Die Nachfrage nach Krediten ging dadurch allgemein zurück. Kleinkredite für den Privatkonsum waren noch weniger nachgefragt, da die Nationalsozialisten die Kaufkraft für Kriegszwecke abschöpften. Hitler versprach erst für die Zeit nach dem „Endsieg“ eine Rückkehr zur Konsumgesellschaft. Die Zäsur des Jahres 1938 lässt sich auch an den Quellen ablesen: Ab diesem Jahr sind keine Zeitungsberichte mehr zu finden, die über die Tätigkeit der SCHUFA oder über die Zahl der Karteikarten und Auskünfte berichteten. Vermutlich lag das daran, dass die SCHUFA keine Geschäftsberichte mehr publizierte.

5.1 Bestandsverwaltung

Somit ist über die Geschäftsentwicklung zwischen 1938 und 1945 der Berliner SCHUFA kaum etwas bekannt. Es ist jedoch naheliegend, dass sie parallel zur SCHUFA Hamburg zwar den Bestand an Karteikarten weiter erhöhen konnte, jedoch kaum noch Auskünfte erteilte. Damit verlor sie die Grundlage ihrer Eigenfinanzierung. Zu den wenigen „Splintern“ der Überlieferung gehört ein Schreiben des Amtsgerichts in Trebbin, einer Kleinstadt südlich von Berlin, vom Januar 1939. Demnach genehmigte



Abbildung 11: Schreiben an die SCHUFA mit Hakenkreuz-Stempel, SCHUFA Infothek, Geschäftsstelle des Amtsgerichts Trebbin an SCHUFA Berlin, 26.01.1939.

²⁶³ Vgl. Tooze, Adam: The Wages of Destruction. The Making & Breaking of the Nazi Economy, New York 2007, S. 285–293.

der Amtsgerichtspräsident die Weitergabe der Schuldenregister an die SCHUFA. Dadurch wissen wir, dass die Sammlung von Daten wie gehabt weiterging. Informationen über den Umfang der Auskünfte lassen sich daraus aber nicht ableiten.²⁶⁴

In dieser Zeit bemühten sich Lütke und Stappen, den Bestand der SCHUFA, vor allem das wertvolle Karteikartenarchiv, so gut wie möglich zu bewahren. Kaminsky, der als Einziger noch über die Kompetenzen der Gründergeneration verfügte, hielt sich seit Kriegsbeginn überwiegend im Ruhrgebiet auf und kam nur noch für wenige Tage nach Berlin. Ab 1943 trat er zudem seinen Dienst bei der Wehrmacht an, sodass er der SCHUFA überhaupt nicht mehr zur Verfügung stand.

Lütkes Tätigkeit bestand hauptsächlich darin, die Kosten für das noch bestehende Personal, die Räumlichkeiten und den Erhalt der technischen Anlagen sicherzustellen. Ab 1943 kam die Diskussion auf, die nun nicht mehr genutzten Büroräume an andere Unternehmen zu vermieten: „Die Anbahnungen zerschlugen sich jedoch im Hinblick auf die Sicherheit des Schufaarchivs, die ich, soweit es menschlich möglich ist, gewahrt wissen wollte“,²⁶⁵ so Lütke. Da die Einnahmen durch die Erteilung von Auskünften wegfielen, hielt die Bewag den stark reduzierten Betrieb der SCHUFA durch „Stützungsbeiträge“²⁶⁶ aufrecht. Wie viele Personen zu diesem Zeitpunkt noch angestellt waren, ist nicht bekannt. Als 1944 ein Luftangriff die Hauptverwaltung der Bewag beschädigte, bot Lütke die Unterbringung der dort Beschäftigten in den Büroräumen der SCHUFA an.²⁶⁷

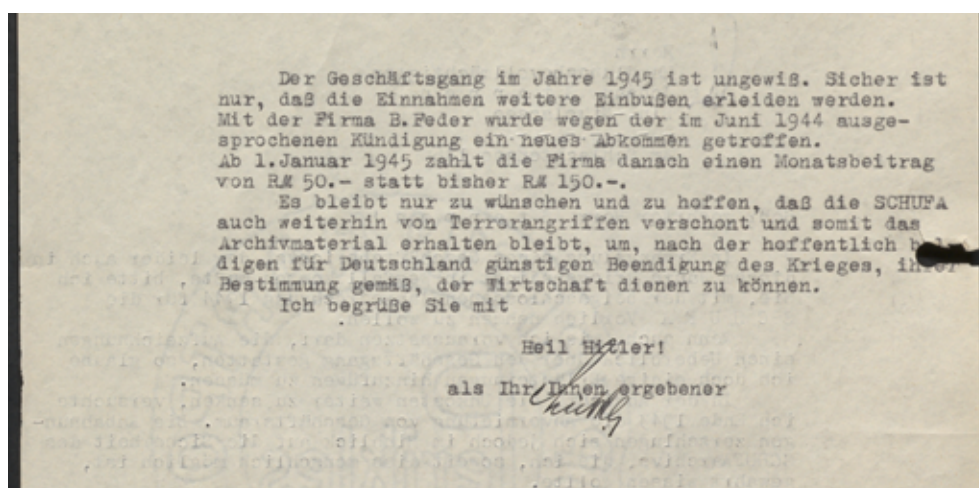


Abbildung 12: Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 08799, Lütke an Stappen, 31. Januar 1945.

5.2 Kriegsfolgen

Ab 1942 war der Krieg immer stärker in der Hauptstadt zu spüren, da es nun regelmäßig zu Bombardierungen durch die britische und amerikanische Luftwaffe kam. „Es bleibt nur zu wünschen und zu hoffen, daß die SCHUFA auch weiterhin von Terrorangriffen verschont und somit das Archivmaterial erhalten bleibt, um, nach der hoffentlich baldigen für Deutschland günstigen Beendigung des Krieges, ihrer Bestimmung gemäß, der Wirtschaft dienen zu können“,²⁶⁸ schrieb Lütke noch am 31. Januar 1945. Nur wenige Tage später trat am 5. Februar der von der SCHUFA befürchtete Fall ein: Ein Bombentreffer zerstörte das Gebäude in der Oranienstraße 70 (dorthin war die SCHUFA 1938 umgezogen) vollständig und das wertvolle Karteikartenarchiv brannte komplett aus. Auch die technischen Anlagen und die meisten Akten waren dadurch unwiederbringlich verloren. Die „alte“ SCHUFA existierte nicht mehr.

²⁶⁴ Vgl. SCHUFA Infothek: Geschäftsstelle des Amtsgerichts Trebbin an SCHUFA Berlin, 26.01.1939.

²⁶⁵ Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 08799, Lütke an Stappen, 31.01.1945.

²⁶⁶ Ebd.

²⁶⁷ Vgl. ebd.

²⁶⁸ Ebd.

6 Das Schicksal jüdischer Führungskräfte

Der Antisemitismus gehörte zum ideologischen Kern des Parteiprogramms der NSDAP. Hitler markierte seit Beginn seiner politischen Karriere die Juden als Feindbild. Unmittelbar nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten richtete sich die Verfolgung zunächst gegen politische Gegner, vor allem gegen Anhänger der SPD und der KPD und ihrer Organisationen. Doch bereits im April 1933 traf eine Welle der Repression und des Terrors die Juden. In diesem ersten Jahr nationalsozialistischer Herrschaft begann auch die erste Fluchtwelle ins Ausland: Von den insgesamt etwa 525.000 in Deutschland lebenden Menschen jüdischen Glaubens verließen 37.000 das Land. Bis 1937 folgten weitere 92.000 Menschen. Die allermeisten Juden blieben jedoch in der Hoffnung, „dem Unwetter in Deutschland zu trotzen“.²⁶⁹

6.1 Dr. Robert Kauffmann

Dr. Robert Kauffmann und seine Familie flohen am 30. März 1933 aus Deutschland. Die Flucht verlief „schwarz“²⁷⁰ und damit ohne offizielle Ausreiseerlaubnis, da Kauffmann nach den vielen Drohungen die Beschlagnahmung seines Vermögens befürchtete. Die Familie engagierte auf Empfehlung einen Spediteur, der „infolge seiner Beziehungen zur Partei“ das Hab und Gut der Kauffmanns „ohne Genehmigung“²⁷¹ aus dem Land schaffen sollte. Dieser nutzte aber ihre Notlage aus, um den Preis nach oben zu treiben und Teile des wertvollen Hausrats (Silber) für sich zu behalten. Die Nationalsozialisten beschlagnahmten auch den Großteil der von der Bewag bereitgestellten Abfindungssumme von 200.000 RM. Kauffmann konnte lediglich die erste Rate in Höhe von 79.000 RM ins Ausland retten.²⁷² Wie viele andere jüdische Familien verloren die wohlhabenden Kauffmanns während der Flucht einen großen

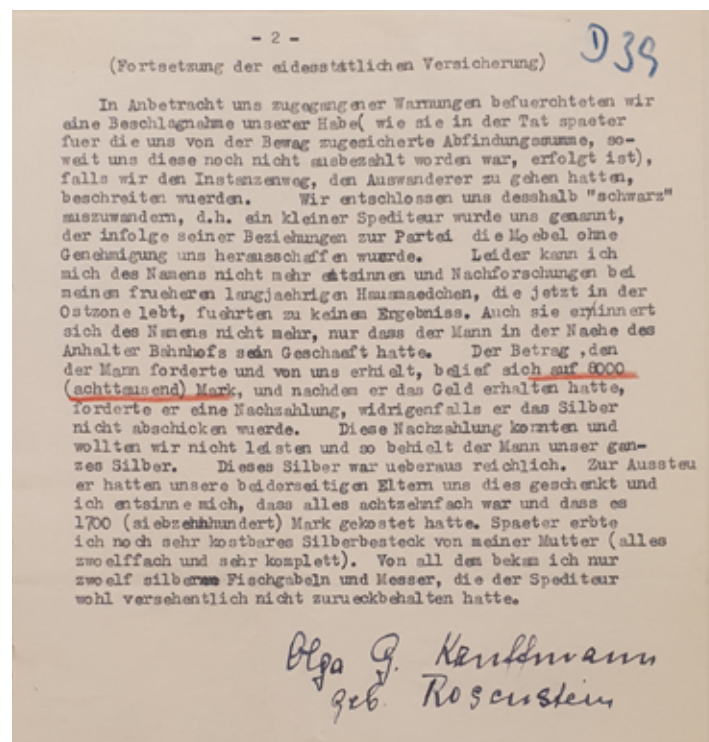


Abbildung 13: Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Eidesstattliche Aussage Olga Kauffmann.

²⁶⁹ Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939.

Die Jahre der Vernichtung 1939–1945, München 2017, S. 75.

²⁷⁰ Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Eidesstattliche Aussage Olga Kauffmann.

²⁷¹ Ebd.

²⁷² Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Lebenslauf Robert Kauffmann.

Teil ihres Vermögens. Um vom „ersten Chock [sic!] der Ereignisse wegzukommen und unsere Zukunft zu planen“²⁷³, gingen sie zunächst in die Schweiz. Später kamen sie bei Verwandten Olga Kauffmanns in Paris unter.²⁷⁴ Im Oktober 1934 folgte der Umzug nach Großbritannien, wo Robert Kauffmann ab 1936 im bescheidenen Umfang wieder berufstätig werden konnte. Er übernahm die kaufmännische Leitung eines kleinen Betriebs für elektrische Heizkissen, verlor diese Stelle aber nach Kriegsausbruch im September 1939 wieder.²⁷⁵

Von Großbritannien aus hielt Kauffmann weiter Kontakt zu liberalen Widerstandsgruppen gegen Hitler. So vermittelte er der sogenannten Robinsohn-Strassmann-Gruppe Kontakte zur britischen Regierung.²⁷⁶ Offensichtlich stand er aber auch in London unter Beobachtung der Nationalsozialisten. Das 1939 gegründete Reichssicherheitshauptamt (RSHA) der SS führte ihn als politischen Gegner und Juden in seiner Datenbank. Dort war vermerkt, dass Kauffmann wirtschaftlich „keinerlei Erfolge erzielte,“²⁷⁷ wobei das RSHA offenbar nur über lückenhafte Informationen über ihn verfügte.

Ein beruflicher Neustart gelang Robert Kauffmann in London nicht mehr. Kurz nachdem er die erste Prüfung zum „Certified Accountant“ erfolgreich abgelegt hatte, starb er am 12. März 1942 an den Folgen eines Verkehrsunfalls. Im nördlichen Stadtteil Finchley erfasste ihn ein Bus der öffentlichen Verkehrsbetriebe, dabei zog er sich eine tödliche Schädelfraktur zu.²⁷⁸

6.2 Dr. Walter Gerhard Meyer

Nach den Einschüchterungen durch die Nationalsozialisten und seiner Entlassung aus der Bewag floh Dr. Walter Gerhard Meyer zusammen mit seiner 60-jährigen Mutter und seiner Ehefrau Else (geb. Oeser) am 15. Juli 1933 aus Deutschland.²⁷⁹ Sein Weg führte ihn von Berlin nach Brüssel und dann über Genua nach Buenos Aires in Argentinien.²⁸⁰ Um ausreisen zu dürfen, musste er die „Reichsfluchtsteuer“ in Höhe von 15.000 RM entrichten.²⁸¹ Diese Sondersteuer gab es bereits seit 1931, sie sollte während der Weltwirtschaftskrise die Kapitalflucht aus Deutschland eindämmen. Die Nationalsozialisten wandelten das Gesetz in ihrem Sinne um und nutzten es als Instrument zur Ausplünderung „rassisch“ oder politisch verfolgter Personen.²⁸²

Im Gegensatz zu Kauffmann gelang es Dr. Walter Gerhard Meyer besser, im Ausland an seine frühere Karriere anzuknüpfen. Vom 15. Juli 1933 an war er bei der Compañía Argentina de Electricidad in Buenos Aires angestellt.²⁸³ Sein schneller Einstieg hing vermutlich damit zusammen, dass das 1896 gegründete Unternehmen eine Tochtergesellschaft der deutschen AEG²⁸⁴ war. Zu ihr hatte Dr. Walter Gerhard Meyer aufgrund seiner Position in der Bewag vermutlich gute Kontakte. Dort verdiente er 1939 69.456 argentinische Pesos (ARS) und bei seinem Austritt 1959 160.636 ARS.²⁸⁵ In Argentinien passte er seinen Vornamen der spanischen

²⁷³ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Eidesstattliche Aussage Olga Kauffmann.

²⁷⁴ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Lebenslauf Robert Kauffmann.

²⁷⁵ Vgl. ebd.

²⁷⁶ Vgl. Sassin, Horst R.: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942, Hamburg 1993, S. 190.

²⁷⁷ Bundesarchiv, BArch R 58/9637: Karteikarte des Reichssicherheitshauptamts über Robert Kauffmann (geb. 09.01.1882).

²⁷⁸ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Certified copy of an entry of death. Given at the general register office, 23.06.1947.

²⁷⁹ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 61.609: Entschädigungsakte Dr. Walter Gerhard Meyer, Anwalt Karl-Heinz Hintz an Entschädigungsbehörde, 06.04.1959.

²⁸⁰ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 61.609: Entschädigungsakte Dr. Walter Gerhard Meyer, Eidesstattliche Erklärung W. G. Meyer, 21.02.1959.

²⁸¹ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 61.609: Entschädigungsakte Dr. Walter Gerhard Meyer (geb. 29.03.1902), Eidesstattliche Erklärung Gualterio G. Meyer, 21.02.1952.

²⁸² Vgl. Stiefel, Dieter: Economics of Discrimination, in: Ders. (Hrsg.): Die politische Ökonomie des Holocaust.

Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“, München 2001, S. 9–29, hier S. 11–12.

²⁸³ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 61.609: Entschädigungsakte Dr. Walter Gerhard Meyer (geb. 29.03.1902), Auskunft Compañía Argentina de Electricidad, 24.06.1959.

²⁸⁴ Sie hieß auch bis 1936 Compañía Alemana Transatlántica de Electricidad (CATE).

²⁸⁵ Aufgrund der häufigen Abwertung des argentinischen Peso ist eine Einschätzung der Kaufkraft schwierig. So verlor die Währung zwischen 1948 und 1951 jährlich zwischen 17 und 46 Prozent an Wert gegenüber dem US-Dollar. Zumindest lässt sich sagen, dass W. G. Meyers Einkommen deutlich über dem Durchschnitt eines gewöhnlichen argentinischen Angestellten lag.

Schreibweise an und hieß fortan Gualterio Gerardo Meyer. Ab 1953 war er außerdem als Präsident und Direktor des Guts „Fortin Viejo S. A.“ der landwirtschaftlichen Genossenschaft Soc. Agrícola Ganadera e Industrial tätig.²⁸⁶ Über sein Leben in Argentinien lässt sich ohne den Zugriff auf dortige Quellen nicht viel berichten. Seine Mutter Elena starb am 22. Februar 1953 in Buenos Aires.²⁸⁷ Es ist davon auszugehen, dass er in wirtschaftlich gut geordneten Verhältnissen lebte, da er regelmäßige Auslandsreisen unternahm. Im November 1966 reiste er über längere Zeit durch Europa und nutzte dann auch seinen ursprünglichen Namen Walter Gerhard.²⁸⁸ Offenbar hatte er eine Tochter namens Lina Soledad Meyer,²⁸⁹ über die keine weiteren Informationen zu finden waren. Wie das Verhältnis zu seinem in Köln lebenden Bruder Kurt Meyer zu diesem Zeitpunkt war, ist nicht bekannt. Nachweisbare Kontakte zur SCHUFA in der Bundesrepublik hatte Walter Gerhard Meyer keine. Er starb im hohen Alter von 101 Jahren am 30. November 2003 in Wien.²⁹⁰

6.3 Dr. Kurt Meyer

Dr. Kurt Meyer floh am 16. Juni 1937 aus Deutschland und damit sehr viel später als Kauffmann und auch als sein Bruder Walter Gerhard. Grundsätzlich gilt, je später der Zeitpunkt der Flucht, umso umständlicher und mitunter gefährlicher war sie. So musste Kurt Meyer auch eine (anteilig) erhöhte „Reichsfluchtsteuer“ bezahlen. Von seinem Gesamtvermögen von 16.818 RM musste er ein Viertel (4.204 RM) abgeben.²⁹¹ Er entschied sich zunächst, wie sein Mentor Kauffmann, nach London zu fliehen. Dort wohnte er im Stadtviertel Belsize Park. Am 3. November 1937 entzog ihm das Reichsjustizministerium die Zulassung als Anwalt, da er seinen „Wohnsitz in Berlin aufgegeben“²⁹² habe. Dies war eine reine Formalität, seine Anwaltspraxis hatte er bereits 1933 schließen müssen. In London begann Kurt Meyer eine Tätigkeit bei der Firma „Recno Ltd.“, die ein deutsches Verfahren zur Behandlung von Filmen nutzte.

Nach Kriegsausbruch im September 1939 erklärte die britische Regierung alle deutschen Patente für unwirksam, somit verlor auch Kurt Meyer seine Anstellung.²⁹³ Obwohl er als Jude in Deutschland verfolgt worden war, drohte ihm nun, als „feindlichem Ausländer“, die Internierung in Großbritannien.²⁹⁴ Seine Mutter, die inzwischen die argentinische Staatsbürgerschaft besaß, ermöglichte ihm und seiner Frau im Herbst 1939 die Einreise nach Argentinien, wo die beiden 1940 eintrafen.²⁹⁵ Zwischen 1941 und 1944 arbeitete Kurt Meyer als Verwalter bei derselben landwirtschaftlichen Genossenschaft, in der sein Bruder Walter Gerhard später Direktor werden sollte. Die Genossenschaft stand in enger Verbindung zur Compañía Argentina de Electricidad.²⁹⁶ Kurt Meyer war zunächst in der Zentrale in Buenos Aires und dann als Verwalter einer Schaffarm in Patagonien tätig. 1944 kehrte er in die Hauptstadt zurück und arbeitete dort als selbstständiger Kaufmann mit einem Jahreseinkommen von 6.900 ARS.²⁹⁷ 1952 beantragte er von Argentinien aus seine Wiedereinzulassung als Anwalt in Berlin, die er 1953 erhielt.²⁹⁸

²⁸⁶ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 61.609: Entschädigungsakte Dr. Walter Gerhard Meyer (geb. 29.03.1902), 1959.

²⁸⁷ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 61.609: Entschädigungsakte Dr. Walter Gerhard Meyer (geb. 29.03.1902), 1959.

²⁸⁸ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 61.609: Entschädigungsakte Dr. Walter Gerhard Meyer (geb. 29.03.1902), Rechtsanwalt Karl-Heinz Hintz an Entschädigungsamt Berlin, 31.08.1966.

²⁸⁹ Vgl. Ancestry: Link: <https://www.ancestry.de/sharing/49598595?mark=7b22746f6b656e223a225a4153716d4b556a756c4770366b634463574a2b4644536c697173494d6b4f6d6c664b6f446f756f7030513d222c22746f6b656e5f76657273696f6e223a225632227d>

²⁹⁰ Das Geburtsdatum und der Name des Grabes stimmen mit den Daten von Walter Gerhard Meyer überein. Allerdings darf die Wiener Friedhofsverwaltung ohne Zustimmung der Familie keine weiteren Informationen über die Person herausgeben. Somit ist eine zweifelsfreie Identifizierung des Todesdatums ohne Zugang zu Beständen aus Argentinien nicht möglich.

²⁹¹ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677 Entschädigungsakte Dr. Kurt Meyer (04.09.1894), Reichsfluchtsteuerbescheid des Finanzamts Charlottenburg-West, 22.04.1937.

²⁹² Ebd.

²⁹³ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677 Entschädigungsakte Dr. Kurt Meyer (04.09.1894), Rechtsanwalt Walter Schwarz an die Entschädigungsbehörde Berlin, 19.05.1953, S. 3.

²⁹⁴ Vgl. Ladwig-Winters, Simone (Hrsg.): Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin 2022, S. 349.

²⁹⁵ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Entschädigungsakte Dr. Kurt Meyer, Eidesstattliche Aussage Dr. Kurt Meyer, S. 2.

²⁹⁶ Beide Unternehmen waren an der gleichen Adresse gemeldet: Balcarce 184, Buenos Aires.

²⁹⁷ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Entschädigungsakte Dr. Kurt Meyer, Eidesstattliche Aussage Dr. Kurt Meyer, S. 2.

²⁹⁸ Vgl. Ladwig-Winters, Simone (Hrsg.): Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin 2022, S. 349.

6.4 Siegfried Katz

Im Gegensatz zu seinen Kollegen aus dem Verwaltungsausschuss floh Katz nicht aus Deutschland, sondern bemühte sich, als ausgezeichnete Frontkämpfer seine Zulassung als Rechtsanwalt nach dem April 1933 zurückzuerhalten.²⁹⁹ Obwohl das Verfahren langwierig und mitunter auch demütigend war, erhielt Katz seine Zulassung tatsächlich zurück.³⁰⁰ Nach Inkrafttreten der „Nürnberger Gesetze“ verlor er 1935 seine Zulassung als Notar. Seine Bemühungen, diese zurückzuerlangen, scheiterten 1936. Er praktizierte zuletzt als Rechtsanwalt in seiner Privatwohnung, bis 1938 ein umfassendes Berufsverbot für Juden jegliche Tätigkeit unmöglich machte. Katz gelang es nicht mehr, rechtzeitig aus dem Reich zu fliehen. Am 26. Oktober 1942 wurde er mit anderen jüdischen Frauen, Männern und Kindern von den Nazis nach Riga deportiert und dort kurz nach der Ankunft ermordet.³⁰¹

6.5 Ernst Leipziger

Ernst Leipziger floh nach der ersten Terrorwelle gegen Juden am 1. April 1933 von Berlin nach Italien.³⁰² 1934 lebte er in Paris. Er vernetzte sich dort mit anderen jüdischen Exilanten und geriet deswegen ins Fadenkreuz der Gestapo: „Einige jüdische Großschieber betreiben hier die unverschämteste Hetzpropaganda“ und würden „ausnahmslos wegen gemeiner Delikte von unseren Behörden gesucht werden, also selbst abgesehen vom politischen Standpunkte unschädlich gemacht werden“, ³⁰³ heißt es etwa in einem als „streng vertraulich“ gekennzeichneten Schreiben des Innenministeriums an das deutsche Generalkonsulat in Paris. Leipziger lebte gemeinsam mit dem Bankier Stefan Jakobowitz (geb. 1886), Oskar Steinberg (geb. 1888) und Alexander Markiewitz (geb. 1894) in einem Appartement in der Nähe des Arc de Triomphe (22 Rue Beaujon). „Alle diese Leute sind durch herausgeschobene Kapitalien in guten Verhältnissen, haben nebstbei elegante Bureaux etc. und schaden Deutschland ungeheuer“, so das deutsche Innenministerium. Ob Leipziger sich von der Gestapo bedroht fühlte und deshalb Frankreich verließ, ist nicht bekannt. 1936 wohnte er in der Schweiz, wanderte am 30. September 1936 nach New York aus und stellte dort einen Antrag auf Einbürgerung. In den USA ließ er seinen Namen zu Ernest Adolf Lester ändern.³⁰⁴ Ab da verliert sich seine Spur. Ein Todesdatum ist nicht bekannt.

6.6 Leon Zeitlin

Zeitlin war gemeinsam mit Kauffmann am stärksten am politischen Widerstand gegen die Nationalsozialisten beteiligt. Entsprechend hart gingen die Nationalsozialisten gegen ihn vor. Im April 1933 ließen sie Zeitlins Berliner Büro mit dem gesamten Inventar beschlagnahmen.³⁰⁵ Zeitlin plante zunächst keine Flucht, verließ Berlin dann aber gemeinsam mit seiner Ehefrau im August 1933. Die NS-Behörden verhängten daraufhin gegen Zeitlin die „Reichsfluchtsteuer“ und beschlagnahmten außerdem seine Sechszimmerwohnung in Berlin-Charlottenburg sowie sämtliche dort befindlichen Kunstwerke, Bücher und andere Wertgegenstände.³⁰⁶

Dennoch kehrte Zeitlin für kurze Zeit zurück und war sogar in den Wirtschaftsverbänden, wie dem Reichswirtschaftsrat, tätig. Dort versuchte er, sich für jüdische Geschäftsinhaber, aber auch für nichtjüdische Kollegen, die ins Visier des NS-Regimes geraten waren, einzusetzen. Dazu schrieb er: „Meines Bleibens in Deutschland war nicht mehr lange. Ich wurde am Betreten meines

²⁹⁹ Vgl. Bundesarchiv, BArch R 3001/62713: Personalakte Justizministerium Siegfried Katz (geb. 12.08.1887).

³⁰⁰ Vgl. Ladwig-Winters, Simone (Hrsg.): Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin 2022, S. 286.

³⁰¹ Vgl. ebd.

³⁰² Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv, 36A (II) 21719: Leipziger, Ernst (geb.02.04.1889), Berliner Städtische Wasserwerke an Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg, 16.05.1942.

³⁰³ Bundesarchiv, BArch R 1501/125720a, Bl 404, Innenministerium an Generalkonsulat in Paris, März 1934.

³⁰⁴ Vgl. Einbürgerungsantrag für die USA von Ernst Leipziger (geb.02.04.1889), in: Ancestry.

³⁰⁵ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 51.509: Entschädigungsakte Dr. Leon Zeitlin (geb. 23.02.1876), Zeitlin an das Entschädigungsamt, 14.11.1957.

³⁰⁶ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 51.509: Entschädigungsakte Dr. Leon Zeitlin (geb. 23.02.1876), Eidesstattliche Erklärung Dr. Leon Zeitlin, 10.11.1951.

Büros [gehindert, Ergänzung MW], und man versuchte mich der Annahme einer Abfindung zuzustimmen, die im Hinblick auf meine 25jährige Tätigkeit bei den mir anvertrauten Verbänden geradezu lächerlich war."³⁰⁷ Im September 1933 nahm er schließlich die Abfindungssumme von 1.500 RM an und wanderte nach London aus. Dort war er als Publizist und Schriftsteller und von 1941 bis 1952 auch als Berater des Institute of Export tätig.³⁰⁸ Zeitlin starb am 21. Juni 1967 in London an einer Überdosis des Schlafmittels Veronal.³⁰⁹

³⁰⁷ Leo Baeck Institute Archives, New York, AR 4128, 1/6, Leon Zeitlin Collection, Autobiographical materials 1954–1968, Erinnerungen Leo Zeitlin, S. 5 [S. 14].

³⁰⁸ Vgl. Akten der Reichskanzlei online, Link: https://apps.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0011/adr/adrsz/kap1_7/para2_20.html.

³⁰⁹ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 53.766: Entschädigungsakte Dr. Leon Zeitlin (geb. 23.02.1876), Certified copy of an entry of death, 01.07.1967.

7 Neubeginn und Kontinuitäten (ab 1945)

Infolge des Zweiten Weltkriegs verlor die deutsche Bevölkerung nach 1945 erneut einen Großteil ihres Sparvermögens. Die von den Nationalsozialisten für die Zeit nach einem angeblichen „Endsieg“ gemachten Konsumversprechen wurden nicht eingelöst, stattdessen lag das Land in Trümmern. Mit der Währungsreform von 1948 und der Einführung der D-Mark löste sich zudem der während der Kriegszeit in Reichsmark angehäuften Kaufkraftüberhang in Luft auf. Vor diesem Hintergrund stieg im Zuge des Wiederaufbaus das Bedürfnis nach Konsumkrediten deutlich an, da viele Haushalte dringend notwendige Anschaffungen tätigen wollten, jedoch nicht über ausreichende liquide Mittel verfügten. Parallel dazu begann der Wiederaufbau der SCHUFA-Organisationen, allerdings nicht über eine zentrale Berliner Stelle, sondern auf lokaler Ebene. Dies war auch der Teilung Deutschlands in Besatzungszonen geschuldet. Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), aus der später die DDR hervorgehen sollte, war dabei nicht an der Wiederherstellung der SCHUFA beteiligt.

Als Erste nahm 1948 unter der Leitung von Paul Wilkes die Dortmunder SCHUFA ihre Arbeit wieder auf. Ein Jahr später folgte die SCHUFA Hamburg; 1950 wurden weitere Stellen in Hannover und Düsseldorf gegründet. Der Wiederaufbau der SCHUFA in Berlin erfolgte aufgrund der besonderen politischen Situation der geteilten Hauptstadt erst 1951. Entsprechend siedelte sich die 1952 neu gegründete Bundes-SCHUFA nicht mehr in Berlin an, sondern zunächst in Hannover und später in Wiesbaden. Ein wesentlicher Unterschied zu den Vorkriegsstrukturen bestand darin, dass sich die neuen SCHUFA-Organisationen nicht mehr auf einzelne Städte beschränkten, sondern schrittweise das gesamte Bundesgebiet abdeckten.³¹⁰

7.1 Rückkehr von Dr. Kurt Meyer

Dr. Kurt Meyer, der Begründer der SCHUFA-Idee, spielte auch beim Wiederaufbau der Institution eine entscheidende Rolle. Am 26. Januar 1955 verlegte er seinen dauerhaften Wohnsitz nach Deutschland³¹¹ und nahm im April desselben Jahres die Tätigkeit für die SCHUFA in Köln wieder auf. Erst ab dem 31. Dezember 1955 verdiente er genug Geld, um nicht mehr vom Unterstützungsfonds der Entschädigungsbehörde abhängig zu sein.³¹² Er „unterstützte von Köln aus den Aufbau der SCHUFA über das ganze Bundesgebiet“, ³¹³ wie Stefan Kaminsky in seiner Chronik zum 50-jährigen Jubiläum der SCHUFA festhielt.

Meyer nahm am 27. April 1955 erstmals an einer Sitzung der Bundes-SCHUFA in Hannover teil. Er brachte sich sofort aktiv in die Gestaltung der neu geschaffenen Organisation ein und schlug etwa die Änderung der Vereinssatzung vor: „Er [Kurt Meyer, Anmerkung MW] begründet seinen Vorschlag damit, daß in den Bestimmungen über den Zweck des Vereins betont werden müsse, daß die SCHUFA-Gesellschaften nicht nur als Gemeinschaftseinrichtungen der Kreditgebenden Wirtschaft, sondern in gleicher Weise auch dem Schutze der Kreditnehmer dienen sollten.“³¹⁴ Allerdings verlor der mittlerweile über 60 Jahre alte Meyer in der folgenden Zeit an Tatkraft und konnte nicht mehr wie früher an der Gestaltung der SCHUFA mitarbeiten. Vermutlich hatten die Strapazen durch Verfolgung und Flucht dazu beigetragen, dass sein schlechter Gesundheitszustand nach 1958 ihn dazu zwang, seine Tätigkeit bei der SCHUFA Köln um die Hälfte zu reduzieren. Dabei verlor er auch die Hälfte seines Gehalts, das von 1.150 DM auf 700 DM im Monat zurückging.³¹⁵

Vorstand und Geschäftsführung der Bundes-SCHUFA wussten Meyers Pionierstatus zu schätzen und fragten in den folgenden Jahren immer wieder nach seinen Erfahrungen „aus der Zeit der ‚Reichs-SCHUFA‘.“³¹⁶ Meyer gelang es nach seiner Rückkehr

³¹⁰ Vgl. Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-SCHUFA (Hrsg.), Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre SCHUFA. Wiesbaden 1977, S. 67–77, hier S. S. 74.

³¹¹ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Lebenslauf Kurt Meyer.

³¹² Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Bescheid des Entschädigungsamts Berlin, 20.08.1959, S. 2.

³¹³ Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-SCHUFA (Hrsg.), Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre SCHUFA. Wiesbaden 1977, S. 67–77, hier S. S. 74.

³¹⁴ SCHUFA Archiv, Protokoll der Sitzung der Bundes-SCHUFA vom 27.04.1955.

³¹⁵ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Entschädigungsakte Dr. Kurt Meyer, Vereinbarung zwischen SCHUFA Köln und Kurt Meyer, 15.12.1958.

³¹⁶ SCHUFA Archiv, Protokoll über die Arbeitstagung der Geschäftsführung am 13./14.03.1961.



Abbildung 14: Foto Kurt Meyer, in: Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-SCHUFA (Hrsg.), Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre SCHUFA. Wiesbaden 1977, 67–77, hier S. 73.

nach Deutschland nicht mehr, den 1937 erlittenen Vermögensverlust zu kompensieren. Wie viele der von den Nationalsozialisten verfolgten Opfer führte er ein langwieriges und kompliziertes Entschädigungsverfahren. Schließlich war es die SCHUFA, die Meyer 1967 nach der „Kenntnisnahme seiner finanziellen Situation“³¹⁷ Hilfe zusicherte. Der SCHUFA-Vorstand beschloss, Meyer, der am 1. Januar 1968 seinen endgültigen Ruhestand antrat, bis an sein Lebensende einen „Ehrensold“ in Höhe von 500 DM pro Monat zu zahlen:

*Dieser Ehrensold soll ausdrücklich für das Wirken von Herrn Meyer seit Gründung der SCHUFA im Jahr 1927 gezahlt werden, nicht für seine Tätigkeit seit 1955 in der SCHUFA-Organisation. Es sei außerdem klarzustellen, daß es sich bei dieser vorgeschlagenen Zahlung an Herrn Dr. Meyer um einen absoluten Einzelfall handele und daß für keine weitere Person innerhalb der SCHUFA diese Regelung in Frage käme.*³¹⁸

In seinem Ruhestand zog Kurt Meyer in die Schweiz. Er lebte ab dem 5. Mai 1973 in Ascona,³¹⁹ wo er am 21. September 1980 starb.³²⁰

7.2 Walter Kaminsky

Zusammen mit Kurt Meyer gehörte Kaminsky zu den prominentesten Vertretern der „alten SCHUFA“, die am Wiederaufbau der Organisation nach dem Krieg mitwirkten. So war er Vorsitzender des Beirats der SCHUFA Düsseldorf und als solcher auch Vertreter im Beirat der Bundes-SCHUFA.³²¹ Seine Haupttätigkeit ab 1951 blieb jedoch der Wiederaufbau der Kundenkreditbank Düsseldorf. 1957 verschmolz sie mit der Berliner Kundenkreditbank, wodurch eines der größten Institute dieser Art in der Bundesrepublik entstand. Die Teilzahlungskredite trugen erheblich zum „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit bei und belebten vor allem

³¹⁷ SCHUFA Archiv, Protokoll und Ergebnisbericht der Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA am 10.10.1967 in München.

³¹⁸ Ebd.

³¹⁹ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Entschädigungsakte Dr. Kurt Meyer, Rentenakte Dr. Kurt Meyer, 05.02.1973.

³²⁰ Vgl. Entschädigungsbehörde Berlin, 60.677: Entschädigungsakte Dr. Kurt Meyer, Mitteilung an die Entschädigungsbehörde, 17.10.1980.

³²¹ Vgl. SCHUFA Archiv, Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA, 20.07.1952.



Abbildung 15: Foto Walter Kaminsky, Archiv für Zeitgeschichte Zürich, NL Grob-Herms, Kaminsky.

das Konsumgeschäft.³²² Kaminsky selbst trat dabei betont bescheiden auf, indem er sich stets als „Einzelhändler“ bezeichnete. Zudem betätigte er sich als Förderer von Musikern und Künstlern.³²³ In einem 1975 verfassten Nachruf auf Kaminsky heißt es, er sei „der erfahrenste und erfolgreichste Promotor des Kundenkredits in der Bundesrepublik“³²⁴ gewesen. Zu den Nachfolgeinstitutionen der von Kaminsky begründeten Kundenkreditbank gehört die heutige Targobank.³²⁵

Kaminsky hatte keine belastete NS-Vergangenheit, sondern gehörte zu denjenigen, die sich den Nationalsozialisten entgegengestellt und dadurch Nachteile erlitten hatten. Dennoch wird das Thema weder in privaten noch in den offiziellen Quellen der Nachkriegszeit (mit Ausnahme im Entnazifizierungsverfahren) aufgegriffen. In seinen (leider nur fragmentarisch überlieferten) persönlichen Lebenserinnerungen schildert er vor allem die Härten der unmittelbaren Nachkriegszeit: seine Flucht aus Berlin im Jahr 1945, den Mangel an Lebensmitteln oder die Teilung Deutschlands. Dazu schrieb er nur sehr allgemein, „wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Menschheit eines Tages doch aus ihren permanenten Fehlern lernt und endlich mal der Verrücktheit mit Vernunft und nicht mit neuen Verrücktheiten entgegentritt“.³²⁶ Walter Kaminskys Sohn Stefan trat später in die Fußstapfen seines Vaters, auch sein Leben war eng verbunden mit der Geschichte der SCHUFA. So verfasste er den historischen Teil zur Jubiläumsschrift zum 50-jährigen Bestehen der SCHUFA im Jahr 1977.³²⁷

³²² Vgl. Horvath, Peter: Die Teilzahlungskredite als Begleiterscheinung des westdeutschen „Wirtschaftswunders“ (1948–1960), in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte / Journal of Business History 37 (1992), S. 19–55.

³²³ Vgl. Archiv für Zeitgeschichte Zürich, NL Grob-Herms 27, Kaminsky, Das Porträt Walter Kaminsky, 31.01.1959.

³²⁴ Nachruf Walter Kaminsky (1975), in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 28 (16), S. 116.

³²⁵ Vgl. Link: <https://www.targobank.de/de/ueber-uns/geschichte/index.html>.

³²⁶ Archiv für Zeitgeschichte Zürich, NL Grob-Herms 27, Kaminsky, Ganz Persönliches. 1945 bis 1948.

³²⁷ Vgl. Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-SCHUFA (Hrsg.): Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre SCHUFA, Wiesbaden 1977, S. 67–77, hier S. 70.

8 Verschwiegene Vergangenheit?

Die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus war in der Bundesrepublik bis weit in die 1980er-Jahre problematisch. Lange herrschte die Vorstellung, dass die Verantwortlichen – die Machtelite um Hitler – entweder verstorben oder abgeurteilt worden seien. Die Erklärung, „man habe von nichts gewusst“, war allgegenwärtig. Die Entnazifizierungsverfahren nach 1945 endeten sehr häufig mit der Einordnung als „Mitläufer“ – und schnell kam die Forderung nach einem „Schlussstrich“ auf. Es dauerte bis in die 1980er-Jahre, als mit dem Generationenwechsel langsam die Tabus wegfielen, die mit der Zeit zwischen 1933 und 1945 verbunden waren. Der Völkermord an den europäischen Juden etablierte sich von da an zum wichtigen Orientierungspunkt deutscher Erinnerungskultur.³²⁸ Dennoch vergingen weitere Jahrzehnte bis in die jüngste Zeit, ehe die Aufarbeitung – neben den bekannten Großkonzernen – auch die allgemeine Unternehmensgeschichte umfasste. Dies lässt sich auch am Umgang der SCHUFA mit ihrer Geschichte beispielhaft ablesen.

8.1 Rekonstruktion der Geschichte

Während des Wiederaufbaus der SCHUFA nach dem Krieg erkannte ihr Vorstand die Notwendigkeit, sich mit der eigenen Gründungsgeschichte zu beschäftigen. Als Verwalter der Vergangenheit trat Johann Stappen auf, der sich während der gesamten Zeit vor und nach 1945 in Berlin aufgehalten und die Zerstörung des Archivs in Berlin unmittelbar miterlebt hatte. Da Geschäftsführer Lütke verstorben war und Kurt Meyer sich bis 1955 noch in Argentinien befand, lag es an ihm, sich ab 1950 an die Rekonstruktion der Vergangenheit der SCHUFA zu machen. Er führte auch die Geschäfte der SCHUFA in Berlin gemeinsam mit sechs Mitarbeiterinnen weiter und es gelang ihm, bis 1952 ein neues Karteikartenarchiv mit 250.000 Datensätzen zu erstellen.

Im Januar 1950 verfasste er einen fünfseitigen Abriss der Geschichte und der Funktion der SCHUFA.³²⁹ Von ihm stammen auch die Grunddaten, die dann zur Grundlage jeder späteren Chronik werden sollten.³³⁰ Da Stappen zwar lange, aber nicht von Beginn an bei der SCHUFA tätig war, fehlten ihm wichtige Informationen. So war er etwa bei der eigenen Recherche über einige Aspekte der Geschichte überrascht: „Interessant ist mir, daß nicht – wie ich immer annahm – die Kölner SCHUFA, sondern die SCHUFA Dortmund als 1. SCHUFA-Stelle in Westdeutschland erscheint.“³³¹ Über Dr. Kurt Meyer schrieb Stappen: „Nach 10jähriger Tätigkeit muß der Gründer der SCHUFA, Herr Dr. Meyer, wegen Arisierungsmaßnahmen [im Jahr 1937, Anmerkung MW] aus der Leitung seiner so liebgewonnenen SCHUFA ausscheiden.“³³² Ein Foto von Kurt Meyer konnte Stappen nicht finden – und bis heute sind Bilder von Meyer erst für die Zeit nach seiner Rückkehr nach Deutschland eindeutig belegt.

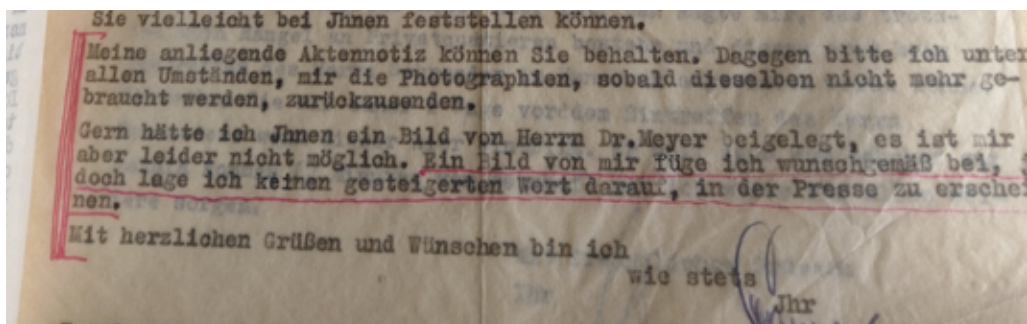


Abbildung 16: SCHUFA Archiv, Schreiben Johann Stappen an Dr. Semmroth, 14.03.1952, S. 1.

³²⁸ Vgl. Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2020, S. 189–191.

³²⁹ Vgl. Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 07113: SCHUFA: Schriftverkehr, Berichte und Unterlagen betreffs der Wiedererrichtung und Arbeit der SCHUFA aus den Jahren 1950 bis 1956, Aktennotiz über das SCHUFA-System von Johann Stappen, 03.01.1950.

³³⁰ Vgl. SCHUFA Archiv, Schreiben Johann Stappen an Dr. Semmroth, 14.03.1952, S. 1.

³³¹ Ebd.

³³² Ebd.

Stappen starb 1954, die begonnene Rekonstruktion der institutionsgeschichtlichen Entwicklung wurde nicht weiterverfolgt. Zwar kehrte Kurt Meyer 1955 zur SCHUFA zurück, doch zog ihn die neu gegründete Bundes-SCHUFA nur in sehr begrenztem Umfang beratend hinzu. Die Gründe für diese ambivalente Einbindung lassen sich heute nur noch vermuten. Es spricht jedoch einiges dafür, dass sie mit der Geschichte seiner nationalsozialistischen Verfolgung zusammenhing, die in der frühen Bundesrepublik häufig noch ein Tabu war. Möglich ist aber auch die Rücksicht auf Meyers angeschlagene Gesundheit, die ihn dazu zwang, seine Arbeitszeit nach nur drei Jahren Tätigkeit einzuschränken und sich auf die SCHUFA in Köln zu konzentrieren.

8.2 Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus

Zur Feier des 10-jährigen Bestehens der SCHUFA Hannover, die als zentrale Einrichtung die Nachfolge der alten SCHUFA in Berlin antrat, hielt der dortige Vorsitzende Richard Weber im Jahr 1960 eine programmatische Rede. Zwar kritisierte er die Herrschaft der Nationalsozialisten als „Zeit eines politischen Wahnsinns“,³³³ sprach aber über den Zweiten Weltkrieg ganz im Duktus der Nachkriegsperiode als deutsche Opfergeschichte: „Trotz aller erlittenen Leiden eines grauenvollen Krieges mit seinen Zerstörungen, trotz der Qualen, die er den deutschen Menschen gebracht hatte, resignierte man nicht, sondern versuchte weiterzuleben.“³³⁴

Obwohl Stappen in seiner ersten Chronik die Entlassung Meyers eindeutig mit dessen jüdischer Herkunft erklärte, gingen spätere Jubiläumsschriften auf dieses Thema nicht ein. So heißt es etwa in der Jubiläumsschrift von 1967 zum 40-jährigen Bestehen der SCHUFA: „Der Gründer und Leiter der SCHUFA Berlin, Dr. Kurt Meyer, mußte im Jahre 1937 als Folge der politischen Veränderungen die Geschäftsleitung in andere Hände geben und emigrierte über England nach Argentinien.“³³⁵ In der 2002 erschienenen Unternehmenschronik zum 75-jährigen Jubiläum werden die Brüder Meyer und Robert Kauffmann zwar erwähnt, auf ihr Schicksal wird jedoch nicht weiter eingegangen. Lediglich die Folgen des Zweiten Weltkriegs werden thematisiert: „Als letzte Großstadt-SCHUFA sinkt im Februar 1945 die Berliner Adresse in Schutt und Asche.“³³⁶ Im Vorfeld des 100-jährigen Jubiläums der SCHUFA im Jahr 2027 hat der Vorstand entschieden, die eigene Unternehmensgeschichte in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945) wissenschaftlich und unabhängig aufarbeiten zu lassen. Die wissenschaftliche Untersuchung unterstreicht den Anspruch der SCHUFA, ihre eigene Geschichte kritisch zu beleuchten und transparent zu dokumentieren.

³³³ SCHUFA Archiv, Chronik 10 Jahre SCHUFA Hannover 1950–1960. Jubiläumsansprache Richard Weber, S. 1.

³³⁴ Ebd.

³³⁵ SCHUFA Infothek, Karton 2: Chronik 40 Jahre SCHUFA Berlin 1927–1967, S. 5.

³³⁶ SCHUFA Archiv, Chronik 75 Jahre SCHUFA – 75 Jahre Verbraucherkredit, S. 6.

9 Fazit

In der Forschung zum Nationalsozialismus ist die SCHUFA bislang weitgehend unbeachtet geblieben, entsprechend leistet dieses Gutachten Pionierarbeit. Das Auskunftswesen zählt insgesamt zu den am wenigsten erforschten Bereichen der Wirtschaftsgeschichte, insbesondere für die NS-Zeit fehlt es an einschlägigen Untersuchungen. Auch zu Abzahlungsgeschäften liegen nur wenige historische Studien vor.

Die Einordnung in den Kontext der NS-Wirtschaftspolitik erwies sich zudem als schwierig, da die vorhandene wissenschaftliche Literatur zu den Fachgruppen im Reichswirtschaftsministerium überwiegend älteren Datums ist.

Aufgrund der weitgehenden Zerstörung der internen Aktenbestände der SCHUFA in Berlin, Hamburg, Dortmund und Köln im Zweiten Weltkrieg war eine umfassende Recherche in externen Archiven notwendig (siehe Liste). Trotz der fragmentarischen Überlieferung lassen sich belastbare Schlussfolgerungen für die Fragestellung dieses Gutachtens ziehen.

9.1 Die Rolle der SCHUFA im Nationalsozialismus

Die Forschung zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik konzentrierte sich lange Zeit vor allem auf zentrale Bereiche wie Rüstungsindustrie, Zwangsarbeit oder staatliche Wirtschaftslenkung. Institutionen wie Konsumkreditinstitute oder Auskunftsteien wurden dabei meist vernachlässigt, da sie auf den ersten Blick als unbedeutend für die NS-Wirtschaft erschienen. Zu Themen wie Kriegsfinanzierung oder der Ausplünderung jüdischen Vermögens bestanden kaum Berührungspunkte.

Diese Einschätzung ist übertragbar auf die SCHUFA. Nach allen derzeit verfügbaren Quellen lässt sich kein Missbrauch des von ihr erstellten Karteikartenarchivs für die Zwecke des NS-Regimes nachweisen. Die zur Einschätzung der Kreditwürdigkeit erhobenen Daten blieben auch nach 1933 unverändert. Da Angaben zur Abstammung, Religionszugehörigkeit, zu politischen Ansichten oder zu „rassischen“ oder anderen persönlichen Merkmalen nicht in den Karteikarten erfasst wurden, waren diese Bestände für die „Arisierung“ der Wirtschaft oder für andere explizit nationalsozialistische Zielsetzungen strukturell kaum nutzbar. Die Erhebung derartiger Informationen lag vielmehr im Aufgabenbereich spezieller, ideologisch ausgerichteter Auskunftsteien, etwa der „völkischen Auskunftstei“ Henri Kramers, die gezielt entsprechende personenbezogene Daten sammelten. Allerdings hatte das Reichswirtschaftsministerium das Auskunftsgewerbe angewiesen, seine Tätigkeit wie gehabt weiterzuführen und nicht dem Vorbild Kramers zu folgen. Die Industrie- und Handelskammer in Hamburg ermahnte beispielsweise die Auskunftsteien sehr eindrücklich, sich ausschließlich auf wirtschaftlich notwendige Auskünfte zu beschränken. Die Nationalsozialisten befürchteten Konflikte, die durch eine unkontrollierte Herausgabe politischer Informationen entstehen könnten. Diese hätten Reputationsverlust im Ausland und Unsicherheit im Inneren zur Folge – was Reichswirtschaftsminister Schacht zumindest in den ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft noch unbedingt verhindern wollte.

9.2 Die SCHUFA als jüdisch-deutsche Geschichte?

Im Rahmen dieses Gutachtens war es möglich, die Biografien der drei Gründer der SCHUFA, Robert Kauffmann, Kurt und Walter Gerhard Meyer, zu rekonstruieren. Die Gründungsgeschichte der SCHUFA lässt sich demnach als Teil der jüdisch-deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts verstehen, jedoch nicht allein über die Herkunft ihrer Gründer erklären. Entscheidend war vielmehr das soziale Milieu, dem diese entstammten: akademisch gebildete, urbane Aufsteiger mit ausgeprägter Vernetzung im innovativen Bereich des Kundenkreditwesens.

Das Berlin der 1920er-Jahre bot solchen Akteuren – darunter die aus der Provinz stammenden Brüder Meyer – außergewöhnliche Aufstiegschancen. Kennzeichnend für die führenden Personen der ersten SCHUFA-Generation waren eine überdurchschnittliche akademische Ausbildung, häufig mit Promotionen in Rechts- oder Staatswissenschaften, sowie enge Kontakte zu den führenden Kundenkreditunternehmen der Zeit. Da etablierte Banken dem Konsumkreditwesen skeptisch gegenüberstanden, eröffnete sich

hier ein Betätigungsfeld für qualifizierte Quereinsteiger mit entsprechender Risikobereitschaft. In Berlin kam eine offene Haltung der Industrie- und Handelskammer gegenüber dem Kundenkredit und der „Amerikanisierung“ der Zahlungspraxis hinzu.

Die Gründung der SCHUFA war damit sowohl das Ergebnis individueller Initiative als auch Produkt spezifischer gesellschaftlicher Strukturen. Die politische Sozialisation der ersten Generation der SCHUFA erfolgte überwiegend im bürgerlich-liberalen Milieu Berlins, das auch eine wichtige Trägerfunktion für die Weimarer Republik einnahm. Entsprechend stark wirkte sich die Machtübernahme der Nationalsozialisten auf die Personen aus: Bereits im Frühjahr 1933 flohen zwei der drei Gründer, Robert Kauffmann und Walter Gerhard Meyer, aus Deutschland. Kauffmann engagierte sich vom Ausland aus aktiv im Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime. Er kam 1942 bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Walter Gerhard Meyer hingegen wanderte dauerhaft nach Südamerika aus und kehrte erst im hohen Alter wieder nach Europa zurück. Kurt Meyer blieb dagegen noch einige Jahre in Deutschland und führte bis 1937 seine Tätigkeit als Geschäftsführer der SCHUFA fort – trotz der Verfolgung und Ausgrenzung, denen Juden ständig ausgesetzt waren.

Die Namen und Biografien der Mitglieder des Verwaltungsausschusses waren bislang vollständig unbekannt, konnten aber im Rahmen der Recherchen für dieses Gutachten ermittelt werden. Alle Mitglieder der ersten Generation waren Juden und alle verloren ihren Posten im Lauf des Jahres 1933. Ernst Leipziger und Leon Zeitlin flohen vor der zunehmenden Verfolgung ins Ausland. Zeitlin engagierte sich wie Kauffmann vom Ausland aus im aktiven Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime. Siegfried Katz war die einzige bekannte Persönlichkeit aus dem Umfeld der ersten SCHUFA in Berlin, die ein Opfer des Holocaust wurde.

9.3 Täter, Opfer und der Bereich „dazwischen“

Die Auseinandersetzung mit den Persönlichkeiten der SCHUFA zwischen 1933 und 1945 offenbart die ganze Komplexität von Biografien in der Zeit des Nationalsozialismus. Eindeutige Täter lassen sich nicht ausmachen und tauchen nur in ihrem Umfeld auf, wie etwa der SS-Gruppenführer Kurt Daluge, der mit aller Brutalität die Gleichschaltung der Bewag durchführte. Bei der SCHUFA in Berlin fällt Dr. Karl E. F. Schmidt als frühes Mitglied und „alter Kämpfer“ der NSDAP auf. Über die genauen Umstände seiner Tätigkeit in der Partei ist nichts bekannt, da er noch vor Beginn der Entnazifizierungsverfahren verstarb. Bei den wichtigen Figuren nach der Entlassung Meyers, Lütke und Stappen, ist eine Mitgliedschaft nicht nachweisbar. Es lässt sich aber sicher sagen, dass beide keine verantwortlichen Posten in der NSDAP oder im NS-System hatten. Kaminsky gehörte dagegen eindeutig zu den Gegnern des Nationalsozialismus, die mit der NSDAP in Konflikt gerieten. Wie sich die Zusammenarbeit Kaminskys und Schmidts bei der SCHUFA, aber auch in der Fachgruppe „Teilzahlungskreditunternehmen“ gestaltete, lässt sich dabei aber leider nicht ergründen.

Bei der Hamburger SCHUFA war ihr erster Geschäftsführer Walther Hillerscheid bereits vor der sogenannten „Machtergreifung“ Mitglied der NSDAP; er trat der Partei im Jahr 1932 bei. Obwohl die Kategorisierung als „Mitläufer“ grundsätzlich problematisch ist, scheint sie auf Hillerscheid nach dem derzeitigen Forschungsstand dennoch zuzutreffen, da weder eine besondere ideologische Radikalität noch eine herausgehobene politische Aktivität nachweisbar ist. Ähnlich liegt der Fall bei Syndikus und SCHUFA-Geschäftsführer Carl Schmitz aus Köln, der zuvor der Zentrumspartei angehörte und seine Mitgliedschaft in der NSDAP mit dem Schutz seiner beruflichen Position begründete.

Deutlich komplexer gestaltet sich hingegen die Einordnung von Hillerscheids Nachfolger Oswald Arning als Leiter der Hamburger SCHUFA. Dieser bekannte in zahlreichen überlieferten Briefen ausdrücklich seine ideologische Übereinstimmung mit der NSDAP und betonte wiederholt seine aktive Mitarbeit für das Regime. Eine formelle Aufnahme in die Partei blieb ihm jedoch verwehrt, da die jüdische Abstammung seiner prominenten Urgroßmutter den nationalsozialistischen „rassischen“ Kriterien widersprach.

Arnings Tätigkeiten in den von Deutschland besetzten Gebieten Polens sowie später in Frankreich unter dem Vichy-Regime lassen ihn aus heutiger Perspektive als Täter erscheinen. Insbesondere seine Mitarbeit als leitender Funktionär in der sogenannten „Kundt-Kommission“, deren Aufgabe es war, politische Gegner des NS-Regimes in Frankreich zu identifizieren, deutet auf eine aktive Beteiligung an nationalsozialistischer Herrschaftspraxis hin. Diese Tätigkeit musste Arning jedoch nach kurzer Zeit wieder aufgeben, nachdem auch dort seine jüdische Abstammung bekannt geworden war.

Weitgehend im Dunkeln bleiben aufgrund fehlender Quellen die Frauen, die in der Karteidatenbank der SCHUFA tätig waren. Lediglich bei zwei Frauen ließen sich biografische Daten ermitteln: Anita Feeken (geb. Voget, 1912–1996), die im Alter von 19 Jahren die Karteikartendatenbank der SCHUFA Hamburg begründete, und Lucie Grob-Herms (1911–1959), die als persönliche Sekretärin Kaminskys (bis 1939) tätig war. Da die Personalunterlagen der SCHUFA im Krieg zerstört wurden, ist eine weitere Recherche schwierig.

9.4 Unter dem Radar? Überleben der SCHUFA in einer Nische

Der Anspruch der Nationalsozialisten bestand darin, sämtliche Bereiche der deutschen Gesellschaft der eigenen völkischen, rassistischen und antisemitischen Ideologie unterzuordnen. Auch das Auskunftswesen, das Abzahlungsgeschäft und Konsumkredite, mit denen das Regime zunächst pragmatisch umging, gerieten im Zuge von Gleichschaltungsmaßnahmen und „Arisierung“ zunehmend ins Visier der Machthaber. Mit der Neuregelung des gewerblichen Auskunftswesens vom 8. Oktober 1934 wurde explizit festgelegt, dass nur noch als „arisch“ eingestufte Personen über die Vergabe und Weitergabe von Auskünften zur Kreditwürdigkeit entscheiden durften.

Bemerkenswert ist, dass die SCHUFA in Berlin als erste und zentrale Einrichtung dieser Art von dieser Regelung zunächst unberührt blieb. Dies lässt sich durch ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren erklären. Zum einen arbeitete die SCHUFA nicht gewerblich und unterstand damit nicht unmittelbar der Aufsicht der Ende 1934 im Reichswirtschaftsministerium gegründeten Fachgruppe „Auskunftsgewerbe“. Zum anderen genoss ihr Leiter Kurt Meyer als Träger des Eisernen Kreuzes 1. Klasse zumindest bis zur Einführung der Nürnberger Gesetze im September 1935 einen besonderen Status. Darüber hinaus dürfte vor allem seine spezialisierte Fachkenntnis im Bereich des Auskunftswesens eine kurzfristige Ersetzung durch einen NSDAP-Parteigenossen erheblich erschwert haben.

Auch die regionalen Ableger der SCHUFA in Dortmund, Köln und Hamburg orientierten sich am Berliner Vorbild und hielten – wie insbesondere für Hamburg belegbar ist – engen persönlichen Kontakt zu Meyer. Unter ihren Geschäftsführern war es nur Oswald Arning, der wegen seiner jüdischen Urgroßmutter den Anfeindungen Kramers ausgesetzt war. Für seine Tätigkeit als Geschäftsführer der SCHUFA hatte dies keine Auswirkungen, da er dennoch als „Arier“ galt. Die formelle Gleichschaltung der SCHUFA in Berlin am 19. Juni 1935 bedeutete für Meyer zwar nicht den Verlust seines Postens, doch die Bedingungen seines Arbeitsvertrags verschlechterten sich erheblich.

Meyers Tätigkeit als Geschäftsführer endete schließlich erst, als sich die deutsche Wirtschaft zunehmend und nahezu vollständig auf die Rüstungsproduktion ausrichtete.³³⁷ Meyers Flucht fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Nachfrage nach Konsumkrediten und Teilzahlungsmodellen deutlich einbrach. Dies war einerseits auf die infolge der Vollbeschäftigung gestiegene Kaufkraft zurückzuführen, andererseits aber auch darauf, dass immer weniger zivile Konsumgüter tatsächlich verfügbar waren. Erst nach Meyers Entlassung Ende März 1937 erschien ein hetzerischer Artikel im „Stürmer“, in dem empört beklagt wurde, dass ein Jude über die Kreditwürdigkeit von „Ariern“ entschieden habe.³³⁸

Da vergleichende Studien zu den gewerblichen Auskunftsteilen bislang fehlen, ist eine Einordnung der SCHUFA in diesem Wirtschaftsbereich nicht einfach. Trotzdem konnten für das Gutachten grundlegende Erkenntnisse gewonnen werden. So lässt sich eine personelle Verbindung über Kaminsky und Karl Schmidt zur Fachgruppe „Teilzahlungskreditunternehmungen“ (Reichsgruppe Banken) nachweisen. Dass Henri Kramers „Reichseinheitsverband“ zwar Oswald Arning in Hamburg ins Visier nahm, nicht jedoch Kurt Meyer in Berlin, kann mit der rechtlichen Sonderstellung der SCHUFA erklärt werden. Die SCHUFA in Berlin blieb damit über einen längeren Zeitraum unbehelligt und konnte gewissermaßen „unter dem Radar“ der nationalsozialistischen Gleichschaltung agieren.

Zusammenfassend zeigen die Recherchen, dass die SCHUFA keine wesentliche Rolle im nationalsozialistischen Herrschafts- und Verfolgungssystem einnahm, ihre Geschichte jedoch zugleich eng mit dem Schicksal jener jüdischen Gründer und Führungspersönlichkeiten verbunden ist, die durch das NS-Regime entrechtet, vertrieben oder verfolgt wurden.

³³⁷ Vgl. Schanetzky, Tim: „Kanonen statt Butter“. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, Bonn 2016, S. 145–160.

³³⁸ Vgl. Berliner Brief. Jud Meyer und sein Abschied von der SCHUFA, in: Der Stürmer, Juni 1937, S. 5.

10 Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AG	Aktiengesellschaft
ARS	Argentinischer Peso
BArch	Bundesarchiv
Bewag	Berliner Städtische Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DeFaKa	Deutsches Familien-Kaufhaus GmbH
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
Gefi	Gesellschaft für Kundenkredit-Finanzierung mbH
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
IHK	Industrie- und Handelskammer
NS	Nationalsozialismus / nationalsozialistisch (kontextabhängig)
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
RM	Reichsmark
RSA	Reichssicherheitshauptamt
SCHUFA	Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung (auch: Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung)
SDS	Schutzverband deutscher Schriftsteller
VA	Verwaltungsausschuss

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:

Sächsisches Staatsarchiv, Bestand 30874 Industrie- und Handelskammer Chemnitz, Nr. 581: Informationsbroschüre „SCHUFA Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung“ inkl. Karte der Amtsbezirke der SCHUFA Köln, 1934. Seite 4

Abbildung 2:

Archiv der SCHUFA mit Förderbandanlage 1929, in: SCHUFA Infothek, Karton 2: Chronik 40 Jahre SCHUFA Berlin 1927–1967. Seite 15

Abbildung 3:

Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 07112: SCHUFA: Auskunftsschlüssel der SCHUFA vom 14.05.1932. Seite 16

Abbildung 4:

Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011: Entschädigungsakte Dr. Robert Kauffmann (geb. 09.01.1882), Führerschein. Seite 20

Abbildung 5:

SCHUFA Infothek, Regal, Karton 2: Foto von Frauen am Fließband und mit Karteikarte. Seite 23

Abbildung 6:

Hillerscheid mit Kontoristin Voget, 1931: 50 Jahre SCHUFA Hamburg. Seite 35

Abbildung 7:

Bundesarchiv, BArch R 1508/15: Foto aus der Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889). Seite 36

Abbildung 8:

SCHUFA Hamburg, Visitenkarte aus der Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889). Seite 37

Abbildung 9:

Oswald Arning als Geschäftsführer der SCHUFA im Büro, 50 Jahre SCHUFA Hamburg. Seite 38

Abbildung 10:

Das Archiv der Stotterer, in: Illustriertes Tageblatt sächsische Heimatzeitung Nr. 245, S. 16. Seite 42

Abbildung 11:

Schreiben an die SCHUFA mit Hakenkreuz-Stempel, SCHUFA Infothek, Geschäftsstelle des Amtsgerichts Trebbin an SCHUFA Berlin, 26.01.1939. Seite 45

Abbildung 12:

Archiv Deutsches Technikmuseum, I.2.130 – 08799, Lütke an Stappen, 31.01.1945. Seite 46

Abbildung 13:

Entschädigungsbehörde Berlin, 62.011, Eidesstattliche Aussage Olga Kauffmann. Seite 47

Abbildung 14:

Foto Kurt Meyer, in: Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-SCHUFA (Hrsg.), Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre SCHUFA. Wiesbaden 1977, 67–77, hier S. 73. Seite 53

Abbildung 15:

Foto Walter Kaminsky, Archiv für Zeitgeschichte Zürich, NL Grob-Herms, Kaminsky. Seite 54

Abbildung 16:

SCHUFA Archiv, Schreiben Johann Stappen an Dr. Semmroth, 14.03.1952, S. 1. Seite 55

Quellen aus externen Archiven

Bundesarchiv Berlin

BArch B Rep. 068/2519: Mitgliedsakte der Rechtsanwaltskammer von Dr. Karl Schmidt

BArch R 3001/62738: Personalakte Justizministerium Robert Kauffmann (geb. 9.1.1882)

BArch NS 5-V/93: Rundschreiben an alle Gaufachabteilungen, Gaufachabteilungsverwalter und Mitarbeiter der Konjunkturberichterstattung

BArch NS 5-VI/12927: Private Leihhausbetriebe, Teilzahlungskreditunternehmen – Allgemeines

BArch NS 5-VI/14403, Bd. 6: Absatzfinanzierung, Konsumfinanzierung, 1929

BArch NS 5-VI/16500: Auskunftsgewerbe – Allgemeines B.1

BArch NS 5-VI/16501: Auskunftsgewerbe – Allgemeines B.2

BArch NS 5-VI/16502: Auskunftsgewerbe – Allgemeines B.3

BArch NS 5-VI/17513: Geschichte, Volks- und Rassenkunde; Personen A–Z (Sammelakten)

BArch NS 5-VI/6435: Kreditunternehmungen verschiedener Art, Bd. 2

BArch NS 5-VI/6436: Kreditunternehmungen verschiedener Art, Bd. 1

BArch R 9361-IV/256749: Parteistatistischer Erhebungsbogen der NSDAP zu Wolfgang Geistert (geb. 31.10.1894)

BArch R 11/1154: Kundenkreditinstitute, insbesondere Regelung des Wettbewerbs und der Bedingungen in Teilzahlungsgeschäften und in der Teilzahlungsfinanzierung sowie bei Kreditverkäufen im Einzelhandel, Bd. 1

BArch R 11/1155: Kundenkreditinstitute, insbesondere Regelung des Wettbewerbs und der Bedingungen in Teilzahlungsgeschäften und in der Teilzahlungsfinanzierung sowie bei Kreditverkäufen im Einzelhandel, Bd. 2

BArch R 11/2048: Bd. 5: Wirtschaftsgruppe Kreditunternehmungen verschiedener Art, Fachgruppen Private Bausparkassen, Private Leihhausbetriebe und Teilzahlungskreditunternehmungen

BArch R 13-XVII/39: Rundschreiben der Fachgruppe Teilzahlungskreditunternehmungen betr. kriegswirtschaftlicher Maßnahmen

BArch R 13-XVIII/123: Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe: Mitgliederüberprüfungen

BArch R 1501/125720a: Innenpolitik – allgemeine Angelegenheiten

BArch R 1508/15: Personalakte des Deutschen Roten Kreuzes von Oswald Arning (geb. 14.04.1889)

BArch R 2501/8320: Privatbank Glarus AG, Zürich – Dr. Leon Zeitlin (geb. 23.02.1876), Mitglied des Reichswirtschaftsrats, Berlin

BArch R 3001/62713: Personalakte Justizministerium Siegfried Katz (geb. 12.08.1887)

BArch R 3001/69345: Personalakte zu Erich Nain (geb. 12.01.1902)

BArch R 3001/77674: Personalakte zu Ernst Strassmann (geb. 27.11.1897)

BArch R 3101/13841: Regelung des Wettbewerbs und der Bedingungen im Teilzahlungsgeschäft – Grundlagen und Vorschläge vorgelegt von der Fachgruppe Teilzahlungskreditunternehmungen in der Reichsgruppe Banken

BArch R 3101/13924: Zulassung von Detektiven und Auskunfteien

BArch R 3101/9260: Bd. 1: Auskunfts- und Inkassogewerbe

BArch R 58/10693: Detektiv-Institute

BArch R 58/1357: Karteikarte zur Verfolgung von Einzelpersonen durch die Gestapo zu Gustav Wilkens

BArch R 58/9637: Karteikarte des Reichssicherheitshauptamts über Robert Kauffmann (geb. 09.01.1882)

BArch R 58/9696: Karteikarte zur Verfolgung von Einzelpersonen durch die Gestapo zu Ernst Strassmann (geb. 27.11.1897)

BArch R 8127/6741: Kaufkredit AG, Zürich

BArch R 8127/6841: Berliner Handelsgesellschaft – Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG, Berlin

BArch R 907/2261: Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG, Berlin W 8, B.2

BArch R 907/478: Geschäftsbericht Pro Honore für das Jahr 1930

BArch R 907/7828: Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG, Berlin W 8, B.1

BArch R 907/7889: Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG, Berlin W 8, B.3

BArch R 9361-I/2132: Parteistatistischer Erhebungsbogen der NSDAP zu Horst Lütke (geb. 13.11.1909)

BArch R 9361-I/2433: Parteistatistischer Erhebungsbogen der NSDAP zu Erich Nain (geb. 12.01.1902)

BArch R 9361-I/3138: Parteistatistischer Erhebungsbogen der NSDAP zu Dr. Karl Schmidt (geb. 11.01.1891)

BArch R 9361-I/4634: Akte des Obersten Parteigerichts der NSDAP zu Oswald Arning (geb. 14.04.1889)

BArch R 9361-I/47932: Akte des Obersten Parteigerichts der NSDAP zu Carl Krecke (geb. 07.03.1885)

BArch R 9361-III/55: Personenbezogene Unterlagen der SS und SA zu Johannes Adolph (geb. 17.04.1882)

BArch R 9361-III/565931: Personenbezogene Unterlagen der SS und SA zu Johannes Adolph (geb. 17.04.1882)

BArch R 9361-IX KARTEI/710768: NSDAP-Gaukarteikarte Oswald Arning (geb. 14.04.1889)

BArch R 9361-IX KARTEI/15690527: NSDAP-Gaukarteikarte Walter Hillerscheid (geb. 08.05.1891)

BArch R 9361-VIII KARTEI/11081212: NSDAP-Zentralkarteikarte Walter Hillerscheid (geb. 08.05.1891)

BArch R 9-I/3145: Auskunft W. Schimmelpfeng – Deutsche Auskunft (vorm. R. G. Dun & Co.)

BArch, SIRA-TDB 13: Datenblatt zur SCHUFA aus der SIRA-Datenbank (System der Informationsrecherche der HV A)

BArch, SIRA-TDB 14: Personendatenblatt aus der SIRA-Datenbank (System der Informationsrecherche der HV A)

Landesarchiv Berlin

A Pr.Br.Rep. 030-04 Nr. 802: Allgemeiner Deutscher Kreditschutz-Verband e. V. Berlin

A Rep. 001-06 Nr. 28801: Personalakte des Werksoberssekretärs Johann Stappen (geb. 03.08.1888), tätig in der Berliner Kraft- und Licht AG (Bewag)

A Rep. 092 Nr. 369: Besteuerungsmaßstab, Steueranspruch (Aktenzeichen S 4200 – S 4204)

A Rep. 256 Nr. 133: Historische Darstellung der Berliner Kraft- und Licht AG (Bewag)

A Rep. 256 Nr. 61: Geschäftsbericht der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke (Bewag)

A Rep. 256 Nr. 62: Geschäftsbericht der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke (Bewag)

A Rep. 256 Nr. 63: Geschäftsbericht der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke (Bewag)

A Rep. 256 Nr. 64: Geschäftsbericht der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke (Bewag)

A Rep. 256 Nr. 65: Geschäftsbericht der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke (Bewag)

A Rep. 256 Nr. 66: Geschäftsbericht der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke (Bewag)

A Rep. 256 Nr. 67: Geschäftsbericht der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke (Bewag)

A Rep. 342-02 Nr. 63774: Grundstücks-AG, Schweidnitzer Straße

B Rep. 025-05 Nr. 712/55: Verfahren Walter Kaminsky (Gualterio), Calle Alcares 4969, Buenos Aires, Argentinien, gegen das Deutsche Reich

B Rep. 025-05 Nr. 8920/59: Verfahren Walter Kaminsky (Gualterio), Calle Alcares 4969, Buenos Aires, Argentinien, gegen das Deutsche Reich

B Rep. 025-07 Nr. 1145/51: Verfahren Walter Gerhard Meyer – früher Gualterio Gerardo Meyer –, Balcarce 184, Buenos Aires, Argentinien, gegen die Bewag

B Rep. 025-07 Nr. 12716/59: Verfahren Gualterio Gerardo Meyer (geb. 29.03.1902), Avenida del Libertador General San Martín 3080, 4. P/A, Buenos Aires, Argentinien, gegen das Deutsche Reich

B Rep. 025-07 Nr. 12717/59: Verfahren Gualterio Gerardo Meyer (geb. 29.03.1902), Avenida del Lebertador General San Martín 3080, 4. P/A, Buenos Aires, Argentinien, gegen das Deutsche Reich

B Rep. 025-07 Nr. 1370/57: Verfahren Dr. Walter Meyer – früher Gualterio G. Meyer –, Balcarce 184, Buenos Aires, Argentinien, gegen das Deutsche Reich

B Rep. 025-07 Nr. 1372/64: Verfahren Dr. jur. Kurt Meyer, Rechtsanwalt, gegen das Deutsche Reich

B Rep. 025-07 Nr. 3318/50: Verfahren Kurt Meyer, 910 North Crescent Drive, Beverly Hills, Kalifornien, USA, gegen das Deutsche Reich

B Rep. 031-03-12 Nr. 988: Entnazifizierungsverfahren, Spruchkammerakten

B Rep. 345 Nr. 19248: Nachlassakte Martin Rehmer

E Rep. 200-24 Nr. 88: Briefe an Gustav Böß

Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz

Nr. 162: Eintreibung von Forderungen in Österreich

Nr. 580: Auskünfte über zweifelhafte ausländische Firmen, Warnung deutscher Firmen vor dem Hauptverband der Kreditoren Österreichs und der Auskunft „Confidentia“

Nr. 581: Auskunfteien

Nr. 583: Auskunftserteilung an gewerbliche Auskunfteien

Nr. 584: „Gleichschaltung“ des deutschen Auskunfteiwesens

Nr. 706: Auswanderung von jüdischen Geschäftsleuten

Nr. 708: Auswanderung von jüdischen Geschäftsleuten

Bestand 30874 Industrie- und Handelskammer Chemnitz: „SCHUFA“-Nachweis der Kreditwürdigen

Archiv Deutsches Technikmuseum

I.2.060 Ü – GS 0614: SCHUFA-Teilzahlungen

I.2.130 – 00143: Handelsregistereintragungen: Beglaubigte Abschrift aus dem Handelsregister Abteilung B, Nr. 45897 vom 13.03.1933 bis 21.07.1933

I.2.130 – 00380: Vorstand (Pressemitteilungen, Verzeichnisse, Auszüge aus Vorstandsprotokollen, Vorstandsschriftwechsel, Verschiedenes): Chronologische Aufstellung der Vorstandssitzungen und -protokolle

I.2.130 – 00385: Vorstand (Pressemitteilungen, Verzeichnisse, Auszüge aus Vorstandsprotokollen, Vorstandsschriftwechsel, Verschiedenes): Stellungnahme zu der Nichtwiedereinstellung der bisherigen Vorstandsmitglieder

I.2.130 – 00409: Vorstand (Pressemitteilungen, Verzeichnisse, Auszüge aus Vorstandsprotokollen, Vorstandsschriftwechsel, Verschiedenes): Vorstandsmitglieder unserer Gesellschaft von 1884 bis 1986

I.2.130 – 00468: Geschäftsleitung – Allgemeines: Auf Grund des Vorstandsbeschlusses vom 13. Oktober 1928 führen alle Herren Prokuristen die Bezeichnung „Betriebsdirektor“

I.2.130 – 00624: Organisationsfragen: Unterschriftenverzeichnisse von April 1938 bis September 1944

I.2.130 – 03524: Geschichte des Unternehmens – Bewag-Chronik 2. Weltkrieg: Die Bewag im 2. Weltkrieg; Zusammenstellung von Hitzemeyer

I.2.130 – 03964: Betriebsvertretung – Vertrauensrat und andere Einrichtungen: Rundschreiben an alle Werksgenossen vom 21.04.1933 betreffs Rücktritt von Betriebsdirektor Dr. Meyer

I.2.130 – 05008: Eigene Beteiligungen – Tochterunternehmen der Bewag: Beteiligungen der Bewag

I.2.130 – 05177: Bilanz- und Finanzierungsunterlagen: Unzusammenhängende Unterlagen von 1931 bis 1933

I.2.130 – 06549: Teilzahlungsgeschäft für Elektrogeräte Elektrissima E³: Elektrissima-Teilzahlungs-Geschäft

I.2.130 – 06552: Teilzahlungsgeschäft für Elektrogeräte Elektrissima E³: Aktennotiz der Betriebswirtschaft vom 20.04.1949 betreffs Finanzierung von Teilzahlungsgeschäften für Rundfunkgeräte

I.2.130 – 06553: Teilzahlungsgeschäft für Elektrogeräte Elektrissima E³: Schreiben der Abteilung Absatz vom 26.04.1949 an Direktor Strassmann betreffs Abzahlungs-Vertrieb für elektrische Geräte

I.2.130 – 06563: Teilzahlungsgeschäft für Elektrogeräte Elektrissima E³: Entwicklung und Aufbau des Elektrissima-Teilzahlungssystems betreffs Pressekonferenz am 12.07.1951 im Hause der Bewag

I.2.130 – 06593: Teilzahlungsgeschäft für Elektrogeräte Elektrissima E³: Vordruck-Zusammenstellung für das E³-Teilzahlungssystem

I.2.130 – 06594: Teilzahlungsgeschäft für Elektrogeräte Elektrissima E³: Zulassung jüdischer Firmen zum E³-Geschäft

I.2.130 – 06595: Teilzahlungsgeschäft für Elektrogeräte Elektrissima E³: Elektrissima-Bedingungen

I.2.130 – 06603: Jahresbericht der Abteilung Elektrissima 1927 vom 12.06.1928

I.2.130 – 06604: Richtlinien für das Elektrissima-Geschäft; August 1933

I.2.130 – 07112: Schufa: Auskunftsschlüssel der Schufa vom 14.05.1932

I.2.130 – 07113: Schufa: Schriftverkehr, Berichte und Unterlagen betreffs der Wiedererrichtung und Arbeit der Schufa aus den Jahren 1950 bis 1956

I.2.130 – 07114: Schufa: Die Auswirkungen der kreditwirtschaftlichen Entwicklung auf die Schufa

- I.2.130 – 07115: Schufa: Satzung der Bundes-Schufa von 1954
- I.2.130 – 07116: SCHUFA: Bericht über die Liquidation der Schufa, Juli 1956
- I.2.130 – 07117: Schufa: Schreiben an den Senator für Wirtschaft vom 27.06.1978 betreffs Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 3029 des Abgeordneten Dr. Jürgen Kunze vom 24.05.1978 hinsichtlich des Verhältnisses zur Schufa und des Datenschutzes
- I.2.130 – 07118: Schufa: Schufaklausel / Die Geheimniskrämerei ist teuflisch
- I.2.130 – 07119: Schufa: Geschäftsberichte der Schufa
- I.2.130 – 07765: Veröffentlichungen in der Fachpresse V – Finanzen, Wirtschaft, Verwaltung: Die Einheitsbuchführung und ihre Anwendung in Elektrizitätswerken; von Dr. Walter G. Meyer
- I.2.130 – 07766: Amtsblatt der Stadt Berlin 69 „Die Bewag an der Jahreswende“
- I.2.130 – 07767: Veröffentlichungen in der Fachpresse V – Finanzen, Wirtschaft, Verwaltung: Aus dem Elektrissima-Geschäft der Bewag
- I.2.130 – 07975: Veröffentlichungen und Vorträge von Bewag-Mitarbeitern (H – M): Rationalisierung; von Dr. Walter G. Meyer
- I.2.130 – 07976: Veröffentlichungen und Vorträge von Bewag-Mitarbeitern (H – M): Die Budgetkontrolle und ihre Anwendung in größeren Elektrizitätslieferungs-Unternehmungen; von Walter G. Meyer
- I.2.130 – 08387: Kurzmitteilungen und Veröffentlichungen ohne Verfasser in der Elektrotechnischen Zeitschrift: Das Teilzahlungssystem der Bewag; ohne Verfasser
- I.2.130 – 08799: Auslagerung der Dienststelle KB Buchhaltung und Bilanzabteilung nach Niemegk: Auslagerung der Dienststelle KB – Buchhaltung und Bilanzabteilung nach Niemegk
- I.2.130 – 08803: Auslagerung der Dienststelle KB Buchhaltung und Bilanzabteilung nach Niemegk: Vernichtung von Geheimakten
- I.2.130 – 13471: Logos der Bewag/Elektrissima
- I.2.130 BA – Mappe 00721: Dir. Dr. Robert Kauffmann mit Ehefrau Olga

Archiv der Handelskammer Hamburg

- V.776: Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung in Berlin und Hanseatische Schutzgemeinschaft für Absatz- und Kreditsicherung Hamburg (Schufa)
- 35.B.1p.20: Erteilung von Auskünften durch Auskunftseien

Entschädigungsbehörde Berlin

- 253.091: Entschädigungsakte Brigitte Alexander-Katz, geb. Kauffmann (geb. 09.10.1911)
- 262.767: Entschädigungsakte Siegfried Katz (geb. 12.08.1887)
- 266.439: Entschädigungsakte Eva Liston, geb. Kauffmann (geb. 05.06.1914)
- 51.509: Entschädigungsakte Dr. Leon Zeitlin (geb. 23.02.1876)
- 53.766: Entschädigungsakte Hermann Golluber (geb. 18.04.1876)

60.677: Entschädigungsakte Dr. Kurt Meyer (04.09.1894)

61.609: Entschädigungsakte Dr. Walter Gerhard Meyer (geb. 29.03.1902)

62.011: Entschädigungsakte Dr. Robert Kauffmann (geb. 09.01.1882)

Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland

Abt. Rheinland, NW 1000 (SBE Hauptausschuss Regierungsbezirk Düsseldorf), Nr. 8364:
Entnazifizierung Dr. Walter Kaminsky (geb. 25.01.1899)

Abt. Rheinland, NW 1000 (SBE Hauptausschuss Regierungsbezirk Düsseldorf), Nr. 22213:
Entnazifizierung Stefan Bulla (geb. 14.05.1889) (Direktor)

Abt. Rheinland, NW 1049 (SBE Hauptausschuss Regierungsbezirk Köln), Nr. 23800:
Entnazifizierung Dr. Carl Schmitz (geb. 04.03.1889)

Brandenburgisches Landeshauptarchiv

36A (II) 18741: Katz, Herta

36A (II) 21719: Leipziger, Ernst (geb. 02.04.1889)

36A (II) 26385: Meyer, Elsa Catalina Oeser de

36A (II) 26559: Meyer, Kurt (geb. 04.09.1894)

Bayerisches Wirtschaftsarchiv München

BWA K1 XXI, 26. Akt, Fall 27: Schufa

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

VI. HA, NI Daluege, K., Nr. 59: Korrespondenz des Kurt Daluege als Kommissar z.b.V. und M.d.L.

Staatsarchiv Hamburg

213-1 (Hanseatisches Oberlandesgericht Hamburg – Verwaltung), 2394: Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen e. V. und Pro Honore Verein für Treu und Glauben im Geschäftsleben e. V.

221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung: Nolte, Wilhelm,
Amtsgericht Hamburg – Vereinsregister A 1, Band 41: Eintrag zu Pro Honore e. V.

Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Berliner Adressbuch, Ausgabe 1935: Eintrag zu Dr. Karl Schmidt

Berliner Adressbuch, Ausgabe 1938: Eintrag zu Friedrich Lütke (geb. 13.10.1879)

Landesarchiv Schleswig-Holstein

Abt. 460.15, Nr. 161: Entnazifizierungsverfahren von Walter Hillerscheid (geb. 08.05.1891)

Abt. 611.1, Nr. 2091: Einbürgerungsakte nach Hamburg von Walter Hillerscheid (geb. 08.05.1891)

Archiv für Zeitgeschichte Zürich

NL Grob-Herms, Nr. 3: Anstellung Gefi 1929–1939

NL Grob-Herms, Nr. 12: Diverse Korrespondenzen

NL Grob-Herms, Nr. 12: Hermann Fest

NL Grob-Herms, Nr. 27: Walter Kaminsky

Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv

K 1 Nr. 492: Auskunftswesen

Ohne Signatur: Firmenkarteikarte der IHK Dortmund mit dem Hinweis auf Informationen

Zur SCHUFA Dortmund (Wilkes & Co. Kommanditgesellschaft)

Ohne Signatur: Firmenkarteikarte der IHK Dortmund zur Wilkes & Co. Kommanditgesellschaft

Hessisches Wirtschaftsarchiv

HWA Abt. 3, Nr. 3565: Firmenkarteikarte der IHK Frankfurt am Main zur SCHUFA Frankfurt

Leo Baeck Institute Archives, New York, USA

AR 4128, 1/6, Leon Zeitlin Collection, Autobiographical materials 1954–1968, Erinnerungen Leo Zeitlin, S. 4 [S. 32]

U.S. National Archives and Records Administration

National Archives Identifier 325622179: Schreiben des Verbands des Einzelhandels von Groß-Essen e. V. an Reichskommissar und Leiter des wirtschaftspolitischen Amtes der NSDAP, Dr. Wagener

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

EA 6/002 Bü 420: Fachverbände: Einzelfälle A

Historisches Archiv mit Rheinischem Bildarchiv

RBA C 013 618: Foto des Disch-Hauses (Gebäude SCHUFA Köln)

Fotoarchiv Ruhr Museum

Foto des Nachkriegsbaus an der Adresse der SCHUFA Essen

Geodatenzentrum Wuppertal

Fotos des Gebäudes der SCHUFA Wuppertal

Arolsen Archives

Doc ID 11204784: Karteikarte (Transportliste) zu Siegfried Katz

Doc ID 11212897: Karteikarte (Transportliste) zu Siegfried Katz

Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft

A 10 A 30: 10 Jahre Jubiläumsgeschäftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kundenkredit-Gesellschaften

A 10 K 90: 1. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1927

A 10 K 90: 2. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1928

A 10 K 90: 3. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1929

A 10 K 90: 4. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1930

A 10 K 90: 5. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1931

A 10 K 90: 6. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1932

A 10 K 90: 7. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1933

A 10 K 90: 8. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1934

A 10 K 90: 9. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1935

A 10 K 90: 10. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1936

A 10 K 90: 11. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1937

A 10 K 90: 12. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1938

A 10 K 90: 13. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1939

A 10 K 90: 14. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1940

A 10 K 90: 15. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1941

A 10 K 90: 16. Ordentliche Gesellschafterversammlung der Kunden-Kredit GmbH 1942

A 10 S 67: Geschäftsbericht der SCHUFA für das Jahr 1930

A 10 S 67: Geschäftsbericht der SCHUFA für das Jahr 1931

A 10 S 67: Geschäftsbericht der SCHUFA für das Jahr 1932

A 10 S 67: „SCHUFA“, Bericht über das Geschäftsjahr 1933

Vossische Zeitung, Nr. 62, S. o. A.: Konsum- oder Absatzfinanzierung?

Online-Datenbank Ancestry

Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft von Ernst Leipziger (geb. 02.04.1889)

Auflistung einreisender ausländischer Passagiere in die USA auf dem Schiff S.S. Santa Lucia mit den Namen von Walter G. Meyer (geb. 29.03.1902) und Elsa Meyer vom Dezember 1936

Befreiung von Kurt Meyer (geb. 04.09.1894) als ausländischem Internierten im 2. Weltkrieg

Einbürgerungsantrag für die USA von Ernst Leipziger (geb. 02.04.1889)

Einreisekarte von Ernst Leipziger (geb. 02.04.1889) am Hafen von Miami

Eintrag im Heiratsbuch zur Heirat zwischen Friedrich Lütke (geb. 13.10.1879) und Selma Anna Marie Schmidt (geb. 15.04.1881)

Geburtsurkunde von Horst Paul Ernst Lütke (geb. 13.11.1909)

Geburtsurkunde von Selma Anna Marie Schmidt (geb. 15.04.1881)

Geburtsurkunde von Walter Hillerscheid (geb. 08.05.1891)

Heiratsurkunde von Ernst Leipziger (geb. 02.04.1889) mit Gertrud Hirschberg

Heiratsurkunde von Ernst Leipziger (geb. 02.04.1889) mit Irma Olschowski

Heiratsurkunde von Horst Paul Ernst Lütke (geb. 13.11.1909) mit Charlotte Ruth Backhaus

Heiratsurkunde von Kurt Meyer (geb. 04.09.1894) mit Ilse Sybille Welker, geborene Megenhart

Indexkarte zu dem in New York City von Ernst Leipziger (geb. 02.04.1889) eingereichten Einbürgerungsantrag

Melderegistereintrag für England und Wales für Olga und Robert Kauffmann (geb. 09.01.1882)

Passagierliste der „Rodney Star“ von London nach Buenos Aires mit den Namen von Kurt Meyer (geb. 04.09.1894) und seiner Frau Ilse Sybille vom 06.03.1940

Passagierliste der S.S. „Île-de-France“ von Southampton (UK) nach New York mit dem Namen Ernst Leipziger (geb. 02.04.1889)

Passagierliste des Pan-America-Flugs 202/29 von Montevideo nach New York mit dem Namen von Walter G. Meyer vom 29.09.1947

Passagierliste des Schiffs „Baloeran“ nach Southampton mit den Namen von Olga und Robert Kauffmann (geb. 09.01.1882) vom 29.07.1935

Passagierliste des Schiffs „Rio Jachal“ von New York nach Buenos Aires mit dem Namen von Walter G. Meyer (geb. 29.03.1902) vom 12.08.1955

Sterbeurkunde von Friedrich Lütke (geb. 13.10.1879)

Quellen aus dem SCHUFA Archiv

Hinweis: Die SCHUFA verfügt über kein eigenständiges, archivfachlich strukturiertes Unternehmensarchiv. Entsprechend können keine Archivalien mit formalen Signaturen nachgewiesen werden. Zum Zeitpunkt der Recherche im November 2025 befanden sich einschlägige Unterlagen in der SCHUFA Infothek sowie in den Kellerräumen der SCHUFA-Zentrale in Wiesbaden (hier als „SCHUFA Archiv“ bezeichnet).

SCHUFA Infothek, Karton 1: 1. Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA am 28.06.1952 in Hannover

SCHUFA Infothek, Karton 1: 50 Jahre SCHUFA Hamburg (Jubiläumsrede)

SCHUFA Infothek, Karton 1: Änderungsvorschläge des Statutenentwurfs der Bundes-SCHUFA

SCHUFA Infothek, Karton 1: Bericht Arbeitstagung 24.11.1952 in Düsseldorf

SCHUFA Infothek, Karton 1: Bericht über die erste Beiratssitzung der Bundes-SCHUFA 14.5.1953 in Bad Pyrmont

SCHUFA Infothek, Karton 1: Foto, Beschriftung: Herr Alfred Probst, Geschäftsführer von 1952 bis 1968, mit Sekretärin Frau Handschuh im Büro Altstädter Str. 6

SCHUFA Infothek, Karton 1: Glückwünsche zur SCHUFA-Gründung Münster

SCHUFA Infothek, Karton 1: Info-Flyer: Wie erhalte ich meine SCHUFA-Auskunft? – Anleitung für den Geschäftsverkehr mit der SCHUFA

SCHUFA Infothek, Karton 1: Merkblatt für die Vorauszahlung von Gerichtsgebühren und Vorschüssen im Geschäftsverkehr mit den preußischen Gerichten

SCHUFA Infothek, Karton 1: Mitteilung Gründung SCHUFA Aachen

SCHUFA Infothek, Karton 1: Presse-Mitteilung zur Gründung der Bundes-SCHUFA

SCHUFA Infothek, Karton 1: Privatbrief SCHUFA Mannheim an Dr. Wilkes bzgl. Ablehnung Herrn v. Jagows als möglichen Vorsitzenden

SCHUFA Infothek, Karton 1: Schreiben Amtsgericht Trebbin (Kr. Teltow) (mit NS-Stempel) zur Erteilung von Abschriften aus dem Schuldnerverzeichnis

SCHUFA Infothek, Karton 1: SCHUFA Mannheim bzgl. späteren Beitritts zur Bundes-SCHUFA

SCHUFA Infothek, Karton 1: SCHUFA-Fibel, 1. Ausgabe, von der Mitgliederversammlung der Bundes-SCHUFA beschlossene Richtlinien über die Arbeitsweise der SCHUFA

SCHUFA Infothek, Karton 1: SCHUFA-Stelle mit Adressen mitgeteilt

SCHUFA Infothek, Karton 1: Streitigkeiten SCHUFA-Stellen Münster und Bielefeld um Firmen

SCHUFA Infothek, Karton 1: Vorschlag für die Gründungen SCHUFA GmbH Hamburg, geschichtliche Entwicklungen

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Absendung der Exemplare der Bundes-SCHUFA-Satzung, Kosten Dr. Schöning werden geregelt

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Bitte um Übersendung von Referat zur Gemeinnützigkeit und von Exemplaren der Bundes-SCHUFA-Satzung

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Bundes-SCHUFA-Satzung-Änderungsvorschläge ausgearbeitet

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Dank für Absendung der Exemplare der Bundes-SCHUFA-Satzung, Kosten Dr. Schöning werden geregelt

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Frage nach Ausarbeitung einer Geschäftsordnung des Vorstandes

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Frage zu Verschwiegenheit der Geschäftsführer

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Fragen zur Abänderung des Stimmrechts

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Gegen Klassenwahlsystem in der SCHUFA, da es um Gesamtbelange geht

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Herr Bulla soll eine abwartende Politik fahren

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Leistungsfähigkeit der SCHUFA-Organisation soll verbessert werden

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Mängel in Vereinbarungen und in der Geschäftsordnung des Vorstandes

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Mitteilung über Tagung der Unterkommission zur Erstellung einer Bundes-SCHUFA-Satzung

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Problemlösung unter SCHUFA-Stellen

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Protokoll der Sitzung der Unterkommission zur Neufassung der Satzung der Bundes-SCHUFA am 22.11.1956

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Übersendung Protokoll der Sitzung der Unterkommission

SCHUFA Infothek, Karton 2, Mappe Schriftwechsel Dr. Meyer: Warnung vor verändertem Stimmenverhältnis zwischen SCHUFA-Stellen

SCHUFA Infothek, Karton 2: Chronik 40 Jahre SCHUFA Berlin 1927–1967

SCHUFA Infothek, Karton 2: Foto von Frauen am Fließband und mit Karteikarten

SCHUFA Infothek, Karton 2: Mappe mit Beschriftung „SCHUFA 1930“

SCHUFA Infothek, Karton 2: Scan Artikel aus der Bielefelder Westfälischen Zeitung (15.05.1964): „Er gründete die ‚SCHUFA‘“

SCHUFA Infothek, Karton 1 hinten: Probleme der Teilzahlungsfinanzierung, Vortrag Dr. Georg R. Bark, 02.09.1952

SCHUFA Infothek, Karton 1 hinten: Registereintragungen

SCHUFA Infothek, Karton 1 hinten: Schreiben Rechtsanwalt Tanck an Amtsgericht bzgl. „Gesellschafter der sogenannten SCHUFA“

SCHUFA Infothek, Karton 1 hinten: Vertrauliche Informationen

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Antrag auf Zulassung der SCHUFA durch Bundesaufsichtsamt für Versicherungs- und Bausparwesen

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Aushilfsweise Beschäftigung des Herrn Egon Barth zu verlängern

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Auskunft über Eintragungen ins Handelsregister

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Ausstehende Stellungnahme, ob es sich bei der SCHUFA um eine Erwerbsgesellschaft handelt, bereits mit Nein beantwortet

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Befugnis für Wiederaufnahme des SCHUFA-Betriebs vorzuweisen

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Befugnis für Wiederbetriebsaufnahme der SCHUFA vonnöten

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Bericht Sitzung des Verwaltungsrates am 20.12.1954

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Bericht über die Sitzung im Bundesaufsichtsamt am 12.09.1952, Ludwigkirchplatz

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Bericht zur Besprechung bei der SCHUFA am 15.11.1954 über eine etwaige Umwandlung in eine GmbH

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Bericht zur Sitzung der Gesellschafter der SCHUFA am 23.04.1952

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Beschlüsse aus der Sitzung der Gesellschafter der SCHUFA am 22.11.1951

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Besprechung zur Gründung der SCHUFA GmbH

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Bestätigung der Einreichung von Satzung und Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes durch das Bezirksamt

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Fehlende Satzung und Vorstandsmitglieder-Verzeichnis

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Fragen zur SCHUFA als Erwerbsgesellschaft

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Fünf Männer mit Fotos und Kurzbiografien

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Gesellschaftsvertrag

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Informationen zu Herrn Geistert, kurzer Lebenslauf

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Korrespondenz bzgl. der Sitzung im Bundesaufsichtsamt

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: SCHUFA wird eher als Gewerbe verstanden

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Wiederaufbau des SCHUFA Archivs und Anfrage über Anschluss an SCHUFA

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Wiederbeschaffung vernichtetes Urkundenmaterial nach Bombenschaden

SCHUFA Infothek, Karton 2 hinten: Zweckmäßigkeit der SCHUFA

SCHUFA Infothek, Karton: Bericht über die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.12.1952 der SCHUFA, Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung, Gesellschaft bürgerlichen Rechts

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 1, Regalboden 5, Ordner Gesamtverband, TZ-Geschäfte, Bundesverband dt. Versandhandel: Vorschlag eines zweiten Herrn vom Bundesverband der kreditgebenden Einzelhandels- u. Versandgeschäfte e. V. im SCHUFA-Beirat

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 1, Regalboden 5, Ordner Gesamtverband, TZ-Geschäfte, Bundesverband dt. Versandhandel: Gründung Beirat

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 1, Regalboden 5, Ordner Gesamtverband, TZ-Geschäfte, Bundesverband dt. Versandhandel: Erfolgreiches Jahr und Vorstandsvorsitzender gesucht

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 1, Regalboden 5, Ordner Gesamtverband, TZ-Geschäfte, Bundesverband dt. Versandhandel: Kommentare zu VPK Nr. 1 vom 05.01.1959 – 6. Jahrgang, S. 2 und 11

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 1, Regalboden 5, SCHUFA-Fibel, Richtlinien, Dr.-Arbeit 1934 „Teilzahlungskreditgewährung und Risiko“ von Dr. Karl Heinz Pohle

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 1, Regalboden 5, SCHUFA-Fibel, Richtlinien, Auszug aus Dr.-Arbeit 1934: Abschrift Dr. Kurt Meyer über die SCHUFA

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 2, Regalboden 5, Satzung 52: Bundes-SCHUFA-Adressbuch

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 2, Regalboden 5, Werbung 58: „Spiegel“-Fragebogen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 2, Regalboden 5, Werbung 58: Muster Beantwortung „Spiegel“-Fragebogen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 2, Regalboden 5, Werbung 58: Umgang mit „Spiegel“-Fragebogen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 2, Regalboden 5, Werbung 58: Vorschlag Beantwortung des Fragebogens – „Spiegel“

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 2, Regalboden 5, Werbung 58: Zustimmung zu Antwort auf Fragen des „Spiegels“ an die SCHUFA

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 4, Regalboden 1, Schriftwechsel 52: Bitte um Eintragung neuer Vorstand

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 4, Regalboden 1, Schriftwechsel 52: Bitte um Eintragung neuer Vorstand Hannover

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 4, Regalboden 1, Schriftwechsel 52: Protokoll ordentliche Mitgliederversammlung Gmund

SCHUFA Archiv, Rollschrank 2, Regal 4, Regalboden 1, Schriftwechsel 52: Protokoll ordentliche Mitgliederversammlung Wiesbaden

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: 1. Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA am 28.6.1952 in Hannover

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Reisebericht 12.–16.07.1952

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Niederschrift über die Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA am 29.12.1956 in Berlin

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Vorstandssitzung in Berlin

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Protokoll über die Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA e.V. in Hannover am 24.08.1956 an der Autobahn-Raststätte „Blauer See“

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Protokoll über die Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA e. V. in Hamburg am 09.04.1956

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Protokoll über die Vorstandssitzung in Nürnberg am 22.08.1958

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Einladung zur Vorstandssitzung am 05.03.1958 in der Geschäftsstelle der Bundes-SCHUFA

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Protokoll der Vorstandssitzung am 11.01.1958 in Wiesbaden

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Protokoll der Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA am 25.03.1965 in Frankfurt am Main

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Tagesordnung der Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA am 25.03.1966 in Stuttgart

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Protokoll und Ergebnisbericht der Vorstandssitzung der Bundes-SCHUFA am 10.10.1967 in München

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Besprechung Köln

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Protokoll über die Arbeitstagung der Geschäftsführung am 13./14.03.1961 in Königswinter

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 1, Regalboden 5, Protokolle Vorstand 1950–1972: Protokoll zur Arbeitstagung der Geschäftsführung vom 18./19.03.1964 in Würzburg

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1957/1958: Liste Beirat der Bundes-SCHUFA

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1957/1958: Besuch der Weltausstellung in Brüssel

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1957/1958: Rundschreiben zu Mitgliederversammlung in Frankfurt am Main am 17./18.05.1957

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1957/1958: Dr. Bark legt Amt nieder und Sitzung zu Satzungsänderung verläuft turbulent

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1957/1958: Protokoll mit Anwesenheitsliste zur ordentlichen Mitgliederversammlung am 16.01.1957 in Hamburg

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1957/1958: Stellungnahme zu SCHUFA-Gesellschaften und deren Lage sowie Verbesserungen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1957/1958: Geschichtliches über Werdegang und gegenwärtigen Stand der SCHUFA-Organisation

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1952–1954: Todesnachricht Syndikus Carl Schmitz

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1952–1954: Todesnachricht Johann Stappen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1952–1954: Bericht 1. Beiratssitzung der Bundes-SCHUFA am 14.5.1953 in Bad Pyrmont

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1952–1954: Rundschreiben zur Ausarbeitung des Associated Credit Bureau of America

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1952–1954: Rundschreiben Kontakt mit Associated Credit Bureau of America

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1952–1954: „Atlas“ als Konkurrenz

SCHUFA Archiv, Rollschrank 3, Regal 3, Regalboden 1, Ordner Rundschreiben 1952–1954: Gründung Interessengemeinschaft „SCHUFA-Nord-West“

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Wichtige Beschlüsse der 6. ordentlichen Mitgliederversammlung Bundes-SCHUFA

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Zufriedenstellendes System

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: „Langsame Zahler“ – Eintragung aussetzen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Beantwortung Frage zu Kommissionen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Bitte um Aufnahme einer Suchmeldung in nächstes Rundschreiben

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Dr. Becker nicht in Beiratsaufstellung

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Enttäuschung über ungeklärtes Problem (zwischen Dr. Meyer und Becker)

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Fragen zu Kommissionen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Fragen zu Verhandlungsgesprächen mit Sparkassen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Geburtstagswünsche an Herrn Dr. Meyer

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Gratulation an Dr. Meyer zum 61. Geburtstag

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Mögliche Gesellschaftsformen SCHUFA

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Notiz über Geburtstag Dr. Kurt Meyer

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: SCHUFA-Statistik

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Weitergabe Suchmeldungen im kommenden Rundschreiben

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 2, Köln 52–70: Zusammenarbeit SCHUFA und Sparkassen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Korrespondenz an Herr Geistert (Schufa Berlin)

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Aktennotiz über Tod von Dr. Georg Bark

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Beschluss des Landgerichts Berlin bzgl. Klage Atlas gegen Bewag (Dr. Bark)

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Bericht über Atlas

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Beitragserhöhung in SCHUFA-Stellen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Dr. Bark hat Wettbewerbsprozess gegen Herrn Dessau (Atlas) gewonnen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Frage zur Löschung der negativen Merkmale

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Glückwunsch zur Umwandlung SCHUFA Berlin in GmbH

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Glückwunsch zum Geburtstag an Herrn Geistert

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Nachmeldung an Bundes-SCHUFA über Kundin

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Probleme der Auswanderung und Ost-West-Wanderung für die Teilzahlungswirtschaft

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Schweizer SCHUFA und Frage nach Mitgliedschaft in Bundes-SCHUFA

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Suchkarte zu Bernhard Krasnow

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Todesbekundung Johann Stappen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Verhandlungen

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 1952–1956: Zustimmung zu Änderung in SCHUFA-Fibel

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 1, Regalboden 5, Berlin 52: Wissenswertes über das SCHUFA-System und seine Geschichte

SCHUFA Archiv, Rollschrank 4, Regal 2, Regalboden 1, Wiesbaden 1953–1971: Karte

Zeitungen

06.04.1910	Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 9604: Bücherschau, S. 5
16.01.1912	Berliner Börsen-Zeitung Nr. 25, S. 33: Beilage
09.09.1914	Hamburger neueste Nachrichten, S. 3: Hamburger und Altonaer Passagiere als englische Gefangene
11.06.1915	Deutscher Reichsanzeiger Nr. 135: Zentral-Handelsregister
01.12.1922	Deutscher Reichsanzeiger Nr. 272, S. 10: Vereinigte Jaeger, Rothe & Siemens-Werke AG
13.11.1925	Berliner Börsen-Zeitung Nr. 534, S. 4: Lindner Nutzwagen-Karosserien-AG
03.09.1926	Hamburger Fremdenblatt, S. 11: Eintragungen ins Handelsregister
Februar 1927	Elektrizitätswirtschaft Februar 2, Nr. 427, S. 81: Das Abzahlungsgeschäft der Bewag
29.03.1927	Berliner Börsen-Zeitung Nr. 147, S. 6: Kreditschutz für Teilzahlungsgeschäfte
04.04.1927	Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend Nr. 79, S. 2: Schutzgemeinschaft für Konsumfinanzierung
05.04.1927	Volkswacht: Organ der Sozialdemokratie für das östl. Westfalen und die lippischen Freistaaten Nr. 80, S. 6: Eine „Schufa“ nötig
07.04.1927	Harzer Volksstimme Nr. 82, S. 3: Die Konjunktur
09.04.1927	Der österreichische Volkswirt Nr. 28, S. 35: Neugründungen
29.12.1927	Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung Nr. 615, S. 7: Ungleiche Weihnachtsgeschäfte
18.01.1928	Handelsblatt der Kölnischen Zeitung, S. 13: Amerikanische Großhandelsfragen. Anregungen für den deutschen Großhandel
29.02.1928	Hamburger Fremdenblatt, S. 1: 100 Jahre F.A.C. van der Linden GmbH & Co
24.01.1929	Berliner Börsen-Zeitung Nr. 40, S. 7: Schufa – Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung in Berlin
25.01.1929	Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ) Nr. 41, S. 3: Kreditschutz bei der Absatzfinanzierung
26.01.1929	Kölnische Zeitung Nr. 50b, S. 7: Schufa – Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung in Berlin
16.03.1929	Bonner Zeitung Nr. 74, S. 9: Verband Bonner Einzelhändler
10.04.1929	Allgemeiner Tiroler Anzeiger Nr. 83, S. 9–10: Wie sich Berliner Kaufleute gegen Ratenschwindler schützen
02.05.1929	Die Börse Nr. 18, S. 2: Alles kauft auf Raten
13.05.1929	Wiener Neueste Nachrichten Nr. 19, S. 6: Den Abzahlungsschwindlern wird das Handwerk gelegt
29.05.1929	Allgemeiner Tiroler Anzeiger Nr. 122, S. 17: Handel, Gewerbe und Industrie. Wie schützt man sich in Berlin gegen Ratenschwindler?
03.07.1929	Neues Wiener Journal Nr. 12.791, S. 5: Ein Riesenkataster der Ratenkäufer in Wien
29.08.1929	Central-Volksblatt für das gesamte Sauerland: Arnsberger Zeitung: Sauerländer Bote Nr. 200, S. 8: Amtliche Registrierung der Schuldner
29.08.1929	Wittener Volkszeitung Nr. 202, S. 8: Zeichen der Zeit

05.09.1929 Hamburger Fremdenblatt Nr. 246, S. 13: Das deutsche Teilzahlungsgeschäft

17.09.1929 Neue Mannheimer Zeitung (NMZ) Nr. 431, S. 6: Das Absatzgeschäft in Deutschland

12.10.1929 Berliner Börsen-Zeitung Nr. 478, S. 10: Verband deutscher Treuhand- und Revisionsgesellschaften

12.10.1929 Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ) Nr. 475, S. 2: Hauptversammlung des Treuhand-Verbandes

08.12.1929 Vorwärts Nr. 575, S. 5: Der Weihnachtsmann auf Raten

21.01.1930 Ohltinger Anzeiger Nr. 17, S. 5: Stottern auf dem laufenden Band

01.03.1930 Berliner Börsen-Zeitung Nr. 102, S. 5: Schufa – Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung und Kreditsicherung in Berlin

03.03.1930 Kölnische Zeitung Nr. 122, S. 11: Schufa, Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung und Kreditsicherung

13.03.1930 Wittener Tageblatt Nr. 61, S. 5: Kreditkontrolle in der Konsumfinanzierung

30.03.1930 General-Anzeiger für Dortmund u. m. Nr. 89, S. 8: Fiasko der Konsumfinanzierung in Deutschland

12.04.1930 Berliner Börsen-Zeitung Nr. 173, S. 9: Organisierte Kreditkontrolle im Einzelhandel

09.05.1930 Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ) Nr. 213, S. 9: Kreditfinanzierung im Einzelhandel

31.05.1930 Bergische Wacht Nr. 215, S. 6: Berliner unpolitischer Brief

31.05.1930 Laupheimer Verkündiger Nr. 124, S. 3–4: Auf Rate

24.07.1930 Kölner Lokal-Anzeiger Nr. 371, S. 9: Hausfrauen zur Kreditgewährung im Einzelhandel

14.08.1930 Schwäbischer Merkur Nr. 187, S. 11: Kreditschutz

03.09.1930 Harburger Tageblatt Nr. 205, S. 7: Aktiv- und Passiv-Kredit-Politik im Einzelhandel

15.09.1930 Mitteilung der österreichischen Gesellschaft für Technik im Haushalt Nr. 9, S. 2–3: Zugabe und Kreditkauf, zwei vielumstrittene Verbraucherfragen

01.10.1930 Gießener Anzeiger Nr. 229, S. 9: Kreditschutz

13.10.1930 Hellweg-Märkisches Volksblatt Nr. 240, S. 7: Hausfrauen zur Kreditgewährung

13.10.1930 Hörder Volksblatt Nr. 240, S. 7: Hausfrauen zur Kreditgewährung

16.10.1930 Dortmunder Zeitung Nr. 484, S. 7: Der Dortmunder Einzelhandel zu den Tagesfragen

16.10.1930 Wittener Volkszeitung Nr. 243, S. 8: Hausfrauen zur Kreditgewährung im Einzelhandel

18.10.1930 Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel Nr., S. 7: Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung

20.10.1930 Dortmunder Zeitung Nr. 490, S. 11: Hausfrauen zur Kreditgewährung im Einzelhandel

26.10.1930 Sächsische Volkszeitung Nr. 249, S. 11: Das Archiv der Stotterer

12.11.1930 Wittener Volkszeitung Nr. 266, S. 6: Die Kartothek des schlechten Gewissens

15.11.1930 Allgemeiner Tiroler Anzeiger Nr. 263, S. 14: Handel, Gewerbe und Industrie.
Eine Kreditschutzaktion der Wiener Teilzahlungsfirmen

15.11.1930 Dorstener Volkszeitung Nr. 317, S. 8: Die Kartothek des schlechten Gewissens

15.11.1930 Kärntner Volkszeitung und Heimatblatt Nr. 31, S. 4: Schwarze Liste der Ratenkäufer

- 15.11.1930 Wiener Zeitung Nr. 264, S. 10: Kreditschutzaktion der Teilzahlungsfirmen
- 16.11.1930 Bezirksbote für den politischen Bezirk Bruck Nr. 763, S. 4: Kreditschutzaktion der Teilzahlungsfirmen
- 16.11.1930 Niederösterreichischer Grenzbote Nr. 46, S. 7: Kreditschutzaktion der Teilzahlungsfirmen
- 01.12.1930 Wiener Neueste Nachrichten Nr. 48, S. 5: 150.000 österreichische Schuldner in Evidenz
- 02.12.1930 Salzburger Chronik für Stadt und Land Nr. 276, S. 7: Volkswirtschaft.
Eine Selbsthilfeaktion der kreditgebenden Kaufleute gegen „faule“ Kunden
- 04.12.1930 Allgemeiner Tiroler Anzeiger Nr. 279, S. 12: Handel, Gewerbe und Industrie.
Die Selbsthilfeaktion der kreditgebenden Wiener Kaufleute gegen „faule“ Kunden
- 06.12.1930 Süddeutsche Zeitung Nr. 571, S. 15: Was ist Schufa?
- 06.12.1930 Wittener Tageblatt Nr. 286, S. 5: Berliner Wellen
- 24.12.1930 Dortmunder Zeitung Nr. 600, S. 5: Vollversammlung des Handwerksamts der vereinigten Innungen zu Dortmund
- 1931 Österreichische Möbel-Zeitung Nr. 1, 1. Ausgabe 1931, S. 12: Kreditschutz am Privatkundengeschäft
- 15.01.1931 Allgemeiner Tiroler Anzeiger Nr. 11, S. 10: Handel, Gewerbe und Industrie. Kreditschutz im Privatkundengeschäft
- 16.01.1931 Der Tag Nr. 2802, S. 10: Kreditschutz im Ratengeschäft
- 26.01.1931 Freiheit! Nr. 1049, S. 3: Ratenkäufe und Ratenbetrug nehmen überhand
- 31.01.1931 Vorwärts Nr. 51, S. 9: Hochbetrieb bei der Kreditpolizei
- 01.02.1931 Kölnische Zeitung Nr. 62, S. 5: Ausdehnung der Kundenkontrolle
- 13.02.1931 Neues Wiener Tageblatt Nr. 44, S. 14: Kreditschutz im Privatkundengeschäft
- 14.02.1931 Bergische Wacht Nr. 37, S. 3: Berliner unpolitischer Brief
- 14.02.1931 Laupheimer Verkündiger Nr. 37, S. 4: Berliner Brief
- 11.03.1931 General-Anzeiger für Dortmund u.m. Nr. 70, S. 2: Westfälische Schutzgemeinschaft
für Absatzfinanzierung und Kreditsicherung
- 23.04.1931 Die Börse Nr. 17, S. 6–7: Die Lage des Ratenhandels in Deutschland
- 25.04.1931 Dortmunder Zeitung Nr. 191, S. 7: Schufa!
- 06.05.1931 Westdeutsche Landeszeitung Nr. 124, S. 11: Wenn man heute auf Pump kauft ...
Zwangserziehung zur pünktlichen Ratenzahlung
- 20.06.1931 Rheinisch-westfälische Wirtschaftszeitung Nr. 18, S. 6: Kreditschutz
- 25.06.1931 Central-Volksblatt für das gesamte Sauerland: Arnsberger Zeitung: Sauerländer Bote Nr. 144, S. 10:
Die Gefi im Jahr 1930
- 25.06.1931 Dortmunder Zeitung Nr. 290, S. 11: Geschäftsbericht der Gefi
- 25.06.1931 Wittener Volkszeitung Nr. 146, S. 8: Die Gefi im Jahr 1930
- 02.07.1931 Das kleine Volksblatt Nr. 180, S. 5: Die Kartothek des schlechten Gewissens
- 09.07.1931 Düsseldorfer Stadt-Anzeiger Nr. 188, S. 3: Zwangserziehung zur pünktlichen Ratenzahlung
- 08.09.1931 Kölnische Zeitung Nr. 489, S. 11: Die Kölner „Schufa“ kennt Ihre Schulden!

17.09.1931 Bochumer Anzeiger und General-Anzeiger Nr. 218, S. 7: Pünktlich bezahlte Raten

19.09.1931 Badischer Beobachter (badische Zentrumspartei) Nr. 257, S. 11: Volkswirtschaftliche Literatur

28.09.1931 Kölner Lokal-Anzeiger: Herbstveranstaltungen der Kölner Messe. Die 4. Westdeutsche Funk- u. Phonoschau

30.09.1931 Düsseldorfer Stadt-Anzeiger Nr. 271, S. 3: Absatzfinanzierung und Kreditsicherung

15.10.1931 Kölnische Zeitung Nr. 562, S. 3: Die Handelskammer Köln zu den Tagesfragen

05.11.1931 Volksblatt (Organ der Sozialdemokratischen Partei) Nr. 259, S. 8: 2 3/4 Millionen Kreditschuldner

12.11.1931 Düsseldorfer Stadt-Anzeiger Nr. 314, S. 4: Eine Neueinrichtung des Einzelhandels-Verbandes

30.11.1931 Bergedorf-Sander Volksblatt (sozialdemokratische Zeitung) Nr. 279, S. 4: 2 3/4 Kreditschuldner

12.12.1931 Hannoverscher Kurier Nr. 581, S. 11: Äußerste Preissenkung

06.01.1932 Neues Wiener Journal Nr. 13.694, S. 7–8: Das Archiv der „Stotterer“

10.02.1932 Kölnische Zeitung Nr. 81, S. 11: Erweiterter Kreditschutz (Kundenbeobachtung)

20.02.1932 Neckar-Bote Nr. 43, S. 2: Aus dem Bilderbuch des Lebens

08.03.1932 Frankfurter Zeitung Nr. 180: „SCHUFA“. Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung und Kreditsicherung in Berlin

23.06.1932 Kölnische Zeitung Nr. 338, S. 8: Fortdauer der inneren Unruhen

08.07.1932 Hamburger Volkszeitung (kommunistische Zeitung) Nr. 156, S. 3: Schwarze Listen für kreditwürdige Mieter

29.12.1932 Hamburgischer Correspondent Nr. 609, S. 10: Prüfung der Kredit-Würdigkeit

10.02.1933 Hamburger Fremdenblatt Nr. 41, S. 13: Jahresbericht der Schufa

11.07.1933 Hamburger Tageblatt, S. 12: Auskunfteien im Ständestaat. Reichseinheitsverband deutscher Auskunftserteiler

17.07.1933 Hamburger Tageblatt, S. 11: Die Auskunfteien im neuen Staat

02.10.1934 Hamburger Fremdenblatt Nr. 272, S. 6: Hanseatische Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung

03.08.1935 Bochumer Anzeiger und General-Anzeiger Nr. 180, S. 6: Lerne „stottern“ ohne zu klagen!

19.10.1935 Illustriertes Tageblatt sächsische Heimatzeitung Nr. 245, S. 16: Das Archiv der Stotterer

31.03.1936 Der neue Tag Nr. 91, S. 7: Die Grund- und Hausbesitzer tagten

02.04.1936 Dortmunder Zeitung Nr. 157, S. 3: Kundenkredit GmbH, Dortmund

21.08.1936 Hamburger Tageblatt Nr. 228, S. 3: Traueranzeige Prof. Dr. med. Eduard Arning

04.09.1936 Der neue Tag Nr. 245, S. 6: Mechaniker-Innung

Juni 1937 Der Stürmer Nr. 25, S. 5: Berliner Brief. Jud Meyer und sein Abschied bei der Schufa

23.06.1937 Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 141, S. 23: Handelsregister Berlin

02.08.1937 Stuttgarter NS-Kurier Nr. 353, S. 14: Zwei Milliarden Kundenkredit

05.11.1937 Hamburger Fremdenblatt Nr. 306, S. 16: Junge Anfängerin

19.04.1950 Wirtschaftsrevue (unabhängige Wochenzeitung), S. 4: Englische Zone

22.04.1952 Badische Neueste Nachrichten Nr. 94, S. 3: Bundes-Schufa überwacht Kredite des kleinen Mannes

08.05.1954 Honnefer Volkszeitung Nr. 105, S. 5: Leben wir über unsere Verhältnisse?

Gesichtete Literatur

Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2020.

Bajohr, Frank: Verfolgung aus gesellschaftlicher Perspektive. Die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden und die deutsche Gesellschaft, in: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 629–653.

Bajohr, Frank: „Arisierung“ und Restitution. Eine Einschätzung. „Arisierung“ als politischer Prozess, in: Constantin Goshler und Jürgen Lillteicher (Hrsg.): „Arisierung und Restitution“. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 39–59.

Bajohr, Frank: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2004.

Bensow, Laura: „Frauen und Mädchen, die Juden sind Euer Verderben!“ Eine Untersuchung antisemitischer NS-Propaganda unter Anwendung der Analysekategorie Geschlecht, Hamburg 2016.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1996.

Berghoff, Hartmut; Kocka, Jürgen und Ziegler, Dieter (Hrsg.): Business in the Age of Extremes. Essays in Modern German and Austrian Economic History, Cambridge 2013.

Berliner Kraft- und Licht: 100 Jahre Strom für Berlin. Ein Streifzug durch unsere Geschichte in Wort und Bild. 1884–1984, Berlin 1984.

Böcking, Hagen: Kleingewerbe als Wirtschaftsfaktor: Zur Lage und Entwicklung kleingewerblicher Unternehmen in Berlin 1900 bis 1914, technischer Fortschritt und Anpassungszwänge – das Beispiel Elektromotor, Eichstätt-Ingolstadt 2011.

Link: https://opus4.kobv.de/opus4-ku-eichstaett/frontdoor/deliver/index/docId/45/file/Boecking_Hagen_Band_I.pdf, S. 151.

Boldorf, Marcel, und Scherner, Jonas (Hrsg.): Handbuch Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin und Boston 2025.

Bundes-Schufa (Hrsg.): Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre Schufa, Wiesbaden 1977.

Dean, Martin; Goshler, Constantin, und Ther, Philipp (Hrsg.): Robbery and Restitution. The Conflict over Jewish Property in Europe, New York 2007.

Derleder, Peter: Zins als Rente: Zur neueren Geschichte, Theorie und Praxis des Verbraucherkreditrechts, in: Kritische Justiz 24 (1991), S. 275–301.

Eggers, Christian: „Unter den hohen Bäumen“. Jubitz' Reise durch die Internierungslager im Süden Frankreichs, in: Cahiers d'Études Germaniques 17 (1989), S. 21–30.

Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Vollständige Ausgabe in drei Bänden; ursprünglich 1969 (Band I), 1985 (Band II) und 1996 (Band III), München 2015.

Falter, Jürgen W. u. a.: „Wie ich den Weg zum Führer fand“. Beitrittsmotive und Entlastungsstrategien von NSDAP-Mitgliedern, Weinheim 2022.

Feldman, Gerald D.: Reflections on the Restitution and Compensation of Holocaust Theft. Past, Present, and Future, in: Martin Dean, Constantin Goshler und Philipp Ther (Hrsg.): Robbery and Restitution. The Conflict over Jewish Property in Europe, New York 2007, S. 259–268.

- Frese, Matthias: Nationalsozialistische Vertrauensräte. Zur Betriebspolitik im „Dritten Reich“, in: Geschichte und Perspektiven der Arbeiterbewegung (1992), S. 281–297.
- Freytag, Michael: Gestern. Heute. Zukunft. Ideen, die bewegen: 90 Jahre SCHUFA, Vertrauen ist Zukunft, Frankfurt am Main 2017.
- Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939. Die Jahre der Vernichtung 1939–1945, München 2017.
- Gehlen, Boris, und Marx, Christian: Das Führungspersonal der Reichsbank und das NS-Regime, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 73 (2025), S. 43–83.
- Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Berlin und Frankfurt 1966.
- Hachtmann, Rüdiger, und Kreutzmüller, Christoph: Arbeiter und Arbeiterorganisationen in Berlin, in: Michael Wildt und Christoph Kreutzmüller (Hrsg.): Berlin 1933–1945, München 2013, S. 111–127.
- Heimann, Nele: Geschichte der Konfektionshäuser am Beispiel vom Kaufhaus Jonass. 2024. Link: <https://centrumjudaicum.de/geschichte-der-konfektionshauser-am-beispiel-vom-kaufhaus-jonass/>.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
- Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. 3. Auflage, Frankfurt 2023.
- Hoene, Eberhard: Präventiver Kreditschutz und Zwangsvollstreckung durch Private, Berlin 1971.
- Horvath, Peter: Die Teilzahlungskredite als Begleiterscheinung des westdeutschen „Wirtschaftswunders“ (1948–1960), in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte / Journal of Business History 37 (1992), S. 19–55.
- James, Harold: Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936, Stuttgart 1988.
- Kaminsky, Stefan: Blick zurück auf 50 Jahre, in: Bundes-Schufa (Hrsg.): Im Dienst des Kreditkunden. 50 Jahre Schufa, Wiesbaden 1977, S. 67–77.
- Kellerhoff, Sven Felix: Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder, Stuttgart 2017.
- Keysberg, Gerhard: Die Anwendung der Diskriminanzanalyse zur statistischen Kreditwürdigkeitsprüfung im Konsumentenkreditgeschäft, Köln 1989.
- Koch, Waldemar: Das Abzahlungsgeschäft in Handel und Industrie und seine Finanzierung, Berlin 1931.
- Köhler, Ingo: Business as Usual? Aryanization in Practice, 1933–1938, in: Hartmut Berghoff, Jürgen Kocka und Dieter Ziegler (Hrsg.): Business in the Age of Extremes, Cambridge 2014, S. 172–188.
- Kopper, Christopher: Handel und Verkehr im 20. Jahrhundert, München 2002.
- Kowall, Nikolaus: „Arbeit und Brot“ – die sozioökonomische NS-Propaganda vor 1933, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 103 (2023), S. 406–412.
- Kuchenbuch, Ludolf: Am Nerv des Geldes, in: Historische Anthropologie 17 (2009), S. 260–275.
- Kuller, Christiane: Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland, München 2013.
- Ladwig-Winters, Simone (Hrsg.): Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin 2022.
- Logemann, Jan: „Auf Zeit“ gekauft – „Buying on time“. Konsumfinanzierung und Zeitnarrative in Deutschland und den USA seit den 1890er Jahren, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 108 (2021), S. 79–109.
- Mai, Gunther: Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Vom Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 573–614.

- Middendorff, Stefanie: Staatsfinanzen und Regierungstaktiken. Das Reichsministerium der Finanzen (1919–1945) in der Geschichte von Staatlichkeit im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft (2015), S. 140–168.
- Moritz, Richard: Die Schufa: das allgegenwärtige Kontrollsystem, München 1994.
- Morscher, Christof: Konsumenten-Kreditinformationssysteme, Hamburg 2018.
- Moss, Timothy: Remaking Berlin. A history of the city through infrastructure 1920–2020, Cambridge, Massachusetts, und London 2020.
- Müller, Christoph: Die Entstehung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 5. Dezember 1934, Berlin 2014.
- Nachruf auf Walter Kaminsky, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 28 (1975), S. 116.
- Nietzel, Benno: Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden 1933–1945, in: Archiv für Sozialgeschichte 49 (2009), S. 561–613.
- Nolzen, Armin: Die NSDAP im Gau Berlin, in: Michael Wildt und Christoph Kreutzmüller (Hrsg.): Berlin 1933–1945. Erste Auflage, München 2013.
- Peilert, Andreas: Das Recht des Auskunft- und Detekteigewerbes. Empirische Untersuchung, verfassungsrechtlicher Rahmen, rechtliche Befugnisse und gewerberechtlicher Novellierungsvorschlag, Berlin 1996.
- Personalien Walter Kaminsky, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 1975, S. 22–23.
- Poerting, Peter: Die Funktionen des Wirtschaftsauskunftwesens aus der Sicht der Anfrager und der Beurteilten: Darstellungen und Möglichkeiten zur Beurteilung ihrer Erfüllung, Köln 1979.
- Pölking, Hermann: Ostpreußen. Biographie einer Provinz. 2. Auflage, Berlin 2012.
- Predöhl, Andreas, und Weippert, Georg (Hrsg.): Wirtschaftsverbände und Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, Berlin 1965.
- Prinz, Arthur: Juden im Deutschen Wirtschaftsleben. Soziale und wirtschaftliche Struktur im Wandel 1850–1914, Tübingen 1984.
- Rätscher, Thomas: Bonitätsprüfung – worauf die Prüfer achten. Wie Sie Zahlungssicherheit gewährleisten und digitale Betrugsmaschen blocken, Wiesbaden, Heidelberg 2024.
- Richter, Rainer: SCHUFA. „Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung“, o. O. 1972.
- Rojek, Sebastian: Entnazifizierung und Erzählung. Geschichten der Abkehr vom Nationalsozialismus und vom Ankommen in der Demokratie, Stuttgart 2023.
- Sassin, Horst R.: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942, Hamburg 1993.
- Saure, Hans-Wilhelm: Gründer der Schufa mussten vor den Nazis flüchten. Verunglimpfungen im NS-Hetzblatt „Der Stürmer“, 2025. Link: <https://www.bild.de/leben-wissen/wissenschaft/schufa-juedische-gruender-wurden-von-den-nazis-verfolgt-686e5e-f5a893122c2b97d0c5>.
- Schanetzky, Tim: „Kanonen statt Butter“. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, Bonn 2016.
- Schmidt, Christoph, und Geßmann, Sebastian: ARK-Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Wiedergutmachung“. Übersicht über die Überlieferung und Rechtsgrundlagen zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland in den staatlichen Archiven, Düsseldorf 2010.
- SCHUFA-Berlin: 40 Jahre SCHUFA. 1927–1967, Berlin 1967.
- Schüler-Springorum, Stefanie: Unerwünscht. Die westdeutsche Demokratie und die Verfolgten des NS-Regimes, Frankfurt am Main 2025.

- Schwarz, Hanns-A.: Im Licht der Zeit. 90 Jahre Betriebsvertretung bei der Bewag, Berlin 1998.
- Statistisches Reichsamt: Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939, Berlin o. J.
- Stiefel, Dieter (Hrsg.): Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“, München 2001.
- Stiefel, Dieter: Economics of Discrimination, in: ders. (Hrsg.): Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“, München 2001, S. 9–29.
- Stork, Friedrich-Wilhelm: Die Gläubigerschutzorganisationen und ihr Einfluss auf Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung in der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg, Kiel 1993.
- Stremmel, Ralf: Die Gauwirtschaftsberater der NSDAP. Zum Profil von Funktionsträgern zwischen Partei und Wirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 62 (2021), S. 213–259.
- Tilk, Philipp: Die Quantifizierung des Vertrauens. Eine Untersuchung der Transparenzanforderungen an das Kreditscoring vor dem Abschluss von Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen am Maßstab des Bankaufsichts- und Datenschutzrechts, Berlin 2024.
- Timm, Angelika: Das dritte Drittel. Die DDR und die Wiedergutmachungsforderungen Israels und der Claims Conference, in: Constantin Goshler und Jürgen Lillteicher (Hrsg.): „Arisierung und Restitution“. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 215–239.
- Tooze, Adam: The Wages of Destruction. The Making & Breaking of the Nazi Economy, New York 2007.
- Torp, Claudius: Konsum und Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2011.
- Van der Hek, Arie: Hjalmar Schacht. Präsident der Reichsbank zwischen den Weltkriegen, Berlin 2020.
- Wagemann, Ernst: Das Arbeitseinkommen, in: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 3 (1930), S. 37–39.
- Wandel, Eckhard: Banken und Versicherungen im 19. und 20. Jahrhundert, München 1998.
- Wehber, Thorsten: Historische Archive von Banken und Sparkassen in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 62 (2005), S. 26–31.
- Wirtschaftsverband Teilzahlungsbanken: Handbuch der Teilzahlungswirtschaft, Frankfurt am Main 1959.
- Wobbe-Sahm, Gabriele: Die Auskunftei: Analyse ihrer volkswirtschaftlichen Bedingungen, betriebswirtschaftlichen Erscheinungsformen und Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1982.
- Wolgast, Eike: Vergangenheitsbewältigung in der unmittelbaren Nachkriegszeit, Heidelberg 1997.
- Ziegler, Dieter: Die Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank 1933–1938, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), 187–216.

Impressum

Herausgeber

D.I.E. Firmenhistoriker GmbH
Galgenbergstr. 8
73431 Aalen

Tel.: 07361 5249674

E-Mail: info@firmenhistoriker.de

Web: www.firmenhistoriker.de

Recherche

Dr. Dennis Basaldella

Lara Horras

Dr. Matthäus Wehowski

Konzept

Dr. Dennis Basaldella

Theresa Jacobi-Sätzler

Dr. Matthäus Wehowski

Text

Dr. Dennis Basaldella

Dr. Matthäus Wehowski

Redaktion und Lektorat

Dr. Barbara Hammerschmitt

Theresa Jacobi-Sätzler

Dr. Rainer Lächele

Dr. Matthäus Wehowski